



eine unabhängige Initiative für
Demokratie, Menschenrechte und Klimaschutz

„DOPPEL-IMPRESSIONEN“ der NÖ Landtagssitzungen / 1. und 2.07.2026 mit Debatte des Doppelbudget-Voranschlags 2027 und 2028



#zusammenHaltNÖ is watching you ...

Unter diesem Motto verfolgten auch diesmal wieder Beobachter*innen die letzten beiden Landtagssitzungen vor der Sommerpause – wegen des Landtagssaal-Umbaus allerdings wieder per Video-Stream. Die Sitzungen werden laut Ankündigung der Landtagsdirektion bis Sommer 2027 im Ausweichquartier des Leopoldsaales stattfinden.

Die #zusammenHaltNÖ-Beobachter*innen kommen aus allen Teilen Niederösterreichs und vertreten unterschiedliche Vereine und Initiativen.

#zusammenHaltNÖ bemüht sich um Vernetzung, Austausch von Informationen und Erfahrungen, sowie um die Planung gemeinsamer Aktivitäten und Aktionen.

Wir kommentieren in diesen "IMPRESSIONEN" alle in der Abstimmungsübersicht gelb markierten Tagesordnungspunkte/TO-Punkte.

Inhaltsverzeichnis

1. Abstimmungsergebnis	S. 3
2. An die Leser*innen der „Impressionen“	S. 5
3. TO-Punkt 1: Mitteilungen	S. 6
4. TO-Punkt 2: Bericht der Landesregierung betreffend Rechnungsabschluss des Landes Niederösterreich für das Jahr 2025 sowie Stellungnahme des Landes- rechnungshofes Niederösterreich	S. 6
5. TO-Punkt 3: Vorlage der Landesregierung betreffend Voranschlag des Landes Niederösterreich für die Jahre 2027 und 2028	S. 6
• Budgetrede LR. Kasser	S. 6
• Generaldebatte	S.10
• Spezialdebatte	S.15
# <u>Gruppe 1: Öffentliche Ordnung und Sicherheit</u>	S.18
# <u>Gruppe 2: Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft</u>	S.19
# <u>Gruppe 3: Kunst, Kultur und Kultus</u>	S.26
# <u>Gruppe 4: Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung</u>	S.28
# <u>Gruppe 5: Gesundheit, Umweltschutz</u>	S.38
# <u>Gruppe 6: Straßen- und Wasserbau, Verkehr</u>	S.45
# <u>Gruppe 7: Wirtschaftsförderung</u>	S.47
# <u>Gruppe 8: Dienstleistungen</u>	---
# <u>Gruppe 9: Finanzwirtschaft</u>	S. 57

Landtagssitzung 1. und 2. Juli 2026 – Abstimmungsergebnis

Die Abstimmungen über die 15 Tagesordnungspunkte sind in dieser Liste zu finden. Die Abstimmungsergebnisse der zahlreichen Resolutionsanträge finden Sie unter den beiden Links weiter unten.

TO	Thema	ÖVP	FPÖ	SPÖ	Grüne	NEOS
2	Antrag der Grünen auf getrennte Abstimmung von Rechnungsabschluss und Stellungnahme des Landesrechnungshofs					
2a	Ausschussantrag Stellungnahme des Landesrechnungshofs					
2b	Bericht der Landesregierung betreffend Rechnungsabschluss des Landes Niederösterreich für das Jahr 2025					
3	Voranschlag des Landes Niederösterreich für die Jahre 2027 und 2028					
4	Bericht der Landesregierung betreffend NÖ Gemeindeförderungsbericht 2025					
5	Bericht der Landesregierung betreffend EU-Bericht 2025 – Bericht über die finanziellen Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft für 2025					
6	Antrag der Abgeordneten Erber, MBA, Mag. Keyl u.a. betreffend Beibehaltung aller Bezirksgerichte in Niederösterreich als wesentliche Säule unseres Rechtsstaates					
7	Bericht der Landesregierung betreffend Landesentwicklung in den Bereichen Landeshauptstadt, Regionalisierung und Dezentralisierung sowie Tätigkeit der NÖ Landes-Beteiligungsholding GmbH 2025					
8	Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Pflichtschulgesetzes 2018					
9	Bericht der Landesregierung betreffend NÖ Schul- und Kindergartenfonds, Berichte über die Gebarung und Tätigkeit 2025					
10	Vorlage der Landesregierung betreffend Landesausstellung 2030, Festlegung Standort und Arbeitstitel, Grundverkehr und Sanierungsmaßnahmen					

TO	Thema	ÖVP	FPÖ	SPÖ	Grüne	NEOS
11	Bericht der Landesregierung betreffend Veranlagung des NÖ Generationenfonds im Geschäftsjahr 2025					
12	Bericht der Landesregierung betreffend Wohnbauförderungsfonds für das Bundesland Niederösterreich, Berichte über die Gebarung und Tätigkeit 2025					
13	Bericht der Landesregierung betreffend NÖ Gesundheits- und Sozialfonds, Tätigkeitsbericht für das Jahr 2025					
14	Bericht der Landesregierung betreffend NÖ Landesgesundheitsagentur, Geschäftsbericht und Gebarungsbericht 2025					
15	Bericht der Landesregierung betreffend NÖ Wasserwirtschaftsfonds, Berichte über die Gebarung und Tätigkeit für das Haushaltsjahr 2025					

Die Abstimmungsergebnisse aller **Resolutionsanträge des 1. Juli 2026** finden Sie unter diesem Link nach der **Gruppe 4 der Spezialdebatte**: <https://noe-landtag.gv.at/sitzungen/XX/2026-07-01>

Die Abstimmungsergebnisse aller **Resolutionsanträge des 2. Juli 2026** finden Sie unter diesem Link nach der **Gruppe 9 der Spezialdebatte**: <https://noe-landtag.gv.at/sitzungen/XX/2026-07-02>

AN DIE LESER*INNEN DER „IMPRESSIONEN“

Auf Grund der **Länge der beiden Sitzungstage** – insgesamt **fast 16 Stunden** – mussten wir diesmal bei unserem Bericht aus dem Landtag eine stärkere Auswahl als bei sonstigen Landtagssitzungen treffen. Genaue Redeprotokolle mit genauem Wortlaut können dann in einigen Wochen den beiden Sitzungsberichten entnommen werden, sobald diese auf der Internetseite der jeweiligen Landtagssitzung online sind.

Besonderes Augenmerk geben wir diesmal den beiden Tagesordnungspunkte 2 und 3 und den damit verbundenen Themenbereichen in neun Gruppen:

[Bericht der Landesregierung betreffend Rechnungsabschluss des Landes Niederösterreich für das Jahr 2025 sowie Stellungnahme des Landesrechnungshofes Niederösterreich](#) und

[Vorlage der Landesregierung betreffend Voranschlag des Landes Niederösterreich für die Jahre 2027 und 2028:](#)

Interessant beim **TO-Punkt 3** ist die [Budget-Rede von Finanzlandesrat Anton Kasser/VP](#) und die **Generaldebatte der fünf Klubobleute von ÖVP, FPÖ, SPÖ, Grünen und Neos**.

Bei der **Spezialdebatte** zu den einzelnen **Themen-Gruppen** konnten wir nur jenen Gruppen oder Redebeiträgen breiteren Raum geben, in denen sehr unterschiedliche oder sogar kontroverielle Standpunkte artikuliert wurden.

Die neun Themenbereiche der Spezialdebatte:

- # [Gruppe 1: Öffentliche Ordnung und Sicherheit](#)
- # [Gruppe 2: Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft](#)
- # [Gruppe 3: Kunst, Kultur und Kultus](#)
- # [Gruppe 4: Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung](#)
- # [Gruppe 5: Gesundheit, Umweltschutz](#)
- # [Gruppe 6: Straßen- und Wasserbau, Verkehr](#)
- # [Gruppe 7: Wirtschaftsförderung](#)
- # [Gruppe 8: Dienstleistungen](#)
- # [Gruppe 9: Finanzwirtschaft](#)

ÜBRIGENS:

SÄMTLICHE Resolutionsanträge der Opposition Grüne und Neos und auch jene der SPNÖ wurden von VP und FP abgelehnt, die Resolutionsanträge von VP-Mandataren wurden jedoch alle angenommen (siehe Abstimmungslisten vom 1.7. nach Spezialdebatte Gruppe 4: <https://noe-landtag.gv.at/sitzungen/XX/2026-07-01> und vom 2.7. nach Spezialdebatte Gruppe 9: <https://noe-landtag.gv.at/sitzungen/XX/2026-07-02>).

Auch das ist „Demokratie“! Wir können uns nämlich nicht vorstellen, dass Anträge der Oppositionsparteien und auch der SPNÖ, die auf Grund des nö. Proporzsystems (ungeliebter?) Regierungspartnerin ist, IMMER schlecht und daher abzulehnen sind. Wir vermuten eher, dass dies der Überheblichkeit der beiden Koalitionspartner VP/FP geschuldet ist, die sich darauf verlassen, dass sie sich solche Vorgangsweisen mit ihrer absoluten Mehrheit leisten können.



Ein sarkastisches  an VPNÖ & FPNÖ für ihr fragwürdiges Demokratieverständnis!

TAGESORDNUNGSPUNKTE

6. TO-Punkt 1: Mitteilungen

7. 1.7.2026: TO-Punkt 1: Mitteilungen

8. 2.7.2026: TO-Punkt 1: Mitteilungen

Diesmal weisen wir besonders auf folgende Anfragen und Anfragebeantwortungen hin:

Anfragen

- ◆ Anfrage betreffend wie viele Pflegelehrlinge gibt es in Niederösterreich?, Ltg.-1044/XX-2026 <https://noe-landtag.gv.at/gegenstaende/XX/XX-1044> (an LRⁱⁿ Christiane Teschl-Hofmeister/VP)

Anfragebeantwortungen

- ◆ Anfragebeantwortung betreffend Asbestbelastung in Niederösterreich durch Material aus Steinbrüchen, Ltg.-987/XX-2026 <https://noe-landtag.gv.at/gegenstaende/XX/XX-987> (von LHF-Stv. Udo Landbauer/FP)
- ◆ Anfragebeantwortung betreffend Rodungen ohne UVP im Biosphärenpark Wienerwald – Wie schützt Niederösterreich seine Natura-2000-Gebiete?, Ltg.-1000/XX-2026 <https://noe-landtag.gv.at/gegenstaende/XX/XX-1000> (von LHF-Stv. Stephan Pernkopf/VP)
- ◆ Anfragebeantwortung betreffend Kleinwindkraft in Niederösterreich – Potenziale nutzen statt ausbremsen, Ltg.-1001/XX-2026 <https://noe-landtag.gv.at/gegenstaende/XX/XX-1001> (von LHF-Stv. Stephan Pernkopf/VP)
- ◆ Anfragebeantwortung betreffend Stand der Sonderfinanzierung und Auswirkungen auf den Zeitplan des Neubaus des Universitätsklinikums Wiener Neustadt, Ltg.-1032/XX-2026 <https://noe-landtag.gv.at/gegenstaende/XX/XX-1032> (von LR Anton Kasser)

9. TO-Punkt 2: Bericht der Landesregierung betreffend Rechnungsabschluss des Landes Niederösterreich für das Jahr 2025 sowie Stellungnahme des Landesrechnungshofes Niederösterreich

10.

11. Links zu den diversen Unterlagen des Rechnungsabschlusses: <https://noe-landtag.gv.at/gegenstaende/XX/XX-1026>

Link zur [Stellungnahme des NÖ Landesrechnungshofs zum Entwurf des Rechnungsabschlusses 2025](#)

12. TO-Punkt 3: Vorlage der Landesregierung betreffend Voranschlag des Landes Niederösterreich für die Jahre 2027 und 2028

Links zu [Anschreiben](#) (PDF, 61 KB), [Voranschlag 2027](#) (PDF, 5,7 MB), [Voranschlag 2028](#) (PDF, 4,5 MB), [Dienstpostenplan 2027 und 2028](#) (PDF, 602 KB), [Budgetrede Doppelbudget 2027/2028 NÖ Landtag, Anhang zur Budgetrede - Doppelbudget 2027/2028- Statistik](#)

LR Anton Kasser/VP leitet seine [Budgetrede](#) über Zahlen und Budgetdetails mit einer Erläuterung ein, welche Gedanken und Entscheidungen hinter dem vorliegenden

Budgetentwurf stehen. Und er beginnt mit dem Aufruf, nicht nur über Zahlen, sondern auch über Verantwortung, Prioritäten und die „Kunst des Machbaren“ zu reden. Außerdem zitiert er eine der sympathischeren [Aussagen Otto von Bismarcks](#): „Politik ist die Kunst des Möglichen“. Bismarck sei überzeugt gewesen, dass Politik die Fähigkeit brauche, Kompromisse zu schließen und mit schwierigen

Rahmenbedingungen gute Entscheidungen zu treffen.

Und *LR Kasser* beschreibt das Budget 2027-28 mit dem Satz, es sei „*die Kunst des Machbaren*“. Es sei kein Budget, mit dem man zufrieden sein könne, aber es stelle unter den gegebenen Rahmenbedingungen das bestmögliche Ergebnis dar. Und der Landesrat deutet an, sobald sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen wieder verbessern würden und mehr Spielraum zur Verfügung stehe, sobald sich Krisen legen, würde die Landesregierung weitere Konsolidierungsschritte setzen. Er halte Ehrlichkeit gerade in Budgetfragen für sehr wichtig und die nackten Zahlen allein wären absolut kein Grund, um zufrieden zu sein. Aber Budgets würden nicht im luftleeren Raum, sondern in einer sich verändernden Welt entstehen - in einer Welt, die in den vergangenen Jahren von vielen Krisen geprägt wurde und noch immer wird.

LR Kasser erwähnt dann die diversen wirtschaftlichen Probleme in ganz Europa, die bewirkt hätten, dass nur langsam steigende Einnahmen stark steigenden Ausgaben gegenüberstünden, was zwangsläufig weniger Spielraum ergebe. Die diesjährige Budgeterstellung sei daher keine Frage von Wunschlisten, sondern von Prioritäten, Verantwortung und politischer Ehrlichkeit gewesen.

Nach Übernahme des Finanzressorts vor mehr als neun Monaten habe er einen Sparkurs angekündigt, der ihn und die gesamte Landesregierung seither intensiv beschäftigt habe. Es sei jede einzelne Ausgabe hinterfragt, jeder Vorschlag geprüft und jede Einsparungsmöglichkeit analysiert worden. Es seien intensive Gespräche geführt, Ressort für Ressort durchgearbeitet und notwendige Einsparungen vorgenommen worden. Trotzdem sei klar, dass es neben dem Sparzwang auch Ausgabenbereiche gebe, bei denen die klare Entscheidung zu investieren gefallen sei, wie z.B. Gesundheit, Pflege etc. Darauf könnten sich die Menschen in NÖ verlassen.

Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten sei es ein Gebot der Stunde, dort zu investieren, wo Arbeitsplätze gesichert und Wertschöpfung generiert werden, damit die Lebensqualität der Menschen erhalten bleibe.

Mit dem vorliegenden Budget unter dem Motto „*Die Kunst des Machbaren*“ werde Verantwortung übernommen: für Unternehmer*innen, Bäuer*innen, Arbeitnehmer*innen, Familien, Senior*innen, Steuerzahler*innen – für alle Niederösterreicher*innen.

Der Landesrat beschreibt dann anhand eines gut nachvollziehbaren Beispiels eines Hundert-Euro-Scheins, wie hoch die Prozentsätze der einzelnen **Kostenfaktoren am Gesamtbudget** sind ([Video ab Minute 06:04](#)). Weiters erläutert er die Problematik der sich ständig verteuern notwendigen Leistungen, wovon v.a. der **Gesundheitsbereich** massiv betroffen sei. Die aus Sicht der Landesregierung notwendigen Maßnahmen erklärt er dann sehr ausführlich ([Video ab Minute 07:50](#)).

LR Kasser geht weiters auf **Kinderbetreuung und Bildung** ein. Jeder zusätzliche Platz, jede zusätzliche Gruppe oder Betreuungsperson koste Land und Gemeinden Geld. Verglichen mit 2026 gebe es auch hier eine Kostensteigerung von 135 Mio. € für 2027 und 238 Mio. € für 2028. Dies sei insgesamt eine Steigerung von 9 %. Diese Ausgaben würden jedoch Familien die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen und Chancengleichheit schaffen. Sie würden den Wirtschaftsstandort stärken und Fachkräfte für die Zukunft sichern. Die Botschaft sei: die Familien in NÖ könnten sich auf das Land verlassen.

Der Landesrat erwähnt dann noch „*die größte Ausbauinitiative in der Geschichte der Kinderbetreuung*“, nennt Zahlen und Fakten ([Video ab Minute 13:27](#)) und betont, dass mehr als 50 % des Budgets in die Bereiche Gesundheit und Soziales fließen würden.

Schließlich geht *LR Kasser* noch auf die seiner Meinung nach berechnete Frage ein, wie von einem Sparkurs gesprochen werden könne, wenn gleichzeitig die Ausgaben steigen. Und

er spricht auch über die **Verpflichtungen hinsichtlich Stabilitätspakt**, sowie über die Grenzen des Sparens. ([Video ab Minute 15:03](#)). Der Landesrat leitet schließlich zum Begriff „**Soziale Marktwirtschaft**“ über ([Video ab Minute 17:25](#)) und meint, über das Soziale werde viel häufiger gesprochen als über Marktwirtschaft. Aber ohne eine funktionierende Marktwirtschaft gebe es nichts zu verteilen und deshalb habe man bei der nö. Budgeterstellung darauf geachtet, die Wirtschaft in NÖ nicht zusätzlich zu belasten. Es werde an der bestehenden Wirtschaftsstrategie auch weiter festgehalten - an Investitionen in Innovation, Forschung und Technik. Denn jeder investierte Euro komme in Form von Arbeitsplätzen, Wertschöpfung und Steuereinnahmen vielfach zurück. Das bedeute, wer den Sozialstaat stärken wolle, müsse auch die Leistungsträger*innen stärken, die ihn ermöglichen.

LR Kasser thematisiert danach den Bereich der **Mobilität** ([Video ab Minute 18:48](#)) und sagt, diese sei sowohl eine Frage der Lebensqualität, als auch des Wirtschaftsstandortes und der Wettbewerbsfähigkeit. Den Einsparungen im Straßenbereich von 40 Mio. € würden aber Erhöhungen für den öffentlichen Verkehr von 30 Mio. € gegenüberstehen, um für Pendler*innen ein funktionierendes Angebot zu gewährleisten und um für Betriebe leistungsfähige Verkehrsverbindungen bereitzustellen. Ein moderner Standort benötige beides, ein funktionierendes Straßennetz, aber auch einen starken öffentlichen Verkehr. Hier würden Prioritäten gesetzt.

Dann geht der Landesrat auf den Bereich der **Landwirtschaft** ein ([Video ab Minute 19:47](#)), erwähnt die Bedeutung der Landwirtschaft zur Sicherung der Versorgung mit hochwertigen Lebensmitteln, aber auch zur Pflege der Kulturlandschaft. Gerade in Zeiten brüchiger Lieferketten, sich verändernder Märkte und entstandener Krisen sei dies umso wichtiger. Mit diesem Budget würde man an der Seite der Bäuerinnen und Bauern stehen, weiterhin die Kofinanzierung (**Anm./#zH: gemeinsame**

Projektförderung durch EU, Bund und Land) sichern, die durch Klimawandel bedingten Produktionsveränderungen, den ländlichen Wohnungsbau und vieles andere unterstützen. Und LR Kasser spricht sich klar gegen die Besteuerung von bäuerlichen Familienbetrieben durch Vermögenssteuern aus und sagt: „*Wer glaubt, Eigentum stärker besteuern zu müssen, um damit neue politische Ideen zu finanzieren, dem sage ich: Unsere Höfe sind nicht irgendein Vermögen. Sie sind Grundlage unserer Versorgungssicherheit mit wertvollen Lebensmitteln. Sie sind ein unverzichtbarer Teil unseres Landes. Das ist unsere Grundhaltung. Dafür tragen wir auch mit diesen und für diese Menschen Verantwortung*“.

Anschließend kommt LR Kasser auf den **Wohnbau** zu sprechen ([Video ab Minute 21:44](#)).

Wohnen sei ein zentrales Thema unserer Zeit. Gerade junge Familien, Menschen, die Eigentum schaffen wollen und auf leistbares Wohnen angewiesen sind, erwarten sich zu Recht verlässliche Rahmenbedingungen. Die nö. Wohnbauförderung würde weiter auf soliden Beinen stehen. Erst Ende des vergangenen Jahres habe die nö. Landesregierung die neue [Wohnbauförderungs-Richtlinie](#) beschlossen. Damit seien verlässliche Rahmenbedingungen für den Wohnbau geschaffen und ein klares Signal an die Bauwirtschaft gesendet worden. Denn gerade in wirtschaftlich herausfordernden Zeiten brauche es Verlässlichkeit.

Als Nächstes geht LR Kasser auf den **Kulturbereich** ein ([Video ab Minute 23:38](#)), der mit Einsparungen von 23 Mio. € ebenfalls einen Beitrag zur Budgetkonsolidierung leiste. Als Kulturland NÖ werde das Budget nicht blind gekürzt. Es werde genau zwischen jenen Bereichen unterschieden, wo Effizienzsteigerungen möglich seien, und jenen, bei denen bereits mit kleinen Kürzungen großer Schaden angerichtet würde. Es werde daher v.a. in der eigenen Struktur gespart, wo Organisationen ihre Abläufe optimieren, Kooperationen verstärken und Verwaltungskosten reduziert werden können. Dort sei Sparen vertretbar. Wo aber

bereits heute mit viel Ehrenamt, persönlichem Einsatz und oft auch geringen Budgets gearbeitet werde, dort werde sicher nicht gekürzt. Daher würden kleinere Kulturvereine von Einsparungen ausgenommen bleiben, denn sie seien ein wesentlicher Bestandteil der kulturellen Vielfalt der nö. Gemeinden und das Fundament des Kulturlandes NÖ. Bei größeren Institutionen werde man eingreifen, allerdings würde man dies planbar und angekündigt tun und sich an Mehrjahresverträge halten. Auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten werde NÖ ein verlässlicher Partner der Kulturschaffenden bleiben.

LR Kasser spricht nochmals die Notwendigkeit an, bei diesem Budget Prioritäten zu setzen und manchmal auch nein sagen zu müssen und sagt klar, das Land NÖ gebe sich mit diesem Ergebnis nicht zufrieden, sondern werde weitere Konsolidierungsschritte setzen, weiter sparen, sobald dies die Zeit erlaube. Dann geht der Landesrat noch auf einen wiederholten Diskussionspunkt des Doppelbudgets, den **Generationenfonds** ein ([Video ab Minute 26:40](#)). Er hält fest, es werde nicht in das Vermögen des Generationenfonds, auf das Kapital kommender Generationen eingegriffen. Es würden ausschließlich nicht ausgeschüttete Gewinne aus der Vergangenheit verwendet, Gewinne, die für jene Zeiten vorgesehen seien, in denen öffentliche Haushalte unter Druck geraten. Wer in guten Zeiten spare und vorsorge, müsse in schwierigen Zeiten auch auf diese Vorsorge zurückgreifen können. Genau dafür sei der Generationenfonds geschaffen worden und genau dafür werde er jetzt genutzt. Abschließend kommt LR Kasser auf die **Eckzahlen des Doppelbudgets zu sprechen** ([Video ab Minute 27:46](#)): **für 2027 sei ein Netto-Finanzierungssaldo von minus 598 Mio. €, für 2028 ein Netto-Finanzierungssaldo von minus 545 Mio. € berechnet worden.**

Diese Zahlen würden eine herausfordernde Realität beschreiben. Es wäre unehrlich, schönere Zahlen zu präsentieren oder Ausgaben auszublenken, die getragen werden müssen.

Es wäre auch unehrlich, so zu tun, als ob alle Herausforderungen dieser Welt wegdiskutiert werden könnten. Das präsentierte Budget beinhalte alle erwartbaren Ein- und Auszahlungen und stelle diese in realistischer Form und in vollem Umfang dar – transparent und ehrlich.

Auch der **Schuldenstand** müsse in diesem Zusammenhang erwähnt werden ([Video ab Minute 29:10](#)). Er werde sich bis zum Jahr 2028 auf 11,7 Mrd. € erhöhen. Man wisse, dass diese Schulden auch zurückgezahlt werden müssten und den Handlungsspielraum künftiger Generationen verringern würden. Deshalb gebe man sich mit dem Zahlenwerk nicht zufrieden und werde noch mehr sparen, wenn es die Zeit zulasse.

Der Landesrat erläutert dann, dass das Budget entlang des **Stabilitätspakts** aufgebaut wurde, der auf Punkt und Beistrich einzuhalten sei ([Video ab Minute 29:47](#)). Das sei nicht der einfachste Weg, man hätte auch höhere Defizite schreiben, die Konsolidierung aufschieben oder schwierige Entscheidungen auf später verlegen können. Aber genau das wollte die Landesregierung nicht, denn das wäre nicht verantwortungsvoll gewesen. Deshalb habe man sich für den schwierigeren, aber seiner Überzeugung nach richtigen Weg entschieden. LR Kasser weist dann darauf hin, dass alle Bundesländer vor den gleichen Problemen stünden – steigende Kosten, geringere Einnahmen, eine ähnliche demographische Entwicklung. Aber der Vergleich zeige auch, dass NÖ seine Aufgabe ganz gut gemacht habe. NÖ konnte seine Position in der Pro-Kopf-Verschuldung vom zweiten auf den vierten Platz verbessern, hinter Kärnten, Wien und dem Burgenland.

(Anm.#zH: laut X-Selektiv Media und DieSubstanz, die sich beide auf Statistik Austria berufen, dürfte inzwischen die Steiermark das am stärksten verschuldete Bundesland/Kopf sein).

Was die **Neuverschuldung der Bundesländer zwischen 2019 und 2025** betrifft, so sei NÖ mit einem Neuverschuldungsanteil von +22 %, verglichen mit Wien von +120 % gut im Rennen gelegen.

(Anm.#zH: auch Vorarlberg und Tirol legten beide mit +293 % bzw. +357 % deutlich zu, allerdings von einem sehr niedrigen Ausgangswert).

Abschließend stellt LR Kasser klar, dass es sich bei diesem Doppelbudget nicht um ein „Budget der Wünsche“, sondern um ein „Budget des Machbaren“ handle. Die „Kunst des Machbaren“ bedeute nicht, einen einfachen Weg zu wählen oder allen Wünschen nachzugeben, sondern manchmal auch, unangenehme Entscheidungen zu treffen und heute Verantwortung zu übernehmen, damit in Zukunft mehr möglich sei. Und der Landesrat kehrt zurück zu dem von ihm eingangs Gesagten und schließt den Bogen seiner Budgetrede mit dem Wunsch, 2034 eine schwarze Null zu schreiben.

Zusatzinformation

[Wohnbauförderung Wohnungsbau - Land Niederösterreich](#), Stand 13.07.2026

[Steiermark: Höchste Pro-Kopf-Verschuldung](#), ORF Stmk, 31.03.2026

[Der Schuldenexzess der Länder in Zahlen, Agenda Austria](#), 17.11.2025

[07/2025 - Förderung des Wohnungsbaus](#), Landesrechnungshof NÖ 2025

13. Generaldebatte

Als Einleitung zur Generaldebatte der fünf Klubobleute verweist **#zusammenHaltNÖ** auf einige Passagen aus der **Zusammenfassung der Stellungnahme des Rechnungshofs NÖ zum Entwurf des Rechnungsabschlusses 2025**

(S. I-III) mit zahlreichen Schlüsselzahlen:
[...]

„Negative Haushaltsergebnisse erhöhten den Schuldenstand auf 10.182,0 Millionen Euro und den Konsolidierungsdruck Ergebnis-, Finanzierungs- und Vermögenshaushalt wiesen negative Ergebnisse auf.

Der Nettofinanzierungssaldo war mit minus 450,4 Millionen Euro um 100,0 Millionen Euro schlechter als das zunächst veranschlagte Minus von 350,4 Millionen Euro, jedoch über dem Voranschlag mit

Nachtragsvoranschlägen, der ein um 440,7 Millionen Euro höheres Minus von 891,1

Millionen Euro zugelassen hätte, was einen Fehlanreiz darstellte.

Das negative Nettoergebnis nach Haushaltsrücklagen von 1.067,8 Millionen Euro überschritt den Voranschlag mit Nachtragsvoranschlägen um 610,4 Millionen Euro. Dies resultierte vor allem aus Rückstellungen und Abschreibungen. Zudem wurden 54,8 Millionen Euro aus Rücklagen entnommen; davon 50,5 Millionen Euro aus dem Landeshauptstadtfonds. Das waren 48,1 Millionen Euro mehr als veranschlagt (6,8 Millionen Euro).

Der Voranschlag mit Nachtragsvoranschlägen hatte ein negatives Nettoergebnis nach Haushaltsrücklagen von 457,4 Millionen Euro vorgesehen beziehungsweise um 381,9 Millionen Euro niedrigere Erträge und um 1.037,2 Millionen Euro niedrigere Aufwendungen erwartet.
[...]

Bonitätsbewertung erhielt negativen Ausblick

Die Rating Agenturen bewerteten die Bonität des Landes NÖ mit Aa1 beziehungsweise AA (langfristig) und A-1+ (kurzfristig) und senkten den Ausblick wegen der steigenden Aufwendungen, unzureichender Konsolidierungsmaßnahmen und dem negativen Ausblick des Bundes auf negativ.

Veranschlagung und Haushaltsführung auf nachhaltige Konsolidierung ohne Neuverschuldung im Jahr 2030 umstellen

Krisen, wie die Pandemie, der Ukraine Krieg, das Hochwasser 2024 sowie hohe Energiepreise und schwaches Wirtschaftswachstum belasteten auch den Landeshaushalt nachhaltig und schwächten die finanzielle Resilienz.

Die Ziele der Mittelfristplanung 2024 bis 2030, im Jahr 2030 einen ausgeglichenen Haushalt (Nettofinanzierungssaldo) ohne Neuverschuldung sowie ein Maastricht Ergebnis gemäß [ESVG](#) von plus 232,0 Millionen Euro zu erreichen, erfordern daher weiterhin Maßnahmen, wie die

Aufgabenkritik und Kürzungen bei bestimmten Ausgaben von 300,0 Millionen Euro, bezogen auf ein Volumen von zwei Milliarden Euro. Förderungen von insgesamt 3.290,0 Millionen

Euro im Jahr 2025 bieten Ansätze für die Umstellung auf ausgeglichene beziehungsweise positive Haushalte im Jahr 2030.

Ausstattung und Förderung aus Landesmitteln von finanziell verbundenen Einrichtungen an deren Finanzbedarf anpassen

An der Aufgabenkritik und der Konsolidierung wären alle mit dem Land NÖ finanziell verbundenen Einrichtungen zu beteiligen. Deren finanzielle Ausstattung aus Landesmitteln wäre auf Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit zu hinterfragen und gegebenenfalls umzustellen. Wie in den Vorjahren konnten die **Facility Management GmbH für Wissenschaft +Kultur in NOE (FM-Plus)**, die **NÖ Kulturwirtschaft GesmbH. (NÖKU)** sowie der **NÖ Wirtschafts- und Tourismusfonds** im Rahmen von Förderungen, Zuschüssen oder Vertragsentgelten finanzielle Reserven aus Landesmitteln aufbauen und liquide Mittel beim Land NÖ in Form von Krediten ertragreich veranlagen, weil ihnen das Land dafür Zinsen zahlte. Das waren Kredite von insgesamt 118,6 Millionen Euro (Stand 31. Dezember 2025) und Zinsen von 2,6 Millionen Euro. Davon entfielen 1,4 Millionen Euro auf einen Kredit des NÖ Wirtschafts- und Tourismusfonds von 72,0 Millionen Euro, 1,0 Million Euro auf den Kredit der NÖKU von 39,0 Millionen Euro, der bereits seit dem Jahr 2023 bestand, und 0,2 Millionen Euro auf einen Kredit der **FM-Plus** von 7,6 Millionen Euro.

! Die finanzielle Ausstattung dieser Einrichtungen und die zugrundeliegenden Verträge sollten daher an den Finanzbedarf angepasst und im Landeshaushalt als Aufwendungen und Verbindlichkeiten ausgestaltet werden. !

Als erste Rednerin der **Generaldebatte** hinterfragt **Abg. Indra Collini/Neos** das von LR Kasser zitierte Wort „machbar“ und seine Bedeutung für NÖ. Sie vergleicht NÖ mit einem Schiff knapp vor dem Schiffbruch und wirft der aktuellen Landesregierung vor, die Kontrolle über dieses Schiff verloren zu haben und v.a. der Landeshauptfrau und ihrem Stellvertreter, angesichts der „desaströsen“ finanziellen Lage

des Landes. Für den aktuellen **Landesrat Kasser/VP**, der seit dem Abgang von **LR Schleritzko/VP** am 25. September 2025 die Verantwortung für das Finanzressort übernahm, hat sie jedoch großes Lob für seine verbindliche und realistische Art, die auch bei seiner Budgetrede wohltuend sichtbar geworden sei. Die Abgeordnete geht dann auf den Rechnungsabschluss 2025 inklusive der Nachtragsvoranschläge im Detail ein ([Video ab Minute 04:10](#)), der den kompletten Kontrollverlust von VP und FPÖ über die Finanzen deutlich zeige.

Abg. Collini weist weiters auf die Kritik des Landesrechnungshofs hin, der das hohe Defizit kritisierte, das trotz der Auflösung von Rücklagen, wie 55 Mio. € aus dem Landeshauptstadtfonds, eingefahren wurde. Sie kritisiert, dass 2025 die 10-Milliarden-Schuldengrenze geknackt wurde. Das Land habe mit seinen ausgelagerten Gesellschaften mehr als 10,2 Mrd. € Schulden, was eine absolute Katastrophe sei. Und aus den Voranschlägen gehe hervor, dass jedes Jahr eine halbe Milliarde an Schulden dazukomme. Bereits jetzt müsse viel Geld für die Finanzierung der Schulden gezahlt werden – Geld, das woanders fehle. Die Abgeordnete kündigt daher **vier Anträge ihrer Fraktion mit vier ganz konkreten Reformprojekten** an, die alle auf den Empfehlungen des Rechnungshofs fußen und die sie im Detail beschreibt. ([Video ab Minute 10:40](#)) **(Anm. #zH: die Anträge wurden jedoch alle von der VPFP-Koalition abgelehnt).**

Für die **Grünen spricht Klubobfrau Abg. Helga Krismer-Huber** und kritisiert heftig, dass im Doppelbudget kein Wort über den Begriff „Klima“ stehe, obwohl der Klimawandel und seine Folgen durch extreme Temperaturen, Dürren und Hochwässer so deutlich bemerkbar waren und sind. Dies alles habe auch volkswirtschaftliche Auswirkungen und wenn sich dies laut Prognosen verstärken werde, dann werde es sich auch auf den Wohlstand im Lande auswirken. Es sei daher ein Gebot der Stunde, in einem Zahlenwerk wie dem

Budgetvoranschlag auch die CO₂-Reduktion zu berücksichtigen.

Ein weiterer wichtiger Punkt für den bestehenden Wohlstand sei leistbare Energie und es mache einen Unterschied, ob man Milliarden ins Ausland für Öl- und Gasimporte zahlen müsse, oder ob man

in Österreich und NÖ heimische, sichere Energie produziere. Und sie ruft die „Heimatpartei FPNÖ“ dazu auf, für heimische Energiequellen wie Wasser, Wind und Sonne zu werben.

Anstatt zu schwärmen, dass die Weltraumwirtschaft auch in NÖ angekommen sei, möge man sich lieber mit der Erde befassen und z.B. mit den Auswirkungen bzw. Bedrohungen, die der rasante Klimawandel und die immer häufigeren Hitzeperioden auf die nö. Landwirtschaft haben.

Sie geht dann auf das **Gesundheitsthema** ein und fragt im Namen ihrer Fraktion, ob beim Doppelbudget tatsächlich die richtigen und notwendigen Prioritäten gesetzt wurden.

Dann schwenkt *Abg. Krismer-Huber* etwas unmotiviert auf die Bundesregierung über ([Video ab Minute 11:31](#)) und attackiert deren „*fehlenden Mut etwas zu tun*“.

Schließlich bringt die Abgeordnete noch einen **Resolutionsantrag** zum Budget-Controlling und einen Antrag auf getrennt Abstimmung ein.

Der neue [SP-Klubobmann René Zonschits](#) sagt zu Beginn, es gehe um mehr als nur Zahlen, es gehe um die Frage, welchen Weg NÖ in den nächsten Jahren einschlagen solle. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten brauche es Orientierung und Politik, der man vertraut. Die Sozialdemokratie verstehe sich als Partei der Mitte, die wirtschaftliche Vernunft mit sozialer Verantwortung verbinde.

Er geht dann auf das Doppelbudget ein, das unter schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen von Inflation, steigenden Kosten und schwacher Konjunktur erstellt werden musste.

Der Klubobmann spricht weiters die Notwendigkeit der Budgetkonsolidierung an, die für

seine Partei bei den eigenen Strukturen beginnen müsse. Es müssten Verwaltungsabläufe überprüft und Doppelgleisigkeiten vermieden werden, um Spielräume für Bereiche wie Gesundheit, leistbares Wohnen, Kinderbetreuung und starke Gemeinden zu schaffen. Er spricht anschließend zum Gesundheitsbereich ([Video ab Minute 04:02](#)) und kündigt die Position seiner Fraktion an, jenen Themenbereichen ihre Zustimmung zu geben, die inhaltlich überzeugen und einen konkreten Mehrwert für NÖ bedeuten. Wo aber offene Fragen bestünden, könne man nicht uneingeschränkt zustimmen. *KO Zonschits* erwähnt weitere drei Themen ([Video ab Minute 06:57](#)): Gemeinden und Bäderförderung, klimafitte Schulen und Kindergärten, leistbares Wohnen.

Abschließend bezeichnet er seine Fraktion, die Sozialdemokratie, als Brückenbauer zwischen Arbeitnehmer*innen und Unternehmer*innen, Stadt und Land, dem Land und seinen Gemeinden, zwischen den Generationen, zwischen wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Ausgewogenheit, aber auch in der Politik. Deshalb solle das Gemeinsame über das Trennende gestellt, Verantwortung gemeinsam getragen und Politik für die Menschen gemacht werden.

Der [FP-Klubobmann Reinhard Teufel](#) beginnt seinen Redebeitrag mit den Grundüberlegungen, die seine Fraktion in das Doppelbudget 2027-28 eingebracht habe. Konsens mit dem Koalitionspartner VP habe darüber bestanden, dass der Stabilitätspakt einzuhalten sei, woraus sich als logische Konsequenz die notwendigen Einsparungsmaßnahmen ergeben hätten. Die Mittelfristplanung sehe ein Erreichen des Null-Defizits bis zum Jahr 2034 vor. Die beiden Kostentreiber seien der Gesundheitssektor und Soziales, worauf mehr als 55 % aller Auszahlungen entfallen würden. Eine Antwort darauf sei der Gesundheitspakt 2040+. Der Klubobmann thematisiert einige Ursachen der steigenden Kosten in diesen Bereichen, erwähnt dann aber etwas, das *LR Kasser* und alle Redner*innen seiner Meinung nach „*tunlichst*

zu erwähnen vergessen hätten“, und das sei die „ungezügelter Zuwanderung der letzten zehn Jahre“, die sich auf beide Bereiche auswirke.

Eine weitere Maßnahme, die von Anfang an auf den Weg gebracht worden sei, sei die laufende Optimierung der Verwaltung mit Vereinfachung von Abläufen und dem Identifizieren von Potential für Entbürokratisierung. Und auch er erwähnt die Verbesserung NÖs im Bundesländer-Ranking bezüglich Verschuldung von Platz zwei auf Platz vier.

Der Klubobmann fährt weiters fort, ein solider Landeshaushalt sei kein Selbstzweck, sondern es gehe darum, das Steuergeld der Niederösterreicher*innen effektiv und effizient einzusetzen. Und dann beginnt auch bei ihm das Bashing der Bundesregierung und die VP hört offenbar ungerührt (oder sprachlos?) zu ([Video ab Minute 07:35](#)): „Es ist Tatsache, dass wir seit Jahren kein Wirtschaftswachstum mehr zustandebringen und das hat – und ich sage es in aller Deutlichkeit – **mit der grotten-schlechten, dilettierenden, unterirdisch agierenden Bundespolitik seit Jahren zu tun**“.

Und selbstverständlich muss auch wieder die „Zuwanderungspolitik“ herhalten, die 2015 nach Teufels Aussage ALLE beklatscht hätten, mit Ausnahme der Freiheitlichen Partei. Sie habe ebenfalls klare Auswirkungen auf das Landesbudget hinsichtlich der Bereiche Gesundheit, Bildung und Soziales. Auch die „Coronapolitik“ der Bundesregierung – ein Lieblings- und Dauerthema der FPÖ – wird wieder thematisiert. Sie sei der Grund für „das geringste Wirtschaftswachstum, die höchste Arbeitslosigkeit, die höchste Inflation“ in Österreich und NÖ sei.

#zusammenHaltNÖ ist fassungslos: wieder hört sich der Vorsitz-führende Präsident Wilfing die Einwürfe des FP-Klubobmanns an die Bundesregierung ungerührt an und findet keinen Grund, ihn „zur Sache“ zu rufen, wie dies laut [§ 69 \(3\) der NÖ Geschäftsordnung - LGO 2001](#) bei Themenabschweifungen eigentlich vorgesehen wäre. Auch ein Ordnungsruf für solche Diffamierungen wäre mehr als angebracht und ist ebenfalls in der [NÖ Landesgeschäftsordnung § 69 \(5\)](#) vorgesehen. Aber offenbar

hat man sich in der ÖVP bereits daran gewöhnt, von ihrem Koalitionspartner immer wieder kritisiert, diffamiert und verhöhnt zu werden. Für uns von **#zHNÖ** ist das völlig unverständlich!).

Der **#zusammenHaltNÖ-Faktencheck**

 ergibt übrigens ein etwas anderes, differenzierteres Bild als jenes, das **FP-Klubobmann Teufel** so negativ gezeichnet hat und dafür die Bundesregierung verantwortlich macht. Hätte er in die **WKO-Basisdaten für Österreichs Bundesländer** oder in die **Statistik Austria-Publikation „Öffentliche Finanzen 2025“** hineingeschaut (beides siehe Zusatzinformation!), wäre ihm bewusst geworden, dass er ein Horror-Szenario beschreibt, das absolut nicht den Tatsachen entspricht. Vielleicht könnte er sich am besonnenen und trotzdem realistischen **Landesrat Kasser/VP** ein Beispiel nehmen oder bei ihm ein paar Nachhilfestunden nehmen, um wieder einen klareren Blick auf NÖ und seine wirtschaftliche Lage zu erhalten.

Offenbar wurde **FP-KO Teufels Blick auf die österreichische/nö. Wirtschaft** durch seinen Parteikollegen, den FP- **Landeshauptfrau-Stv. Landbauer** beeinflusst, der Fake News über eine Werkschließung in NÖ verbreitet. In einer [Presseaussendung](#) nennt er als **Gründe für die Schließung des Nemak-Werks in Herzogenburg** den „Green Deal“, die „EU-Klimahysterie“, den „Klimawahnsinn“ und das „Versagen der Bundesregierung“. Wir von **#zusammenHaltNÖ** finden: wieder einmal einen Fall von „Keine Ahnung, aber eine Meinung“. Hätte Landbauer nur einige wenige Fachartikel gelesen, wäre ihm vielleicht klar geworden, dass Experten auch viele andere Ursachen als Gründe für die Schließung des Betriebs identifizieren. Der mexikanische Autozulieferer Nemak hatte erst im Februar 2026 den Betrieb von einer Schweizer Firma übernommen. Im April 2026 sperrte man zu. Als Gründe für die Schließung des Werks in Herzogenburg werden im [INDUSTRIEMAGAZIN](#) und [NEW BUSINESS](#) nicht nur die spürbare Verschiebung der Antriebsarten von Benzin- und Dieselaautos hin zu eAutos und Hybridfahrzeugen und die damit verbundenen Investitionskosten, sondern auch die steigenden Energie- und Personalkosten, geopolitische Spannungen, Zollfolgen, Marktentwicklungen und den Wettbewerbsdruck aus China genannt. Daher kann die [Landbauersche Presseaussendung](#) nur entweder als Ausdruck mangelhaften Wissens oder bewusster Falschinformation eingestuft werden. In beiden Fällen ein Armutszeugnis für den Landeshauptfrau-Stellvertreter.

Zusatzinformation

[Geschäftsordnung NÖ Landtag – LGO 2001](#)

[Basisdaten für Österreichs BUNDESLÄNDER](#), WKO Statistik, Juli 2026

[LH-Stv. Landbauer: Nemak-Aus ist direkte Folge von Green Deal, EU-Klimahysterie und Versagen der Bundesregierung](#), Büro LHF-Stv. Udo Landbauer, 22.04.2026

[Autozulieferer schließt Werk: 330 Jobs betroffen - noe.ORF.at](#), 22.04.2026

[Drastischer Schritt - Werk wird nach Übernahme zugesperrt: 330 Jobs weg! | krone.at](#), 22.04.2026

[Warum Nemak Herzogenburg aufgibt – und was das über Europas Industrie verrät | INDUSTRIEMA-GAZIN](#), 22.04.2026

[Öffentliche Finanzen 2025, Statistik Austria](#), 31.03.2026

So stark ist Österreich pro Kopf verschuldet, Agenda Austria, 31.12.2025

[Käufer gefunden: Nemak übernimmt Automobilgeschäfts von GF Casting Solutions](#), 31.07.2025

Als letzter Redner der Generaldebatte tritt **[VP-Klubobmann Kurt Hackl](#)** ans Pult und stellt für seine Fraktion fest, dass ihnen Klarheit wichtiger sei als Harmonie. Er zählt eine lange Liste an Investitionen auf, die zum Unterschied von anderen Bundesländern und trotz Einhaltung des Stabilitätspakts den niederösterreichischen Weg charakterisierten - das sei Stabilität, Verlässlichkeit, das sei Marke NÖ. Er macht dann einen Blick auf die Weltpolitik ([Video ab Minute 02:39](#)) und auf die „Dramaliebe“ des US-Präsidenten und meint, auch einige nö. Politiker*innen würden Neigungen zur „Selbstinszenierung“ zeigen, die darauf beruhe, die Wahrheit so lange zu verdrehen und zu beugen, bis von der Realität nichts mehr übrigbleibe. Er wolle eine Lanze für Ehrlichkeit und Fakten brechen, denn die nö. Landsleute könnten die Wahrheit vertragen. *KO Hackl* kündigt an, es müsse gespart werden, aber nicht bei der Gesundheitsversorgung, der Kinderbetreuung, und nicht bei Sozialem generell. NÖ bleibe mit diesem Doppelbudget „eine soziale Modellregion, an der sich andere eine Scheibe abschneiden können“. Er sage aber auch klar, „nicht für jene Landsleute, die keinen Beitrag leisten wollen, obwohl sie könnten oder die zu uns kommen, weil sie in NÖ nur das

Geld suchen. So Leut' mit Vollkasko-Mentalität werden wir auch in Zukunft ablehnen“.

Und es folgt eine lange Dankesliste an alle Leistungsträger*innen, die die Staatskassen füllen und sich für NÖ einbringen ([Video ab Minute 05:09](#)). Der VP-Klubobmann erwähnt dann unterschiedliche Bereiche der nö. Wirtschaft, von Leuchttürmen, wie [Technopolen](#) oder dem Flughafen Schwechat bis hin zu den Klein- und Mittelbetrieben verschiedener Branchen in den Regionen, insgesamt 120.000 aktive Unternehmen, die alle zur Verlässlichkeit der heimischen Wirtschaft beitragen. Im Doppelbudget seien insgesamt 170 Mio. € an Mitteln für die Wirtschaftsförderung vorgesehen - für Handel, Gewerbe und Industrie. Er geht dann auf einzelne Bereiche des Doppelbudgets ein, darunter „Sicherheit“ und erwähnt die Investition von 50 Mio. € in die Ausstattung und Ausbildung der nö. Feuerwehren, bei der mehr als 105.000 freiwillige Feuerwehrleute aktiv sind. In diesem Zusammenhang erwähnt er auch die 800 Hochwasserschutzprojekte seit 2002, wodurch 300 Gemeinden sicherer gemacht worden seien. Auch hier werde weiter investiert und insgesamt eine Summe von 120 Mio. € ausgelöst werden. Das Doppelbudget markiere auch das Finale der großangelegten Kindergarten-Offensive, ein Kraftakt, der von Gemeinden und Land gemeinsam gestemmt worden sei. Trotz der anfänglichen Skepsis politischer Mitbewerber gebe es inzwischen 98 % Betreuungsquote der Drei- bis Fünfjährigen. NÖ liege somit auf dem Spitzenplatz in Österreich, was die [Daten von Statistik Austria](#) auch bestätigen. Weitere 220 Mio. € wären jedoch noch im Doppelbudget 2027-28 für die Landeskinderergärten und Tagesbetreuungseinrichtungen vorgesehen.

Und dann leitet auch der VP-Klubobmann wieder auf das Gesundheitsthema und den Gesundheitsplan 2040+ über ([Video ab Minute 10:55](#)) und meint, der von 50 Expert*innen ausgearbeitete Plan sei sowohl ein Konzept, in dem Leistungen besser gebündelt würden, als auch ein Investitionsprogramm ins Gesundheitswesen. Man stehe vor Mammut- und

Generationenprojekten, wie dem Universitätsklinikum Wiener Neustadt oder dem neuen Klinikum Weinviertel Süd. Er versichere jedoch, dass beim Gesundheitspersonal sicher nicht gespart werde.

Klubobmann Hackl bezieht sich schließlich auf das Arbeitsübereinkommen mit der FPNÖ aus dem Jahr 2023 ([Video ab Minute 12:46](#)), das mit mehr als 200 Projekten auf Punkt und Beistrich abgearbeitet werde und in dem man sogar „über der Zeit“ liege. Und er dankt *FP-KO Rainer Teufel* für die sehr effiziente und wertschätzende Zusammenarbeit und seine Handschlagqualität und allen Regierungsmitgliedern, dass sie das Doppelbudget mittragen. Er gratuliert dem neuen *SP-Klubobmann René Zonschits* zu seiner Ernennung und weist ihn auf seine Verantwortung hin, die beiden Regierungsmitglieder seiner Partei klar auf die Erfüllung ihrer Aufgaben hinzuweisen. Dann spricht er nochmals den kürzlichen Konflikt zwischen der VPFP-Koalition und den beiden SP-Landesrät*innen hinsichtlich Rettungsweisen und deren Verweigerung ihrer Unterschriften zum Budget an. Gegen die Tatsache, Parteiinteressen vor Landesinteressen zu stellen, werde er mit seinem Klub kämpfen, das sei ein Versprechen. Und mit Hinweis auf den ruhigen Sommer sagt er: „*Ich bin mir sicher, dass die Hergovich-SPÖ jetzt ein bisschen Selbstreflexion machen wird und vielleicht den Kurs von <SP-Team alleine> wieder den Kurs in Richtung <Team NÖ-SPÖ> setzen wird. Ich würde mich sehr freuen - gemeinsame Arbeit in schwierigen Zeiten. Das erwarten sich die Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher*“.

Abschließend kann sich der VP-Klubobmann auch Verbalattacken auf *Klubobfrau Krismer-Huber/Grüne* und *Abg. Collini/Neos* nicht verkneifen, wobei er den Neos mit Hinweis auf deren Koalition mit der SPÖ in Wien, das als Bundesland seit 2019 den [höchsten Schuldenanstieg](#) in ganz Österreich verzeichnet, ihre Finanzkompetenz abspricht ([Video ab Minute 16:32](#)).

Zusatzinformation

[Technopole in Niederösterreich](#), ecoplus, o.D.
[20 Jahre Technopole in Niederösterreich](#), Amt der NÖ Landesregierung, 17.12.2024

[Kindertagesheime, Kinderbetreuung](#), Statistik Austria, Stand 13.10.2025

Spezialdebatte

[Gruppe 0: Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung](#) (19 Redner*innen)

In dieser Gruppe geht es um Bezirksgerichte, Landesverwaltung, Landeshauptstadt, Dienstpostenplan, und die Parteienförderung.

Diese Debatte wird von [Abg. Otto Auer/VP](#) mit einem „Loblied“ auf die Gemeinden eröffnet, in welchen er „*das Herz des Landes und der Gesellschaft*“ erkennen will. Gemeinden würden in Niederösterreich 750 € pro Gemeindebürger*in für Kindergärten, Schulen, Musikschulen, Infrastruktur u. a. investieren. *Abg. Auer* weist aber darauf hin, dass auch die Gemeindebürger*innen einen gewissen Eigenfinanzierungsanteil, gedacht „*als eine Art Erziehungsmaßnahme*“, zu leisten hätten. Es handle sich dabei um einen zumutbaren Anteil, der aber sozial gestaffelt sei, damit alle die gleichen Leistungen in Anspruch nehmen können. Im Hinblick auf die vielfältigen Leistungen, die eine Gemeinde zu erbringen hat, gibt der Abgeordnete zu bedenken, dass die Ertragsanteile für Gemeinden nicht mit den Ausgaben Schritt halten könnten: allein die Personalkosten seien in den letzten 4 – 5 Jahren um 25 % gestiegen, dazu kämen noch die jährlich steigenden Abgaben ans Land. Es sei daher nicht verwunderlich, dass aufgrund dieser wachsenden finanziellen Probleme 304 Gemeinden eine Konsolidierung und 26 eine Sanierung in Anspruch nehmen müssen. Den Gemeindeförderungsbericht lobt [Abg. Christoph Müller/Neos](#) wegen seiner Transparenz. Er sieht aber ein Finanzierungsproblem vor allem bedingt durch Gemeindegrößen und plädiert daher für Gemeindegemeinschaften. Derzeit sei es so, je kleiner eine Gemeinde, desto mehr Fördergelder brauche sie. Mit einem eigenen **Resolutionsantrag** fordert der Neos-Abgeordnete zur Stärkung der Gemeindefinanzen eine Neustrukturierung der Finanzströme.

Über 600 Mio. € seien laut [Abg. Kerstin Suchan-Mayr/SP](#) aus dem Landeshaushalt den Gemeinden und Gemeindeverbänden laut [Gemeindeförderungsbericht](#) zugeteilt worden. Insgesamt seien auf diese Weise durch sonstige Ausgaben von 953 Mio. € somit insgesamt 1,5 Mrd. € im Interesse der Gemeinden geflossen. Mit Bedauern stellt die Abgeordnete fest, dass im aktuellen Doppelbudget Beratungsorgane um 800.000 € reduziert wurden: dies betreffe z. B. *NÖ Regional- oder Dorf- und Stadterneuerung* – diese Angebote seien von den Gemeinden stark in Anspruch genommen worden. Ein weiterer Kritikpunkt seien [die hohen NÖKAS-Abgaben für Gemeinden](#) (**Anm. #zH: NÖKAS=NÖ. Krankenanstaltensprengel**), wo das Land die Gemeindespitäler übernommen hat.

Positiv sieht [Abg. Suchan-Mayr](#) den Abschluss einer Reformpartnerschaft beim Kommunalgipfel am 30. Juni 2026. Vom Land verlangt sie auch eine Garantie für einen Weiterbestand der Gemeindeautonomie durch gesunde und planbare Gemeindefinanzen.

In einem **Resolutionsantrag** setzt sich die Abgeordnete für den Erhalt und den Betrieb kommunaler Badeinfrastruktur mit fairer Finanzierung unter Beteiligung des Landes ein. Gemeindekooperationen befürwortet auch [Abg. Dieter Dorner/FP](#), lehnt aber Gemeindefusionen strikt ab. Dem *Neos-Abg. Müller* attestiert er in diesem Zusammenhang Unwissenheit in punkto Gemeinden. Auch für [Abg. Dorner](#) sei der Gemeindeförderungsbericht 2025 übersichtlicher und klarer geworden. Und er begrüßt jede Unterstützung, die vor Ort Investitionen ermögliche als Beitrag zur regionalen Freiheit, ganz im Sinne einer Gemeindeautonomie.

Die Gemeinde sei für die Bürger die erste behördliche Anlaufstelle. Umso bedauerlicher findet es [Abg. Franz Mold/VP](#), dass viele Gemeinden stark unter Druck stünden. Trotz schwieriger Rahmenbedingungen habe man mit der Reformpartnerschaft zwischen Land

und Gemeinden einen gemeinsamen Weg gefunden. Im Jahr 2025 seien 488 Mio. € Förderungen des Landes als wesentliche Grundlage für Gemeindeinvestitionen überwiesen worden, weitere 952 Mio. € für Infrastruktur-Projekte und 122 Mio. € für Kultur. In Summe würde das Land NÖ die Gemeinden mit 1,5 Mrd. € unterstützen. Daher seien Gemeinden auch gefordert, zu kooperieren. Denn Kooperationen bieten Potenzial und Gemeindeverbände würden auch Kosten einsparen. Um dies zu erleichtern, bringt der Abgeordnete einen **Resolutionsantrag** für Steuererleichterung ein.

Zum Thema Europäische Union äußert sich als erster Redner [Abg. Bernhard Heinreichsberger/VP](#). Neben den großen Herausforderungen für Europa würden für ihn die Regionen eine zentrale Rolle spielen, denn sie seien die Basis der Mitgliedstaaten. Neben der Forderung nach Entbürokratisierung und Beschleunigung von Verfahren, kritisiert er einige geplante Gesetze und Verordnungen als nicht umsetzbar. Der Abgeordnete fordert von der EU, sich auf ihre Kernaufgaben zu beschränken, anstatt durch immer neue Verordnungen Wettbewerbsnachteile zu verursachen. Als einen positiven Effekt merkt er an, dass zahlreiche Arbeitsplätze durch EU-Mittel gesichert würden. Schließlich kämen von jedem Euro, den Österreich nach Brüssel überweist, wieder drei Euro nach Niederösterreich zurück.

Allein aufgrund der Geldflüsse habe nach Meinung von [Abg. Rainer Spenger/SP](#) Niederösterreich von der Europäischen Union profitiert und den Wohlstand steigern können. Dank eines gut funktionierenden Verbindungsbüros in Brüssel verfüge Niederösterreich über wichtige Informationen aus dem gemeinsamen Wirtschaftsraum. Als abschreckendes Beispiel erwähnt [Abg. Spenger](#) den Brexit, wie der Austritt aus der EU zum wirtschaftlichen Niedergang eines Landes führe.

Da Österreich Nettozahler ist, würden für [Abg. Peter Gerstner/FP](#) die EU- Fördergelder

letztlich nur der Teil-Rückfluss jener Gelder der österreichischen Steuerzahler sein, die Österreich zuvor nach Brüssel gezahlt hat. Landwirtschaftliche Betriebe würden zwar 400 Mio. € erhalten, hätten jedoch durch einen gewaltigen Bürokratieaufwand, neue Verwaltungsvorschriften und umfassende Kontrollsysteme bei Verstößen Sanktionen zu befürchten. Der EU wirft *Abg. Gerstner* mangelnden Realitätssinn nicht nur im Bereich der Landwirtschaft vor und daher spreche er sich für einen „*Abbau der Umverteilungspolitik*“ aus.

Die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Niederösterreich unterstreicht *Abg. Marlene Zeidler-Beck/VP* mit der Nennung einiger weltweit tätiger NÖ Technologiebetriebe. Sowohl NÖ Industrieunternehmen, genauso wie KMUs würden vom europäischen Binnenmarkt profitieren, denn zwei Drittel der Warenexporte gingen in die Europäische Union, dem stabilsten und wichtigsten Absatzmarkt. Europa biete aber mehr als nur den freien Warenverkehr: Knapp jeder/jede siebente Arbeitnehmer*in kommt aus einem anderen EU-Mitgliedsstaat. All diese Menschen würden ihrer Meinung nach tagtäglich einen ganz wesentlichen Beitrag für den Wirtschaftsstandort Niederösterreich leisten.

(Anm. #zH: Die Abgeordnete ist stark auf den Wirtschaftsstandort fokussiert und vergisst dabei, dass diese Menschen aber vor allem auch einen entscheidenden Beitrag zum Erhalt bzw. zur Steigerung des Wohlstands in diesem Land leisten!)

Und als Replik auf die Zahlenspiele von *Abg. Gerstner* bezüglich EU-Fördergeldern weist die Abgeordnete darauf hin, dass sich die EU auch finanziell für Niederösterreich auszahle. Denn für jeden Euro, den Niederösterreich nach Brüssel zahle, würden drei Euro wieder ins Land zurückfließen.

Nicht nur zum Thema Tierschutz, mit eigenem **Resolutionsantrag** zum akuten Problem der Streunerkatzen, meldet sich *Abg. Michael Bierbach/SP* zu Wort, sondern er hält auch ein

flammendes Plädoyer für die Erhaltung aller Bezirksgerichte in Niederösterreich.

Schützenhilfe für die Beibehaltung aller Bezirksgerichte erfährt der SP-Abgeordnete auch von *Abg. Hubert Keyl/FP*. Für ihn werde dort der Rechtsstaat gelebt, denn die Bürger*innen bräuchten die Justiz in der Nähe.

Eine diametral entgegengesetzte Ansicht vertritt *Abg. Edith Kollermann/Neos*. Für sie löse die Beibehaltung der Bezirksgerichte nicht die Probleme der Justiz. Auch wenn sie anerkennende Worte für die wichtige Arbeit der Bezirksgerichte findet, brauche man in Zeiten einer allgemeinen Mobilität der Bevölkerung eine qualitativ hochwertige Justiz, die mit den vorhandenen Ressourcen effizientere Abläufe ermögliche, anstatt „den Status quo zu zementieren“. Im vorliegenden Antrag könne sie keine Reformpolitik erkennen, sondern Stillstand.

Das Gebot der Stunde heiße gut erreichbares Service, klare Verfahren und schnelle Analysen: das würde man im Jahr 2026 unter „Bürger*innennähe“ verstehen. Moderne Justiz lasse sich nach Meinung von *Abg. Kollermann* nicht über die Quantität der Standorte definieren.

Die Verwaltung sei für *Abg. Hermann Hauer/VP* verantwortlich für das reibungslose Funktionieren vieler öffentlicher und privater Bereiche einer Gesellschaft. Ein großer Wurf im Hinblick auf die Verwaltungsreform sei mit einer 30-prozentigen Verfahrensbeschleunigung bei gewerblichen Betriebsanlagen gelungen. Weiters werde in der Landesverwaltung jeder dritte Dienstposten eingespart.

Abg. Hauer bringt mit einem eigenen **Resolutionsantrag** eine Forderung an die Bundesregierung ins Plenum, nämlich ähnlich wie in Deutschland, einen gestaffelten Mutterschutz nach Fehlgeburten einzuführen.

Einen umfassenden Reformkurs reklamiert *Abg. Indra Collini/Neos*. In mehreren **Resolutionsanträgen** fordert sie eine Kürzung der Parteienförderung, den Entfall der automatischen jährlichen Valorisierung und eine

umfassende Evaluierung sämtlicher Förderprogramme. Einmal im Jahr solle dem Landtag über mögliche Einsparungspotenziale berichtet werden. Und im Gleichklang mit den Empfehlungen des Landesrechnungshofes verlangt die Abgeordnete eine Reduktion der externen Beratungsleistungen, eine Ausgabensperre und Einsparungen bei den Büroausgaben im Bereich der Landesrät*innen. In ihrem abschließenden Statement kritisiert sie nochmals, dass überall gespart werde, nur bei der Parteienförderung in Niederösterreich nicht. Es gehe immerhin um 40 Mio. €.

Das Zustandekommen des Polizeisicherheitszentrums in St. Pölten „feiert“ [Abg. Kathrin Schindele/SP](#) als Ergebnis der guten Zusammenarbeit zwischen der Landeshauptstadt St. Pölten und dem Land Niederösterreich durch ein „*fortschrittliches und produktives Miteinander*“. Nicht ohne einen gewissen Stolz betont die Abgeordnete, dass die Entwicklung der Stadt nicht nur national, sondern auch international honoriert werde. Neben wichtigen Investitionen, zahlreichen Infrastrukturprojekten weist sie besonders auf neue Bildungs- und Forschungseinrichtungen hin. Exemplarisch stehe dafür die [USTP/ University of Applied Sciences St. Pölten](#), wo u.a. in den Disziplinen maschinelles Lernen, Robotik oder Datenanalyse internationale Projekte gefördert würden. Auch in diesem Bereich habe sich ihrer Meinung nach die enge Zusammenarbeit von Stadt und Land Niederösterreich bestens bewährt. Abschließend lädt die Abgeordnete noch zum Besuch der Ausstellung „40 Jahre Landeshauptstadt“ ein.

Die von *Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner* für den Dienstpostenplan 2027/28 in Aussicht gestellte Reduktion um 120 Dienstposten sei für [Abg. Dominic Hörlezeder/Grüne](#) nicht nachvollziehbar. Demnach sollte ab 2027 jede dritte freiwerdende Stelle im Landesdienst und in ausgelagerten Gesellschaften nicht nachbesetzt werden. Aus dem Dienstpostenplan könne man das jedoch nicht herauslesen,

denn dieser sei seiner Meinung nach zu intransparent. Ein ähnliches Problem sehe er beim größten Personalpaket des Landes, der [NÖ Landesgesundheitsagentur](#). Da die Kontrollmöglichkeit des Dienstpostenplans verwehrt werde, stelle er einen **Resolutionsantrag**, denn Kontrolle des Budgets sei Aufgabe des Landtags, welche im Budgetrecht begründet sei.

Im Hinblick auf das Doppelbudget will [Abg. Jürgen Handler/FP](#) Einsparungspotenzial nicht an der Basis, bei den Landesbediensteten, „*die das Land am Laufen halten*“, sondern bei den Strukturen erkennen. Er prangert Doppelgleisigkeiten zwischen Land und ausgelagerten Gesellschaften an, fordert mehr Digitalisierung für schnellere Verfahren, einen geringeren Verwaltungsaufwand und einen verantwortungsvolleren Umgang mit den vorhandenen Mitteln.

Dem **Resolutionsantrag** der Grünen für eine transparente Dienstpostenplanung erteilt er wegen eines unzumutbaren bürokratischen Aufwands eine Absage.

[Gruppe 1: Öffentliche Ordnung und Sicherheit](#) (10 Redner*innen)

In das Budget der Gruppe 1 - *Öffentliche Ordnung und Sicherheit* fallen laut Berichterstatter [Abg. Lukas Michlmayr/VP](#) *Mittelaufbringungen und Mittelverwendungen für das Feuerwehrewesen, den Katastrophendienst und die Landesverteidigung*.

Als erster Debattenredner betont [Abg. Christoph Kainz/VP](#), dass Sicherheit oberste Priorität für die Bevölkerung habe. Trotz Zunahme der Delikte sei laut Kriminalanzeigen-Statistik und durch den massiven Einsatz der Polizei die Aufklärungsquote auf 54,6 % gestiegen. Für ihn entschärfe sich auch die Asylsituation durch einen massiven Rückgang der Anträge. Beim Bundesheer ortet der Abgeordnete großes wirtschaftliches Potenzial durch Großinvestitionen in Kasernenstandorte in Niederösterreich.

Bei der „Sicherheitsfamilie“ bedanken sich [Abg. Kathrin Schindele/SP](#) und [Abg. Helmut Fiedler/FP](#) speziell bei den allzeit bereiten Freiwilligen Feuerwehren als Akuthelfer. [Abg. Fiedler](#) bedankt sich auch beim Zivilschutz. Für viele sei das Thema Sicherheit emotional besetzt. Obwohl Österreich eines der sichersten Länder sei, sieht [Abg. Franz Dinhobl/VP](#) eine große Herausforderung im radikalen Islam. Für ihn spreche der [Aktionsplan](#) eine klare Sprache und so will er erste Ergebnisse erkennen: Zurückdrängung des Schlepperwesens, stark rückläufige Asylanträge, Tiefstand bei der Grundversorgung und gestiegene Abschiebungen.

(Anm. #zH: Auch wenn die offiziellen Statistiken des Verfassungsschutzes eine etwas differenzierte Sicht auf die Sicherheitslage beweisen, will Abg. Dinhobl offenbar nur im radikalen Islam die Feinde unserer Sicherheit erkennen. Radikalismen anderer Art, wie den stark steigenden Rechtsradikalismus werden von ihm komplett ausgeblendet!)

Zusatzinformation

[Verfassungsschutzbericht 2025: Rechtsextremismus und Islamismus nimmt zu](#), 04.05.2026
[298 Anzeigen in NÖ - Wieder mehr rechtsextreme Straftaten in Österreich - NÖN.at](#), 28.02.2026
[NÖ Integrationskodex 2026](#), Mai 2026

Uneingeschränktes Lob für das Wirken der Freiwilligen Feuerwehren kommt von [Abg. Christoph Müller/Neos](#), [Abg. Franz Schnabel/FP](#) und [Abg. Franz Mold/VP](#).

Für [Abg. Schnabel](#) würden die Feuerwehren das Rückgrat des Katastrophenschutzes bilden und in der Feuerwehrjugend Verantwortungsbewusstsein, Kameradschaft und Hilfsbereitschaft vermittelt, also Werte, welche die Gesellschaft dringend brauche. Mit einem Dankeschön an die Ehrenamtlichen präsentiert [Abg. Mold](#), der selber in seiner Gemeinde Zwettl [26 Feuerwehren](#) hat, die Leistungsbilanz der NÖ Freiwilligen Feuerwehren. Die 106.000 Frauen und Männer hätten 7,5 Millionen ehrenamtliche Arbeitsstunden in 68.000 Einsätzen geleistet. Daher erfreue sich die Feuerwehr auch eines großen Zuspruchs im Rahmen der

Feuerwehrjugend und bei der Kinderfeuerwehr.

Den Dankesworten ihrer Vorredner schließt sich auch [Abg. Helga Krismer-Huber/Grüne](#) an und ergänzt diese aber mit einem „religiösen Seitenblick“. So erkenne sie in Taufen von neuen Feuerwehrfahrzeugen eine große Wertschätzung für alle Beteiligten und den ganzen Ort. Über die immer zahlreicheren Feuerwehrfrauen freue sie sich ganz besonders und betont, dass gerade die Freiwilligkeit die Resilienz in der Gesellschaft fördere.

Auch [Abg. Christoph Kainz/VP](#) finde nur lobende Worte für die Feuerwehren. Sie böten jene Sicherheitsstruktur, auf die man sich in jedem Landeswinkel verlassen könne. Als Präsident des NÖ Zivilschutzverbandes, hebt er die enge Zusammenarbeit mit Exekutive und anderen Blaulichtorganisationen hervor, wo binnen weniger Minuten hochqualifizierte Kräfte zum Einsatzort kämen.

[Gruppe 2: Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft](#) (16 Redner*innen)

In die Gruppe 2 wurden Bereiche verpackt, die insgesamt einen großen Anteil am Budget ausmachen. **(Warum die Wissenschaft in der Auflistung der vier Bereiche den letzten Platz einnimmt, erschließt sich den #zH-Betrachter*innen allerdings nicht.)**

Die meisten der sechzehn Abgeordneten, die nach dem Berichterstatter das Wort ergreifen, sprechen zu Unterricht und Erziehung, zu Kinderbetreuung in Kindergärten und Nachmittagsbetreuungs-Einrichtungen, sowie zur Schule und beleuchten unterschiedliche Details dieser Themenbereiche. Drei Mandatarinnen thematisieren Wissenschaft und Forschung, zwei gehen näher auf Sport ein.

Bei **Unterricht und Erziehung** herrscht Einigkeit bei den Redner*innen: Bildung sei die oder eine der wichtigsten Investitionen in die Zukunft. Man ist sich über die Notwendigkeit einer ausreichenden Sprachkompetenz vor Schuleintritt einig, ebenso wie über die Mitwirkungspflicht der Eltern. Aber auch der

Stellenwert der Sonderschule neben Inklusion wird von vielen betont und klar befürwortet. Als erster Redner macht [Abg. Helmut Fiedler/FP](#) gleich zu Beginn die Kernbotschaft seiner Partei klar: „*Verantwortung statt Schuldenrausch, Planbarkeit statt politischem Aktionismus*“. Er hält fest, dass ein teures Bildungssystem nicht automatisch ein gutes System sein müsse. Bezüglich des Budgets sei der freiheitliche Bildungsanspruch klar und eindeutig – es gehe um ein Budget für Leistung, für Sprache, für Ordnung, für „*unsere Kinder*“ und nicht für ein System, das sich selbst genüge. Der [VP-Abgeordnete Mario Wührer](#) lässt keine Zweifel daran, dass seine Partei zu Volksschulen in der jetzigen Form stehe und die „*Experimente*“ von Minister Wiederkehr total ablehne. Volksschulen und Kindergärten gehörten „*zu unseren Orten und unseren Dörfern*“. Man brauche keinen Zentralismus und große Einheiten, keine unnötigen Kilometer, wie es die Neos forderten. Der Abgeordnete drückt dann seine Wertschätzung für landwirtschaftliche Fachschulen aus, in denen auch Forschung hinsichtlich klimafitter Pflanzen, Böden und Wälder betrieben werde, sowie für Berufsschulen, in denen man aus 200 Lehrberufen auswählen könne. Er stellt auch klar, dass für seine Fraktion die Sonderschule neben Inklusion ihre Berechtigung habe und fordert wieder eine eigenständige Ausbildung für Sonderpädagog*innen.

[Abg. Georg Ecker/Grüne](#) spricht sich für Förderungen der Stärken jedes einzelnen Kindes aus, für Sprachförderung bereits im Kindergarten, damit Kinder bereits zu Beginn der Volksschule dem Unterricht folgen können. Und er stellt einen diesbezüglichen **Resolutionsantrag**, der jedoch abgelehnt wird. Angesichts der bereits im Mai und Juni oft unerträglichen Temperaturen, ausgelöst durch den Klimawandel, fordert der Abgeordnete Hitzeschutzprogramme für Schulen, da unter diesen Umständen Unterricht nicht mehr möglich sei. Die [SP-Abgeordnete Kathrin Schindele](#) hält fest, Bildungseinrichtungen seien ein wichtiger

Bestandteil jeder Gesellschaft. Wissensvermittlung, persönliche-Weiterentwicklung, Vorbereitung auf Beruf, Alltag und gesellschaftliche Verantwortung stünden im Vordergrund. Die Mandatarin stellt einen Antrag hinsichtlich einer zeitnahen Novelle des nö. Kindergartengesetzes 2006, in dem ein Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ab dem 2. Geburtstag und weitere Verbesserungen zur Kinderbetreuung festgeschrieben sein sollten ([Video ab Minute 3:15](#)). Um die Investitionen des Schul- und Kindergartenfonds nachhaltig auszurichten, stellt die Abgeordnete einen weiteren Antrag mit dem Ziel der Verankerung von „*sommerlichem Hitzeschutz*“ als festen Bestandteil der Förderkriterien ([Video ab Minute 5:04](#)). Im Unterschied zu seinen Vorredner*innen benutzt [Abg. Christian Brenner/FP](#) seinen Redebeitrag gleich anfangs, um Zensuren an die letzte Bundesregierung auszuteilen. Er sagt: „*Die finanzielle Ausgangslage ist alles andere als einfach. Sie ist vor allem das Ergebnis der Misswirtschaft und der chaotischen Vorgänge der letzten Bundesregierung*“. Er nennt dann die für den Teilbereich der Gruppe 2 vorgesehenen Budgetsummen und meint, diese würden zeigen, dass die Zusammenarbeit zwischen VP und FP funktioniere. Wie auch so manche seiner Parteikolleg*innen nutzt er seine Rede für ein Wien-Bashing und behauptet, dass dort zum Unterschied von NÖ Steuergelder verschleudert würden. In NÖ seien besonders Pflichtschulen wichtig, in denen Kinder „*lesen, schreiben und rechnen lernen*“ und wo „*unsere Werte, wie Verantwortung und Zusammenhalt*“ vermittelt würden. Und er definiert, was eine gute Schule von heute brauche – „*engagierte Lehrer*innen, klare Regeln, Leistung, Disziplin und gegenseitigen Respekt*“. Und sie brauche „*eine gemeinsame Sprache* und das sei „*die deutsche Sprache*“ (**Anm.#zH: No na ned, was denn sonst? Eine tolle Erkenntnis des Abgeordneten**). Ausreichende Deutschkenntnisse müssten daher die Grundlage für einen erfolgreichen Schulbesuch sein. Er wirft den „*linken Parteien*“ vor, dieses Problem oft

zu ideologisieren oder kleinzureden. Dagegen würden die Freiheitlichen klare Regeln und Chancen für alle Kinder setzen, denn Integration beginne mit der Sprache.

Abg. Brenner spricht dann über das Erfolgsmodell Lehre, das ebenfalls Wertschätzung verdiene. Seine Fraktion stehe für eine „Bildungspolitik mit Hausverstand“. Und er sagt, „Unsere Kinder brauchen Wissen, statt Ideologie, Leistung statt Gleichmacherei und Werte statt Bevormundung. Schule soll auf das Leben vorbereiten und nicht zu einem Experiment verkommen“.

#zusammenhaltNÖ fragt sich, welche Qualifikationen ein Mandatar eigentlich braucht, um mit Gemeinplätzen und deutlich erkennbaren Vorurteilen und einer gehörigen Portion (rechtsaußen) Ideologie seine „Expertise“ über Unterricht und Bildung abzugeben. Offenbar genügt es für Politiker mancher Parteien, selbst einmal eine Schulbank gedrückt zu haben, um mit der Erinnerung an die Pädagogik von vor 30 Jahren im Jahr 2026 als 38-jähriger „Jugend(!)sprecher“ seiner Partei seine Vorstellungen von Bildung und „modernem“ Unterricht kundzutun.

Abg. René Lobner/VP weist auch auf die Verantwortung der Eltern hin und bekräftigt deren Mitwirkungspflicht. Bei beharrlicher Verweigerung müsse es auch die Möglichkeit von Sanktionen geben, worüber die zuständige Landesrätin *Teschl-Hofmeister/VP* inzwischen auch mit dem Bundesminister konferiere. In ihrem Redebeitrag über den Schul- und Kindergarten-Fonds und die Kinderbetreuung nennt *Abg. Doris Schmidl/VP* die Förderkosten und Investitionen für Kindergärten, Schulen und Betreuungseinrichtungen, erklärt die Struktur und Aufgabenbereiche des Schul- und Kindergartenfonds, der u.a. auch Gelder zur Behebung von Hochwasserschäden, Finanzierung technischer Hilfsmittel (auch für Kinder mit Förderbedarf), Digitalisierung und der digitalen Verwaltung in Schulen und Kindergärten zur Verfügung stellte, letzteres mit dem Ziel der Verwaltungsvereinfachung und Entbürokratisierung. Für 2026 ist die Fortführung der

Digitalisierungsoffensive und die Unterstützung bei technischen Anschaffungen geplant. Dann geht die Abgeordnete auf das zweite Thema ein und hält fest, die nö. Kinderbetreuungsoffensive sei eine der wichtigsten familienpolitischen Entscheidungen der letzten Jahre gewesen. Gemeinsam mit den Gemeinden würden bis Ende 2027 750 Mio. € in den Ausbau der Kinderbetreuung investiert. Seit dem Start der Offensive seien Förderungen von mehr als 600 neuen Gruppen und Bewegungsräumen beschlossen worden. Bei Neubauten würden auch klimarelevante Bauentscheidungen mitberücksichtigt.

Auch *Abg. Edith Mühlberghuber/FP* spricht über das Thema „Kindergarten“ und meint, eines sei klar: „Eltern wissen selbst am besten, welches Modell für sie und ihr Kind das Beste ist: Ob ein Kind in den Kindergarten geht, ob es bei einer Tagesmutter betreut wird, oder ob es zuhause bei der Mutter betreut wird – vor allem Letzteres verdient Respekt und Wertschätzung. Und daher ist für Eltern Wahlfreiheit sehr sehr wichtig“. Auch sie nennt Summen, die von Gemeinden und dem Land investiert würden und meint, es gehe dabei nicht nur um Betreuungsplätze, es gehe auch um weniger Schließtage im Sommer, um längere Öffnungszeiten, wo sie gewünscht werden. Trotz Umsetzung eines nö. Sparpakets im Ausmaß von 360 Mio. € sei der Bereich Kindergarten/Elementarpädagogik von Kürzungen ausgenommen. Laut Voranschlag gebe das Land NÖ im Jahr 2027 362 Mio. €, im Jahr 2028 366 Mio. € aus. Das sei viel Geld, doch gute pädagogische Betreuung müsse der Öffentlichkeit diese Investition wert sein. Es müsse aber auch darauf geachtet werden, dass die Gemeinden nicht überfordert würden. Auf die Erfolgsgeschichte der Kinderbetreuungsoffensive weist auch *Abg. Bernhard Heinsberger/VP* mit Stolz hin. Es gebe in NÖ 1.100 Landeskindergärten mit 3.600 Kindergarten- und aktuell 59.019 Kindern in Betreuung. Das sei österreichweit ein Spitzenwert. Es gehe aber nicht nur um Quantität,

sondern auch um Qualität. Hier sei vieles getan worden, es seien Gruppen verkleinert worden, wodurch die Betreuung intensiver wurde und es eine bessere Sprachförderung gebe. Weiters sei auch in Ausbildungsplätze investiert worden, da mehr Personal notwendig sei. Um die Kooperation mit den Eltern zu vertiefen, sei auch das Kindergartengesetz geändert und der Bildungsplan für die Elementarpädagogik neu aufgelegt worden. Dabei gehe es um Werte und Respekt, Verantwortung und Zusammenarbeit und zugleich auch, dass die nö. DNA im Mittelpunkt stünde. Und der Abgeordnete sagt: *„Das sind Bekenntnisse zu unseren Werten und Traditionen, das ist der Nikolaus, das ist das heilige Martinsfest, das ist der Advent, Ostern, Weihnachten und vieles andere auch. Und dazu stehen wir und dazu bekennen wir uns, und darum wurde das hier auch festgeschrieben“.*

Abg. **Heinreichsberger** erwähnt dann noch die Ausbildung neuer Führungskräfte. Es seien gerade hundert neue Leiter*innen vereidigt worden, die ihre Ausbildung beginnen und rechtliche Grundlagen, Kommunikation, Personalführung etc. studieren.

Abschließend stellt der Abgeordnete noch einen **Resolutionsantrag**, bei dem es um die Verlängerung der 15a-Vereinbarung Elementarpädagogik für die Jahre 2027 und 2028 geht.

[NÖ Kinderbetreuungsoffensive - Förderungen - Land Niederösterreich](#)

Als erste Rednerin über **Wissenschaft und Forschung** spricht die **SP-Abgeordnete Doris Hahn**. Es gehe dabei um die Arbeitsplätze von morgen und um Lösungen für die Zukunft, von Energiewende und Klimawandel - Stichwort „Speichertechnologie“ und **Smart Grids**, also intelligente Netze - bis hin zur modernen Medizin – Stichwort „**Life Sciences**“, moderne Krebstherapien, Robotics und KI in der Medizin, Digital Health, Entwicklung neuer Medikamente und Impfstoffe, Pflegeforschung etc.

NÖ habe sich in den letzten Jahren einen guten Ruf erarbeitet mit dem [ISTA in Klosterneuburg](#), dem [MedAustron in Wiener Neustadt](#) oder den Fachhochschulen von Krems bis St. Pölten. Die Forscher*innen müssten durch die bloße Fortschreibung des Budgets im Grunde Kürzungen auf Raten hinnehmen. Die SP habe im „[Guten Plan für NÖ](#)“ gezeigt, wo Geld hinfließen würde, wenn sie für Wissenschaft und Forschung Verantwortung hätten – nämlich in die Hörsäle, Labore, zu den Studierenden und Forschenden. Steuergeld sei nach Meinung der SPNÖ einzusparen, indem Parallelstrukturen in der Verwaltung, wie die nö. Forschungsförderungsgesellschaft zu hinterfragen seien. Es gebe eine solche hervorragende Forschungsförderungsgesellschaft auf Bundesebene. Ihre Fraktion würde noch enger mit dem Bund kooperieren, teure Doppelgleisigkeiten einsparen und das gesparte Steuergeld in konkrete Forschungsprojekte und Wissenschaftler*innen vor Ort investieren.

Eine Vision der SPNÖ wäre eine interdisziplinäre Volluniversität in NÖ, die verschiedene Fachrichtungen unter einem Dach vereint. Ihre Fraktion würde auch eine leistbare Wohnraum-Initiative starten, denn Studierende könnten nicht den gesamten Verdienst ihrer dringend nötigen Nebenjobs für WG-Zimmer aufwenden. Die SP wolle auch ein NÖ-Stipendium für jene, die die ersten Studierenden in einer Familie sind. Es sollten die klügsten Köpfe das Land weiterbringen und nicht nur jene mit den reichsten Eltern und den dicksten Brieftaschen.

Abg. **Hahn** spricht dann ein Problem an, dass sich die „*Frau Landeshauptfrau und nicht nur sie*“ gerne mit der Spitzenforschung in diesem Land schmücke und gleichzeitig sitze sie in einer Koalition mit einer Partei, die wissenschaftliche Fakten regelmäßig nicht nur kleinrede und ignoriere, sondern sie ganz bewusst als Humbug oder Hysterie abtue, egal ob beim Klima oder in der Medizin. Damit tue man dem Ruf NÖs keinen Gefallen. Abschließend meint die Abgeordnete, ein Budget zeige, was

einer Regierung wichtig ist und mit diesem Budget bleibe die NÖ Landesregierung die mutigen Schritte schuldig. Deshalb könne die SPNÖ dem Budget der Gruppe 2 nicht zustimmen.

Für ihre Fraktion, die FPNÖ, sei klar, dass ein starkes NÖ eine starke Wirtschaft und eine starke Wirtschaft eine starke Forschung, praxisnahe Ausbildung und Innovation brauche, die bei den Menschen, in den Betrieben und Regionen ankomme, erklärt [FP-Abgeordnete Anja Scherzer](#). Das vorliegende Budget sei ein klares Bekenntnis zu Wissenschaft und Forschung in NÖ. Sie geht dann auf [ISTA](#) ein, das international in der Spitzenforschung sichtbar sei und weit über Österreich hinaus Anerkennung finde, auch in Zukunftsbereichen wie Quantentechnologie, neue Materialien und [supraleitende Systeme](#). Solche Forschung schaffe die Grundlagen für neue Technologien, Innovation und langfristig auch für Wertschöpfung und Arbeitsplätze. Auch in der angewandten Forschung könne NÖ Erfolge vorweisen, wie z.B. an der FH Wiener Neustadt auf dem Gebiet der Halbleitertechnologie, die Grundlage für Maschinen, Fahrzeuge, Medizintechnik, Kommunikation und moderne Industrie sei. Wer hier Wissen im eigenen Land habe, mache sich unabhängig und stärke auch den Standort. Deshalb sei es richtig, dass „*die Forschungstechnologie und Innovationsstrategie*“ auch im Budget weiterverfolgt werde. Mit öffentlichen Geldern müsse allerdings sorgsam umgegangen und sowohl Einsatz als auch Effizienz der Mittel müssten geprüft werden. Die Abgeordnete geht dann noch auf die Bedeutung der Fachhochschulen und auf einen Antrag der FP im Frühjahr ein, in dem die Bundesregierung aufgefordert wurde, sich klar zu einer abgesicherten Finanzierung der Fachhochschulen zu bekennen. Und sie sagt: „*Wir in NÖ bekennen uns klar zu unseren Fachhochschulen, zur [FTI-Strategie](#) und zu Wissenschaft und Forschung als Zukunftsbereiche unseres Landes*“.

[Abg. Marlene Zeidler-Beck/VP](#) zitiert die von *LR Kasser* genannte „*Kunst des Möglichen und Machbaren*“ und meint, morgen werde auf Grund der Fortschritte von Wissenschaft und Forschung weit mehr möglich sein als heute. Sie nennt ebenfalls [MedAustron](#), den „*Leuchtturm im Kampf gegen Krebs*“, wodurch früher unheilbare Krebsformen durch [Ionentherapie](#) heute behandelbar seien und diese Therapie nur an wenigen Standorten der Welt angeboten werde. Sie erwähnt, dass mit dem Budget der Grundstein für die dritte Ausbaustufe des [ISTA](#) gelegt werde, ein Forschungsinstitut, in dem heute schon 1.000 Mitarbeiter*innen aus über 80 Ländern beschäftigt seien, die besten Köpfe nach NÖ geholt worden seien und die „*Mission Nobelpreis*“ weiter vorangetrieben werde.

Dort werde Grundlagenforschung auf Weltniveau betrieben, z.B. auf dem Gebiet der künstlichen Intelligenz und der Frage, wie KI als vertrauenswürdige, menschenzentrierte Technologie zum Wohle der Gesellschaft vorangetrieben werden könne.

Die Abgeordnete geht dann noch auf die Fachhochschulen über, nennt die [UWK/Universität für Weiterbildung in Krems](#), den [Europacampus Hainburg](#) für Green Technologies und Smart Innovation, an dem mehrere etablierte Universitäten und zwei europäische Universitätsallianzen kooperieren und ab 2028 dort sowohl Studien-, als auch Forschungsplätze entstehen würden. Und in Richtung *Abg. Hahn* sagt sie, sie erwarte auch ein klares Bekenntnis von der Wissenschaftsministerin, gerade, wenn es um Privatuniversitäten gehe. So gebe es von der Karl Landsteiner-Privatuniversität inzwischen tausend Absolvent*innen, die bereits im Gesundheitsbereich arbeiten würden und eine unverzichtbare Säule seien.

Abschließend spricht *Abg. Zeidler-Beck* noch das Thema steigender Wissenschaftsskepsis und gezielter Desinformation an. Daher wäre verstärkte Wissenschaftsvermittlung von großer Bedeutung, denn dadurch könne Wissenschaftsvertrauen aufgebaut werden. Im

Doppelbudget sei auch dafür ein Posten reserviert, z.B. für ganz niederschwellige Angebote wie z.B. [Heurika](#), wo es um Wissenschaftsvermittlung und -kommunikation gehe.

Für die **Neos** spricht [Abg. Indra Collini](#) und nennt gleich zu Beginn die gute Nachricht, dass das Budget in dieser Gruppe für die Jahre 2026-2028 zwischen 2,6 Mrd. € und 2,8 Mrd. € liege und pro Jahr um ca. 4 % wachse. Dies sei somit mehr als die Inflationsrate. In der Elementarbildung, Bildung Wissenschaft und Forschung werde Zukunft gemacht. Sie macht dann einen genaueren Blick in die Zahlen und erwähnt, dass fast ein Viertel des Geldes in Lehrer*innenpensionen fließe, die allerdings vom Bund finanziert würden und beim Budget ein Durchlaufposten seien. Ebenfalls vom Bund finanziert würden die stark steigenden Budgets für aktive Lehrkräfte. Das sei ein Plus von 184 Mio. € vom Rechnungsabschluss 2025 bis zum Voranschlag 2028, also satte 17 %. Und sie meint, diese massive Investition im Bildungsbereich hätte es ohne Neos in der Bundesregierung nicht gegeben.

Im Zusammenhang mit der Kindergartenoffensive, für die pro Jahr 80,5 Mio. € zur Verfügung gestellt würden, erwähnt die Abgeordnete, dass drei Viertel dieser Gelder von den Gemeinden nicht abgeholt würden. **(Anm. #zH: In diesem ORF-Bericht werden Gründe dafür genannt.)**

Sie nennt dann aber auch Bereiche, bei denen die Mittel signifikant gekürzt würden, z.B. im Bereich der Landesberufsschulen, wo die Fachkräfte für morgen ausgebildet werden und im Bereich Wissenschaft und Forschung. NÖ budgetiere für 2027 und 2028 rund 40 Mio. € weniger als für 2026 geplant war. Beides sei für den Wirtschaftsstandort sehr bedenklich. Sie wisse Bereiche, bei denen besser gespart werden könnte, z.B. bei der Parteienförderung, die man woanders besser einsetzen könnte.

Die Abgeordnete geht dann noch auf die Änderung des Pflichtschulgesetzes ein und freut sich, dass bei der Deutschförderung und der Sommerschule etwas weitergehe. Das zu

beschließende Paket bringe mehr Autonomie für die Schulen, mehr Entscheidungen vor Ort und weniger Bürokratie. Die Schulen könnten je nach Bedarf an ihrem Standort selbst entscheiden, ob sie die Deutschförderklassen weiter beibehalten oder neue Weg gehen wollten und 52 % der betroffenen Schulen hätten bereits ein eigenes Sprachförderkonzept ausgearbeitet. Zum [Schul- und Kindergartenfonds](#) meint [Abg. Collini](#), dieser sei eine wichtige Institution, um Förderungen im Bildungsbereich in die Gemeinden zu bringen. Jedoch habe sie der Bericht des Prüfers der [KPMG](#) stutzig gemacht, der extra darauf hingewiesen habe, dass das Eigenkapital mit minus 397 Mio. € massiv negativ sei. Das Land sei für die nächsten fünfzehn Jahre Förderverpflichtungen von fast 400 Mio. € eingegangen, die irgendwann auch budgetiert und zurückgezahlt werden müssten. Die Abgeordnete regt daher einen verbindlichen 15-Jahresplan an, da auch für das Thema Klimawandel-Anpassungen Geld gebraucht werde.

Zum Thema Sport sprechen die [Abgeordneten Rainer Spenger/SP](#), [Philipp Gerstenmayer/FP](#) und [Christian Gepp/VP](#).

[Abg. Spenger](#) erwähnt, dass der Sport zwar einen eher geringen Teil des Budgets einnehme, aber doch einen relativ bedeutenden Stellenwert habe. Die Sportbranche generiere pro Jahr 8 Mrd. € an Steuern und Abgaben und sichere damit 357.000 Arbeitsplätze. Er nennt weiters die hohe Anzahl von 580.000 Personen Ehrenamtlichen in ganz Österreich, die in 15.000 Vereinen tätig seien. Durch die sportliche Betätigung von ungefähr 2 Millionen Menschen würde dem Gesundheitssystem jährlich 527 Mio. € erspart werden. Dies zeige, dass Sport ein wesentlicher Faktor in Österreich sei und daher seien Kürzungen in den Sportbudgets unverständlich und unverantwortlich, was auch für den Bund gelte. Als Präsident der [ASKÖ-NÖ](#) (Anm./#zH: ASKÖ=Arbeitsgemeinschaft für Sport und Körperkultur in Österreich) erwähnt er die getätigten Förderungen für Bewegungsprojekte in NÖ, die durch

weitere Kürzungen im Landesbudget direkt auf die Vereine zurückfallen würden. Es gehe um Prioritäten und welcher Stellenwert dem Sport für Bewegung, Gesundheit, Integration, Inklusion und gesellschaftlichem Zusammenhalt gegeben werde. Seine Fraktion lehne daher diesen Bereich des Voranschlags ab.

Mit einer entbehrlichen Verbalattacke auf *Abg. Collini* beginnt der [FP-Abgeordnete Philipp Gerstenmayer](#) seinen Redebeitrag zu Sport. Nach Aufzählung von positiven Effekten von Sport erwähnt er, dass man sich das klare Ziel gesetzt habe, NÖ zum bewegungsreichsten Bundesland Österreichs zu machen. Auf Grund der budgetären Lage in NÖ seien Einsparungen auch in diesem Bereich notwendig. Es werde aber dort gespart, wo Prozesse effizienter gestaltet werden könnten, aber nicht bei den Kindern und Vereinen. Das sei verantwortungsvolle Budgetpolitik. Als erfolgreiche Beispiele erwähnt er die „[NÖ Schwimm Kids](#)“, Kurse, bei denen es auch um Sicherheit gehe und um das Projekt „[Nicht mit mir!](#)“, bei dem es nicht nur um Bewegung, sondern auch um Selbstbewusstsein und Selbstverteidigung gehe. Junge Mädchen würden lernen, sich zu behaupten und mit mehr Sicherheit durchs Leben zu gehen. Und der Abgeordnete zählt noch eine Reihe weiterer Initiativen auf, mit dem Ziel, möglichst viele Menschen, v.a. aber Kinder für Bewegung zu begeistern und er erwähnt ebenfalls den Wert von Sport für Wirtschaft und Tourismus.

Als letzter Redner in dieser Gruppe spricht [Abg. Christian Gepp/VP](#) ebenfalls über das Thema Sport und meint, mit rund 3.500 Sportvereinen und fast 420.000 Mitgliedern sei das Sportland NÖ das vielfältigste Bundesland Österreichs. Über 600.000 Niederösterreicher*innen würden mindestens einmal pro Woche Sport betreiben. Es gebe in NÖ 573 Gemeinden und insgesamt über 6.600 Sportanlagen. Wichtig sei, dass teure geförderte Sportstätten für eine möglichst breite Gruppe der Bevölkerung zugänglich seien und eine breite

Auslastung hätten. Auch dieser Abgeordnete nennt die schon vorher erwähnten Ziele von Sport, hebt die wichtige Funktion der Ehrenamtlichen und die Bedeutung NÖs als Land des Spitzensports hervor. Bei Spitzensport-Events müsse in Zukunft noch stärker darauf geachtet werden, dass Spitzensportveranstaltungen mit einem nachhaltigen Effekt nach NÖ geholt würden – Events, deren Infrastruktur von der Bevölkerung weiter genutzt werden könne. Und *Abg. Gepp* nennt den FIS-Damen-Weltcup am Semmering, ein enorm wichtiger Wirtschaftsfaktor für die Region. Die Rennen 2025 hätten einen Rekord-Werbewert von über 4 Mio. € für die Region Semmering und NÖ.

Für die Bevölkerung müsse ein niederschwelliger und kostengünstiger bzw. kostenfreier Einstieg zum Sport geschaffen werden. Auch Initiativen gegen die hohen Dropout-Raten von Mädchen seien gestartet worden. Abschließend sagt der Abgeordnete, Sport sei auch eine wichtige Lebensschule, bei der man lerne mit Sieg und Niederlage umzugehen. Es brauche Disziplin, um weiterzukommen, was auch im weiteren Leben von Bedeutung sei.

Zusatzinformation

[NÖ Kinderbetreuungsoffensive - Förderungen - Land Niederösterreich](#), Amt der NÖ. Landesregierung, 2026

[Science Center NÖ](#), Amt der NÖ Landesregierung 2026

[MedAustron - Zentrum für Ionentherapie und Forschung :: Forschungsinfrastruktur](#), BM für Frauen, Wissenschaft und Forschung, 2026

[Klimaschutzbericht 2026](#), Umweltbundesamt, 2026
[Emissionsberichte | Klima | Umweltbundesamt | Österreich](#), 2026

[Blau-Gelber Bodenbonus - Land Niederösterreich](#), Amt der NÖ Landesregierung, 2026

[Vision: Nationalpark Kampwald Naturland NÖ](#), Energie- und Umweltagentur des Landes NÖ, 2026

[NÖ Finanzlandesrat Kasser sagt Umsetzung der EU-Renaturierungsverordnung ab - Land Niederösterreich](#), Amt der NÖ Landesregierung, 01.07.2026

[Baumkataster – Wikipedia](#), 25.03.2026

[Europacampus Hainburg: Zukunftsprojekt für Bildung, Forschung und Innovation entsteht bis Sommer 2028 - Land Niederösterreich](#), 23.03.2026

[Kinderbetreuung: Gemeinden fehlt oft Geld für Ausbau - news.ORF.at](#), 03.01.2026
[Hochwasserschutz für St. Valentin | Klimafit NÖ](#), Energie- und Umweltagentur des Landes NÖ, 2026
[Schwammstadt – Wikipedia](#), 10.10.2025
[Warum die Länder Geld für die Kindergärten nicht anfassen - Inland - derStandard.at › Inland](#), 24.09.2025
[Kindergarten-Ausbau: Debatte um Zuschüsse - noe.ORF.at](#), 23.09.2025
[Projekt schreitet voran - Erlabach in St. Valentin wird renaturiert - NÖN.at](#), 19.12.2024

Gruppe 3: Kunst, Kultur und Kultus (8 Redner*innen)

Für [Landtagspräsident Karl Wilfing/VP](#) sei der Zustand eines Landes nicht nur an den wirtschaftlichen Kennzahlen zu messen, sondern auch am Stellenwert, den Kunst und Kultur einnehmen. Er betrachte Kunst und Kultur nicht als Luxus, sie seien vielmehr Ausdruck von Identität, Heimat und Zusammenhalt, eben das Fundament einer freien und lebendigen Gesellschaft. Über Kultur zu sprechen, bedeute für den Landtagspräsidenten weit mehr als nur über Zahlen oder Veranstaltungen zu reden und daher meint er: „*Wir sprechen in Wahrheit über die Seele unseres Landes*“. Kultur verbinde Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Und Niederösterreich habe in den letzten 40 Jahren seit der Hauptstadtgründung eine beachtliche Entwicklung erlebt. Exemplarisch nennt [Landtagspräsident Wilfing](#), die vom damaligen LH Erwin Pröll initiierte Konzertbühne Grafenegg, die Schallaburg, Carnuntum, die Kunstmeile in Krems und die zahlreichen Kultureinrichtungen und Kulturereignisse landauf landab. Aber vieles davon gäbe es nicht ohne Ehrenamt. Daher sei für den [Landtagspräsidenten](#) das Ehrenamt ein Kitt der Gesellschaft. Neben den 200.000 Veranstaltungen in den 573 Gemeinden seien es vor allem auch die 250.000 Ehrenamtlichen in den Bereichen Brauchtum, Musik, Theater, Museen und Kulturinstitutionen, die Kultur landesweit lebendig halten. Neben dem wirtschaftlichen und touristischen Aspekt von Kultur orte der Landtagspräsident aber die für ihn wichtigste Aufgabe. Sie stärke

die offene Gesellschaft und zitiert dazu Karl Popper: *„Eine offene Gesellschaft ist eine Gesellschaft, die die Freiheit schützt und mit Vielfalt und Widerspruch umgehen kann“*. Und der Landtagspräsident betont weiters, dass dies gerade in einer pluralistischen Gesellschaft unverzichtbar sei.

Mit Blick auf die Budgets 2027/28 stelle sich auch beim Thema Kultur ein gewisser Sparruck. Für ihn heiße das aber nicht sparen an Kultur, sondern sparen im System. Und deshalb bleibe die klare Botschaft: eine Gesellschaft erkennt man auch daran, welchen Stellenwert sie ihrer Kultur einräumt. Niederösterreich werde daher den Weg der Kulturpolitik, der vor 40 Jahren so intensiv begonnen hat, konsequent weitergehen. Und Kulturpolitik verlange auch Verantwortung. Verantwortung zeige sich jedoch nicht darin, Probleme zu beschreiben, sondern darin, Entscheidungen zu treffen, auch wenn sie schwierig, „bunt“ und unpopulär erscheinen mögen. Dabei spielt [Landtagspräsident Wilfing](#) auf seine schwierige Aufgabe als Mandatar an, seinerzeit dem Wahlvolk das Nitsch-Museum „schmackhaft“ zu machen.

Nach der Nennung von Leuchtturmprojekten wie Grafenegg, Kunstmeile Krems verweist [Abg. Franz Linsbauer/VP](#), dass in deren Sog zahlreiche Kulturevents (z.B. Gars, Rosenberg u. a.) in Niederösterreich entstanden seien. Für ihn schlage das *„kulturelle Herz“* in den Gemeinden. So würden über 200.000 Veranstaltungen in 573 Gemeinden stattfinden.

[Abg. Indra Collini/Neos](#) schätzt das vielfältige Kunst- und Kulturangebot in Niederösterreich. Angesichts der Budgetsituation sei es aber ein Gebot der Stunde, genauer hinzuschauen, wohin das Geld fließe, um die Vielfalt zu erhalten. Laut [Abg. Collini](#) ist die Gruppe 3 zu 90 % eine Fördergruppe, mit einer Summe von ca. 160 – 170 Mio. €. Dieses Geld fließe in drei große Blöcke: ein Drittel in die Landeskulturholding NÖKU (sie umfasst Landestheater, NÖ Festspielhaus St. Pölten, Grafenegg, Stadttheater Baden u. a.) Aus den Landes-

Rechnungshofberichten sei aber schon länger erkennbar, dass die NÖKU Gelder in den nächsten Jahren massiv weniger würden. Im Hinblick auf die RH-Empfehlungen würde *Abg. Collini* eine Konsolidierung empfehlen.

Ein Viertel des Budgets gehe an die NÖ Musikschulen und zwar 46 Mio. € für die Betreuung von 60.000 Kindern und Jugendlichen. Und *Collini* weiter: „*Das ist gelebte und zukunfts-trächtige Breitenkultur*“. Das Erlernen eines Instruments, dieses haptische Moment, sei für sie etwas ganz Wichtiges, gerade in Zeiten der Digitalisierung. Der Rest des Geldes gehe auf für die Kultur in der Fläche, was sie als „*kultu-relles Herz der Regionen*“ bezeichnet. Zum Schluss ihrer Ausführungen stößt sich *Abg. Collini* noch am Antrag für die Landesausstellung 2030. Der Budgetansatz laute auf 24 Mio. €, jedoch gebe es keine detaillierte Aufstellung, wohin das Geld fließe.

Abg. Helga Krismer-Huber/Grüne geht anfangs darauf ein, dass Kunst in der Menschheitsgeschichte ursprünglich ein Mittel war, um sich auszutauschen. Nach dem kurzen historischen Exkurs kommt sie zurück nach Niederösterreich. Hier seien Kunst und Kultur in den Nullerjahren strategisch verankert worden.

Es bleibt *Abg. Krismer-Huber* vorbehalten, als einzige auf den neben *LH Pröll* weiteren wichtigen Kulturmentor, den *NÖKU-Geschäftsführer Paul Gessl* hinzuweisen, der Ende August 2026 nach 26 Jahren als Geschäftsführer der NÖKU in Pension gehe. In Niederösterreich habe Paul Gessl eine Kulturlandschaft aufgebaut, für die Niederösterreich von anderen Bundesländern beneidet werde. Er sei aber nicht nur ein großartiger Kulturmanager, sondern auch ein Wirtschaftsmann gewesen. Und man könne ihm, laut *Abg. Krismer-Huber*, daher keinen Vorwurf machen, dass er clever verhandelt habe: der Vorwurf treffe eher die Landesregierung, meint *Krismer-Huber*, die solche, für das Land unvorteilhafte Verträge abgeschlossen habe. Und um wieder zu einer fairen Gestaltung des Kulturbetriebs zu

kommen, müssten daher ihrer Meinung nach die Verträge mit der NÖKU möglichst bald saniert werden.

Zusatzinformation

[Abschied von Paul Gessl an NÖKU-Spitze - noe.ORF.at](#), 25.06.2026

[Rechnungshof sieht Überförderung der NÖKU - noe.ORF.at](#), 12.07.2025

[Paul Gessl: 25 Jahre NÖKU](#), p3tv, 13.06.2025

Für die **dritte Landtagspräsidentin Elvira Schmid/SP** sei der Begriff Kulturland Niederösterreich ein Markenzeichen. Regionen würden lebendig, man stärke den Zusammenhalt und trage so zur Lebensqualität bei. Kultur habe nicht nur den Zweck, ein wichtiges Erbe zu vermitteln, sondern sei auch ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Im Hinblick auf die Landesausstellung 2030 widerspricht sie *Abg. Collini* und äußert die Überzeugung, dass auch die Landesausstellung 2028 („Wasser ist Leben“) in Gmünd ein großartiges Kulturevent werde. Angesichts der Budgetsituation müsse laut **Abg. Anja Scherzer/FP** der Haushalt verantwortungsvoll konsolidiert werden. Um daher Kultur dauerhaft finanzieren zu können, müsse genau auf die Finanzen geachtet werden. Von den Einsparungen des Landes von 380 Mio. € nicht würden auf den Kulturbereich 23 Mio. € entfallen. Es müsse daher jeder Förder-Euro hinterfragt werden, ob das Geld tatsächlich bei den Menschen, in Kulturvereinen und bei den Kulturschaffenden ankomme. Kultur soll nach *Abg. Scherzer* dort gestärkt werden, wo sie verwurzelt ist, Gemeinschaft schafft und von vielen Menschen getragen wird.

Die Abgeordnete geht dann auf den Umgang der Bundesregierung mit Steuergeld ein und bringt als Beispiel den heurigen Biennale-Beitrag in Venedig, wo für das leidige „*Urinbecken auf Bundesebene 600.000 € unter der Verantwortung des Vizekanzlers verschleudert wurden*“. Sie ist der Überzeugung, für den Vizekanzler dürfe Kunst alles, umgekehrt dürfe er aber mit dem Steuergeld der Österreicher noch lange nicht alles. Dies heiße nicht, die

Freiheit der Kunst zu beschneiden. Aber Freiheit heiße laut *Abg. Scherzer* sicher nicht Narrenfreiheit. Und es sei auch ihre Überzeugung, dass man im Zusammenhang mit Kunst über Qualität, Reichweite und Verhältnismäßigkeit sehr wohl sprechen dürfe. Es brauche aber das Bewusstsein, dass jeder Förder-Euro erwirtschaftet sein muss. Genau diese Maßstäbe würden aber auf Bundesebene fehlen: „Hier entsteht oft der Eindruck, je provokanter etwas sei, je weniger es die Landsleute anspreche, desto lockerer sitze das Geld“.

(Anm. #zH: Hätte sich *Abg. Scherzer/FP* die Mühe gemacht, vor ihrer Rede ein wenig zu recherchieren, hätte sie entdeckt, dass das Kunstbiennale-Projekt nicht vom derzeitigen Vizekan­zler und Kulturminister Babler/SP, sondern von seinem Vorgänger, dem damaligen Kulturminister Werner Kogler/Grüne nach einem Juryentscheid genehmigt wurde, siehe Presseaussendung vom 09.01.2025:

[BMKS/Kogler: Florentina Holzinger konzipiert Österreich-Pavillon bei Kunstbiennale 2026 in Venedig](#)

Für *Abg. Scherzer* gehe hier Niederösterreich einen anderen Weg. Sie bekenne sich zu Kunst und Kultur, aber mit Maß und Mitte. Ihr Credo: Verwurzelt in den Regionen und getragen vom Engagement vor Ort, daher freue sie sich schon auf die Landesausstellung 2028 in Gmünd, ihrer näheren Heimat.

Als letzter Debattenredner bricht *Abg. Richard Hogn/VP* eine Lanze für Landesausstellungen. Als Mandatar des Hollabrunner Bezirks freut es ihn ganz besonders, dass die Landesausstellung 2030 „Vom Meeresgrund zum Rebenland“ in Retz stattfinden werde. Mit einem Zentralismus-Vorwurf an die Neos beendet er seine Rede.

Gruppe 4: Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung (27 Redner*innen)

Zu dieser umfangreichen Gruppe gehören die Themenfelder Sozialstaat/Sozialpolitik, Frauenpolitik/ Arbeitsmarkt/Familie, Pflege/Sozialhilfe/Asyl, Jugend, Generationenfonds, Wohnbauförderung/ Wohnungsnot.

Zum Thema „Funktionieren eines Sozialstaates“ meldet sich *Abg. Silvia Moser/Grüne* zu Wort, denn Sozialpolitik insgesamt sei ihr ein großes Anliegen, gerade jetzt, wo wir uns in Zeiten des Umbruchs mit Krisen und Veränderungen befänden. So gebe es internationale Konflikte, die Klimakrise, wirtschaftliche Unsicherheit, tiefgreifende technologische Umbrüche durch Digitalisierung und Künstliche Intelligenz. Dies alles würde bei vielen Menschen eine dauerhafte Verunsicherung bewirken. Und gerade in solchen Zeiten sei soziale Politik keine Nebensache, sondern eine ganz zentrale politische Aufgabe. Gute Sozialpolitik müsse daher dafür sorgen, dass Krankheit, Arbeitslosigkeit, Pflegebedarf oder Teuerung nicht zur Existenzkrise für einzelne werden, sondern als gemeinsame, gesellschaftliche Aufgabe gelöst werden. Und wenn KI Arbeitswelt und Wertschöpfung verändere, müsse sich auch die Sozialpolitik weiterentwickeln. Neue Formen von Arbeit würden faire Absicherung verlangen und die Finanzierung sozialer Sicherungssysteme müsse an die Realität des digitalen Zeitalters angepasst werden. Wenn die Menschen wissen, dass sie sich sicher sein können, wenn sie im Risiko, wenn ihnen etwas passiert und sie ihren Alltag nicht mehr so leicht bewältigen können, nicht alleine gelassen werden, dann bleibe für *Abg. Moser* gesellschaftlicher Zusammenhalt möglich. Ein verlässlicher Sozialstaat stärke das Vertrauen in Demokratie und Institutionen.

Wo soziale Sicherheit gegeben werde, sinke die Anfälligkeit für Vereinfachungen, Polarisierung und Populismus. Und daher sei es für *Abg. Moser* ganz klar, dass in Zeiten des Umbruchs Sozialpolitik nicht geschwächt werden dürfe. Sie müsse gezielt gestärkt und modernisiert werden. Und dann sei es auch eine Investition in Stabilität, Gerechtigkeit und in eine demokratische Zukunft, in der Veränderungen gestaltbar bleiben müssten. Sie widerspricht namentlich *Abg. Erber*, dass dieses Sozialbudget geeignet wäre, gesellschaftlicher Spaltung entgegenzuwirken, weil ihrer Meinung

nach im Gegenteil Neid und Ausgrenzung geschürt würden. In einem reichen Land wie Österreich wirke es ja fast peinlich, wenn ständig versucht werde, den Menschen ein riesiges Einsparungspotenzial bei Sozialhilfe oder Grundsicherung weiszumachen und andererseits gebe es viele, die Steuerschulden in Millionenhöhe hätten. Das würde irgendwie augenzwinkernd toleriert. Und an die Abgeordneten der VPNOE gewandt, verbiete sie es sich, ihr das Wort im Mund umzudrehen: denn auch sie toleriere keinen Sozialmissbrauch. Das sei etwas ganz anderes und gehöre wirklich abgestellt. Aber jene, die ihrer Meinung nach Hilfe brauchen, sollten diese in ausreichendem Maße auch bekommen.

Für [Abg. Anton Erber/VP](#) fuße das Sozialbudget auf dem Gesundheitsplan 2040+, dem Altersalmanach und dem regionalen Strukturplan. Dieser sei für ihn bedarfsorientiert und setze sich mit den regionalen Anforderungen auseinander. Im Pflegebereich sehe er in den letzten Jahren großartige Neuerungen mit Standby-Diensten und Pflegepools, während er beim Hospiz- und Palliativ-Fonds Reformbedarf orte. Daher verlangt er mit einem eigenen **Resolutionsantrag** Entbürokratisierung und Verwaltungsvereinfachung.

Ein zentraler Punkt im Budget, nämlich die Sozialpolitik, beweise für [Abg. Hermann Hauer/VP](#), ob ein Budget nur verwalte oder auch gestalte. Und hier seien wieder mobile Pflege und Betreuung als zentrale Punkte anzumerken. Im Budget werde mit den Erhöhungen 2027 und 2028 ein klares Zeichen gesetzt. Neben der Bedeutung der sozialen Alltagsbegleitung, seien das Projekt Seniorenwohnen und vor allem der Investitionsplan 2040+ für Pflege- und Betreuungszentren hervorzuheben. Mit einem **Resolutionsantrag** wolle er die langfristige Absicherung der Pflegefinanzierung sicherstellen.

55 % des Landesbudgets würden sich mit Gesundheit und Sozialem befassen. Für [Abg. Mario Wührer/VP](#) sei daher Sozialpolitik eine

Politik von Prioritäten und die ältere Generation habe es verdient, dass sich die Gesellschaft um sie kümmere, als eine Form des Generationenvertrags. Und weil

der Anteil der pflegenden Angehörigen enorm aber nicht sogleich sichtbar sei, jedoch unverzichtbar für das Sozialsystem, bedankt sich *Abg. Wührer* ausdrücklich bei jenen, die Pflege zuhause machen. Der Abgeordnete zählt nun alle Sozialleistungen auf, wie Pflege- und Betreuungsscheck in Höhe von 1.000 € jährlich (28.423 Anträge waren es im Jahr 2025, im Jänner 2026 waren 100.000 Personen mit Pflegestufe 1 und 2 in NÖ. registriert), die von Land und Bund unterstützte 24-Stunden-Betreuung (die Abgeltung der Sozialversicherungsbeiträge trägt das Land NÖ für die Stufen 1 und 2 zur Gänze, ab Stufe 3 trage der Bund 60 % und das Land 40 %), Tagesbetreuung und Tagespflege, sowie der Heizkostenzuschuss (16.000 Anträge mit 2,3 Mio. € Auszahlungen), die Wohnassistenz und Persönliche Assistenz für Menschen mit Behinderung: all dies seien Unterstützungen, damit die Menschen möglichst lange in den eigenen vier Wänden ihren Lebensabend verbringen könnten.

Und er stellt abschließend fest, dass NÖ ein Bundesland sei, das seinem sozialen Auftrag nachkomme. Die Reform der Sozialhilfe sei aber notwendig und auch richtig gewesen. In Richtung *Abg. Moser* von den Grünen stellt er fest, dass das Sozialsystem in NÖ sehr engmaschig sei und meint: „*Etwas gröber könnte es schon sein. Denn man solle nicht vom Sozialsystem leben, sondern das Sozialsystem solle wirklich nur die unterstützen, die es notwendig haben.*“

Als Reaktion auf den **Resolutionsantrag** der SPÖ meint er, dass die Finanzierung der Community-Nurses im Budget 2027/28 mitbeschlossen würde, obwohl der Bund keine weitere Finanzierung gewähre. Niederösterreich sei diesbezüglich das einzige Bundesland.

Nach Dankesworten an alle Mitarbeiter*innen im Sozialbereich kritisiert [Abg. Karin Scheele/SP](#) die Tatsache, dass man seit 16

Jahren auf die schwierigen Arbeitsbedingungen hinweise und Verbesserungen einfordere. Aufgrund der schwierigen Arbeitsbedingungen, fehlender Dienstplantage und fehlender Familienfreundlichkeit, würden daher leider viele Mitarbeiter*innen den Sozialbereich wieder verlassen. Mit einem **Resolutionsantrag** möchte sie die Absicherung der Pflegeprävention erreichen.

Aus den Budgetzahlen könne man laut [Abg. Edith Kollermann/Neos](#) steigende Ausgaben erkennen, nicht aber für welche Versorgungsmodelle Mittel zur Verfügung gestellt würden. Ihrer Analyse nach werde vor allem die stationäre Pflege und danach die mobilen Dienste gefördert. Für [Abg. Kollermann](#) sei es nicht sicher, ob man mit diesen Systemen in den nächsten 15 bis 20 Jahren das Auslangen finden werde und sie verweist auf die etwas fragile Situation bei den Community-Nurses. Sie suche vergeblich nach einer Schwerpunktsetzung im Pflegebereich in diesem Doppelbudget. Ihr fehle eine klare Reformidee, etwa neue Impulse Richtung Prävention.

Das Thema Pflege und Betreuung im Alter sei für [Abg. Silvia Moser/Grüne](#) durch den Gesundheitsplan 2040+ etwas in den Hintergrund getreten. Ein heißes Thema sei für sie aber die Belegung der

Pflegebetten. Der von der LGA/Landesgesundheitsagentur attestierte hohe Prozentsatz der Auslastung werde nicht von der Gesamtzahl der vorhandenen Betten berechnet. Denn, wie [Abg. Moser](#) aus einigen Häusern erfahren konnte, seien dort oft ganze Abteilungen stillgelegt, obwohl der Bedarf sehr groß wäre. Aber auch die Personalsituation sei für die Abgeordnete ein etwas undurchsichtiges Thema. Überall lese man vom Personalmangel, der jetzt zu einem geringen Teil durch Menschen aus Vietnam gelindert werden sollte. Umso unverständlicher sei es daher für [Abg. Moser](#), dass die Ausbildung an den Gesundheits- und Krankenpflegeschulen nicht regelmäßig durchgeführt würde. So heiße es im Bericht des NÖKUS, „die Ausbildungskapazitäten würden

in enger Abstimmung mit der LGA angepasst und orientiere sich an den Personalprognosen des Gesundheits- und Sozialwesens in Niederösterreich“. Die Abgeordnete wird danach etwas emotionaler und meint: „Ja, welche Prognosen brauchen wir da noch? Wir wissen es, tausende zusätzliche Pflegekräfte brauchen wir bis 2040.“

Daher gebe es für sie nur eine Ausrede, wenn Lehrgänge nicht durchgeführt würden: es gebe dafür einfach keine Bewerbungen. Diese Lehrgänge müssten aber einfach angeboten werden, denn laut Altersalmanach werde der Anteil der über 80-Jährigen, wie allgemein bekannt, in Niederösterreich deutlich zunehmen. Mehr als 50 % der über 80-Jährigen werde Pflegegeld beziehen, d.h. sie brauchen Unterstützung. So habe man aufgrund des demographischen Szenarios bis 2035 einen Mehrbedarf von 44 % in der stationären Pflege errechnet. [Abg. Moser](#) fragt dann, wie das bewältigt werden könne. Das wären nämlich eineinhalb Mal so viele Pflegeplätze wie jetzt, für sie der glatte Wahnsinn. Das würde aber heißen, dass andererseits die mobile Pflege extra ausgebaut werden müsse. Und man wisse auch, dass die immer weniger tragfähigen Familienstrukturen den erhöhten Pflegebedarf nicht schaffen würden. Das würde aber bedeuten, dass nicht-familiäre Netzwerke als Unterstützung ausgebaut werden müssten: Stichwort *Caring-Community, Community-Nursing*. Und da erkenne sie nirgends einen Ansatz, dass hier irgendetwas ausgebaut würde. Das Gegenteil sei der Fall und [Abg. Moser](#) finde es daher bedauerlich, dass es schon einmal mehr Community-Nurses gegeben habe. Diese hätten viele Gemeinden aus unerklärlichen Gründen wieder aufgelassen. Es sei für [Abg. Moser](#) unverantwortlich, diese Unterstützung komplett dem Ehrenamt zu überlassen.

Zu all den erwähnten Problemen komme aber noch ein weiterer Aspekt hinzu, die Klimakrise. So sei für [Caritas-Präsident Landau die Klimakrise längst auch eine soziale Krise](#). Denn für ihn seien durch die Klimakrise vor allem die

vulnerablen Gruppen der Gesellschaft betroffen. Und gerade diese würden zunehmend mehr und gezielte Unterstützung brauchen im Hinblick auf Wohnsituation, Mobilität, gesundheitliche Situation, persönliche und finanzielle Ressourcen. Die Abgeordnete warnt daher eindringlich, dass sich die Gesellschaft diesen Herausforderungen stellen müsse, und zwar vorbeugend. Massiv betroffen seien Mindestpensionist*innen, Alleinerzieherinnen, Geringverdiener*innen, Arbeitslose. Diese Gruppen würden einen überproportional hohen Preis zahlen für die Entwicklung, die das Klima durch die Erwärmung und Erhitzung nehme. Da sich diesbezüglich jedoch nichts im Budget finde, könnten die Grünen laut *Abg. Moser* diesem Budget daher nicht zustimmen. Da Familien und Pensionist*innen aufgrund steigender Lebenshaltungskosten kräftig sparen müssten, sollte nach Meinung von *Abg. Richard Punz/FP* der äußerst umfangreiche Sozialbereich mit gutem Beispiel vorangehen. Bei Gesundheit, Pflege und Familien, dürfe nicht gekürzt werden, diese Bereiche bräuchten weiterhin Unterstützung durch das Land. Für die FPNÖ solle das Land solide wirtschaften, aber auch seinen sozialen Verpflichtungen nachkommen.

Man sehe daher ein erhebliches Einsparungspotenzial mit einer klaren Linie bei der Flüchtlingshilfe. Durch Unterbindung des Asyl-Missbrauchs und einer Unterstützung mit Leistungen, die für das Leben notwendig seien, könne man laut *Abg. Punz* etwa 10 Mio. € einsparen.

(#zH wüsste gerne von Abg. Punz/FP, ob die Summe von geplanten 10 Mio. € Einsparungen bei der Grundversorgung auf Basis von faktenbasierten Berechnungen erstellt wurde oder ob es sich um einen politisch gesetzten Budgetposten und Wunschenken handelt).

Frauen sollten nach Meinung von *Abg. Silke Dammerer/VP* echte Wahlfreiheit bezüglich Vereinbarkeit von Familie und Beruf haben. Für die Abgeordnete sei *Frauenpolitik heute* mehr als nur ein Politikfeld, es sei eine Querschnittsaufgabe und ein wesentlicher Beitrag

zu einer gerechteren, sicheren und chancengleichen Gesellschaft. Für Niederösterreich sei das klare Ziel, dass Frauen in allen Lebensbereichen die gleichen Chancen bekommen sollten, selbstbestimmt zu leben und ihre Potenziale entfalten zu können. Gute Rahmenbedingungen und konkrete Maßnahmen seien dafür Voraussetzung, wie gesellschaftliche Teilhabe, wirtschaftliche Unabhängigkeit, Gesundheitsvorsorge und Schutz vor Gewalt. Mit dem vom Land Niederösterreich geschaffenen *„Politik-Mentoring-Projekt“* sollen neben der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Frauen auch beim beruflichen Aufstieg unterstützt werden. Mehr Frauen in Führungspositionen würden mehr weibliche Vorbilder und mehr Sichtbarkeit schaffen und in der Folge auch andere Frauen motivieren, Verantwortung zu übernehmen. So seien beim ersten Durchgang Frauen unterstützt worden, die nach der Gemeinderatswahl 2025 das erste Mal politische Ämter übernommen haben.

Abg. Dammerer äußert die feste Überzeugung, dass eine lebendige Demokratie die Perspektive von Frauen brauche, ganz besonders auch auf Gemeinde-Ebene.

Neben dem Wunsch, noch mehr Frauen zu einem Engagement für die Demokratie zu gewinnen, sehe sie in der Berufsorientierung junger Frauen einen weiteren Schwerpunkt. Mit dem *„NÖ.Girls' Day“* wolle man in Niederösterreich Mädchen ermutigen, technische, naturwissenschaftliche und handwerkliche Berufe kennenzulernen und somit neue berufliche Perspektiven zu entdecken.

Frauenpolitik müsse Frauen in allen Lebensphasen begleiten, daher setze das Land Niederösterreich neue Akzente in Sachen Gesundheit und Bewusstseinsarbeit.

Ein weiterer zentraler Schwerpunkt der NÖ Frauenpolitik sei der Schutz vor Gewalt. Gewalt gegen Frauen sei keine Privatsache, sondern ein gesellschaftliches Problem.

(Anm.#zH: *Frauenmorde in Österreich 2026 Eine erschreckende Halbzeitbilanz, Die Amstettnerin*, 24.06.2026)

Für *Abg. Dammerer* verfolge Niederösterreich daher einen umfassenden Ansatz mit Prävention, Beratung, Opferschutz und Bewusstseinsbildung. Es gelte Betroffene bestmöglich zu unterstützen und die Gesellschaft zu sensibilisieren. Dabei sei ein wichtiges Element die internationale Kampagne [„16 Tage gegen Gewalt an Frauen“](#). Für ebenso bedeutend hält *Abg. Dammerer* auch den [„Runden Tisch gegen Gewalt an Frauen“](#), an dem die relevanten Verantwortungsträger Maßnahmen koordinieren und den Gewaltschutz laufend weiterentwickeln. Weiters gebe es regelmäßige Vernetzungskonferenzen, wo in Gemeinden Prävention vor Ort, Ausbau und Stärkung lokaler Strukturen, die Zusammenarbeit mit Polizei, mit Beratungsstellen und Opferschutzstellen gefördert würden. Ergänzend werde auch eine Kampagne gegen sexualisierte Gewalt umgesetzt, wo insbesondere Jugendliche und digitale Lebenswelten thematisiert würden. Ein wichtiger Baustein sei für sie auch Zivilcourage. Denn wer nicht wegschaut, sondern Verantwortung übernimmt, Hilfe organisiert, könne ebenfalls dazu beitragen, Gewalt zu verhindern. *Abg. Dammerer* bedankt sich ausdrücklich bei *Landesrätin Teschl-Hofmeister* für ihre zahlreichen Initiativen für die Frauenpolitik in Niederösterreich. Frauenpolitik bedeute für *Abg. Dammerer*, Chancen zu schaffen, Sicherheit zu gewährleisten und gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Ihrer Meinung nach setze Niederösterreich auf einen ganzheitlichen Ansatz mit der Förderung politischer Beteiligung, Unterstützung beruflicher Entwicklung, einer starken Gesundheitsvorsorge, dem konsequenten Kampf gegen Gewalt und der engen Zusammenarbeit mit den Gemeinden. Denn nur wenn Frauen frei von Gewalt leben, wirtschaftlich unabhängig seien und ihre Talente uneingeschränkt einbringen könnten, profitiere die gesamte Gesellschaft. In ihrem uneingeschränkten Engagement für die Frauenpolitik endet *Abg. Dammerer* mit einem Appell: *„Lassen Sie uns daher diesen Weg*

gemeinsam konsequent weitergehen für die beste Zukunft unserer Frauen!“

Für *Abg. Kerstin Suchan-Mayr/SP* zeige gerade Familienpolitik, wie ein Land denke und handle. Sie stelle für Niederösterreich eine Politik mit Herz und Verantwortung fest, denn 23.000 Kinder und Jugendliche würden betreut und begleitet und dadurch deren Familien unterstützt. Die Abgeordnete plädiert für kostenlose ganztägige Kindergärten und Elementarpädagogik ab dem ersten Jahr. Sie beklagt die gewaltigen Kosten für Familien zu Schulbeginn und fordert daher die Wiedereinführung des Schulstartgeldes in einem **Resolutionsantrag**.

Eine vorausschauende Familienpolitik in NÖ ertotet *Abg. Doris Schmidl/VP* mit der Kinderbetreuungsoffensive. Diese schaffe für Kinder Chancen, sich zu entwickeln und gebe den Eltern die Möglichkeit, Beruf und Familie zu vereinbaren. Sie erwähnt auch die [Familienland GmbH](#) als Unterstützung der Familien durch viele Lebensphasen und ebenso den [Familienpass](#) als Entlastung fürs Familienbudget. Eine wichtige Entlastung für die Eltern sei die Nachmittags- und Ferienbetreuung durch die Familienland GmbH.

Der Antrag für Schulstartgeld werde abgelehnt, da nicht in den Budgetmitteln vorgesehen. Schließlich gewähre der Bund eine diesbezügliche Unterstützung in Höhe von 121,40 €.

Frauenpolitik dürfe kein Nischenthema sein, meint die [dritte Landtagspräsidentin Elvira Schmid/SP](#) und spannt den Bogen von Care-Arbeit bis zu den Frauenhäusern. Nicht nur die Umsetzung der [Istanbul-Konvention](#) sei wünschenswert, sondern dass gefährdete Frauen auch die Möglichkeit bekämen, in Frauenhäusern gut untergebracht zu werden. Dass Frauenpolitik über Parteigrenzen hinweg möglich sei, beweise laut *LT-Präsidentin Schmid*, das alle drei Monate stattfindende, fraktionsübergreifende Frauenfrühstück.

Der Budgetposten Frauenpolitik bilde für [Abg. Anja Scherzer/FP](#) nur einen kleinen Teil dessen ab, was in Niederösterreich tatsächlich für Frauen getan werde. Sie polemisiert heftig gegen „ideologische Symbolpolitik“. So erkenne sie natürlich keinen Vorteil für Frauen beim Gendersternchen oder Binnen-I. Sprachpolitische Experimente und Belehrungen von oben herab halte sie für mehr als entbehrlich. Frauenpolitik bzw. Unterstützung von Frauen finde man nicht nur in einem einzelnen Ressort und sie erwähnt als Beweis die [Science Academy Niederösterreich](#), wo junge Mädchen für Technologie und Wissenschaft begeistert werden sollen. Ihre Forderung nach konsequenter Frauenpolitik mit konsequentem Schutz und Nulltoleranz gegenüber Tätern untermauert sie mit einer klaren Linie in der Asylpolitik.

(Frage #zH: Kommen denn für die FPNÖ die Gewalttäter gegen Frauen in Niederösterreich ausschließlich aus dem Asyl- und Migrationsmilieu?)

Mit Bedauern stellt [Abg. Edith Mühlberghuber/FP](#) fest, dass sich die Familienstrukturen in den letzten Jahrzehnten stark verändert hätten. Familie habe bedeutet, füreinander da zu sein und über Generationen hinweg Verantwortung zu übernehmen. Jedoch heute, wo die Frauen immer weniger Kinder bekämen, sei daher die Politik gefordert, dass wieder mehr Kinder in Österreich geboren würden. Die häufig geforderte Kinderbetreuung könne nicht die entscheidende Antwort sein, denn Familien bräuchten ihrer Meinung nach vor allem Sicherheit, Stabilität und leistbaren Wohnraum.

(Anm.#zH: Genau dieses Lamento hat die Abgeordnete schon zu wiederholtem Male in Landtagssitzungen vorgetragen!)



GEHÖRT GEHÖRT:

Nach der originellen Begrüßung des zweiten Landtagspräsidenten Gottfried Waldhäusl/FP mit „sehr geehrter Herr PräsidentIN“ ergänzt [Abg. Edith Kollermann/Neos](#) in einer weiteren Wortmeldung zur Frauenpolitik, dass das

Frauenwahlrecht erst 100 Jahre alt sei und noch bis in die 70-er Jahre in Österreich eine Frau ihren Mann fragen musste, ob sie berufstätig sein dürfe. Am [Gender Pay Gap](#) und am [Gender Pension Gap](#) sei deutlich ersichtlich, dass Gleichwertigkeit und Gleichberechtigung noch nicht stattgefunden hätten. Das liege z.T. an unterschiedlichen Rollenbildern. Alarmierend sei, dass diese Rückschritte, speziell bei rechten und rechtsextremen Parteien sehr stark im Vormarsch seien, wo versucht werde, mit Rezepten aus der Vergangenheit die Probleme der Zukunft zu lösen. Zum Thema Gendern meint die Abgeordnete, es sei schon richtig, dass ein Gender-Sternchen, ein Doppelpunkt oder ein Binnen-I kein Baby oder eine pflegebedürftige Oma versorge und auch keine Rechnungen zahle. Aber es gehe darum, wie etwas in unserer Gesellschaft wahrgenommen wird, worüber wir sprechen. Dann geht [Abg. Kollermann](#) auf ihre Begrüßung von *Präsident Waldhäusl* als „Herr PräsidentIN“ ein. Das sei das, was ihre FP-Kolleg*innen laufend machten, dass sie die Frau Präsidentin Schmidt immer als Frau Präsident ansprechen. Da gehe es nicht darum, dass dies ein „generisches Maskulinum“ sei, sondern das seien einfach die Frau PräsidentIN und die Frau LandesrätIN. Und das habe Auswirkungen. Und wenn man von Gewalt gegen Frauen spreche, ein Thema, das regelmäßig – fast wöchentlich auf der Agenda sei. Diese Haltung, dass Frauen quasi Objekte seien, die man schützen müsse, das bereite den Boden auf für eine Haltung, dass jemand glaube, seine Frau oder Ex-Frau/Freundin sei sein Besitz „und wenn mir der abhanden kommt, dann muss ich mich dagegen wehren“. Das seien die Punkte, warum man versuche, daran zu arbeiten, dass das wahrgenommen wird. Dies gelte auch bei Berufen, die durchaus für Mädchen genauso attraktiv sein können, wenn immer nur die männliche Form verwendet werde, z.B. Mechaniker, obwohl es auch Mechanikerinnen gibt.

Hinsichtlich Gewalt müsse auch Männer- bzw. Täterarbeit betrieben werden. Auch wenn der Großteil der Männer nicht gewalttätig sei, gebe es für Frauen trotzdem Gefahren, die von männlicher Gewalt ausgeht. Es müsse ein Männerbild neu definiert und die Möglichkeit gegeben werden, sein eigenes Männerbild zu finden, ohne dass dafür eine Frau zum Objekt gemacht werden müsse. Das sei wertvoll für die Gesellschaft. Frauen seien in unserer Gesellschaft gleichwertig und gleichberechtigt und müssten auch als solche wahrgenommen werden. Dafür würden Männer mit ins Boot geholt, die selber Frauen, Töchter, Mütter oder Schwestern haben und Interesse haben müssten, dass es zu einer echten Gleichstellung kommt. Deshalb finde sie alle frauenpolitischen Maßnahmen und was in diesem Budget drinnen ist, sehr wertvoll.

(Anm. #zH: Eine gelungene „Spitze“ gegen die FP-Mandatar*innen im Landtag – ja, auch die FP-Frauen - die am Beginn ihrer Redebeiträge die dritte Landtagspräsidentin beharrlich als „Frau PräsiDENT“ ansprechen . Offenbar haben sie auch den Befehl bekommen und brav salutiert!)

Keine Zurück-an-den-Herd-Politik dürfe es mehr für **Abg. René Pfister/SP** geben. Denn Frauen- und Arbeitsmarktpolitik seien nicht zu trennen. Bei der Lehrlings- und Berufsausbildung bzw. Qualifizierungsmaßnahmen dürfe nicht gespart werden, wichtiger als ein Sparpapier sei eine Fachkräftestrategie.

Für **Abg. René Lobner/VP** zeige sich trotz wirtschaftlich herausfordernder Zeiten das Bundesland Niederösterreich stabil. Aber ein starkes Bundesland brauche starke Betriebe, gut ausgebildete Fachkräfte durch entsprechende Ausbildungs-Chancen.

Und obwohl die Arbeitslosigkeit mit 44.000 Personen (Ende Mai 2026) auf 6,2 % seit 2025 angestiegen sei (österreichweit 7,1 %), gebe es trotz aller schwierigen Rahmenbedingungen eine gewisse Stabilität. Dies würden die Beschäftigtenzahlen von 660.000 Unselbständigen in den NÖ Betrieben widerspiegeln. Sie seien auch ein Beweis, wie robust der

Arbeitsmarkt tatsächlich ist, wo laut **Abg. Lobner** Betriebe noch immer Arbeitsplätze schaffen würden.

Aber gerade deshalb setze das Land spezielle Maßnahmen, investiere ganz gezielt in Qualifizierung und Weiterbildung, unterstütze mit der „NÖ Bildungsförderung“ Menschen bei der beruflichen Weiterbildung. Mit dem Sonderprogramm „Arbeitswelt 4.0“ solle Qualifizierung in der Digitalisierung, in der Elektronik, aber auch in den Informationstechniken gestärkt werden. Mit der „Fachkräfte-Initiative Pflege und Soziales“ investiere man dort, wo der Bedarf besonders hoch sei und in Zukunft noch größer werde.

Fachkräftesicherung sei für **Abg. Lobner** aber keine Sache der Erwachsenenbildung, sondern sie beginne bereits bei der Lehre und die sei eine Erfolgsgeschichte, was auch schon **Abg. Pfister** festgestellt habe. Aktuell würden 16.000 junge Menschen in ca. 4.200 Betrieben in Niederösterreich eine Lehre absolvieren. Diese Lehrlinge würden vom Land eine ganz konkrete Unterstützung erfahren, nämlich durch die „Lehrlingsförderung“, wo leistungsstarke Lehrlinge finanziell unterstützt würden. Und parallel zur Lehre würden zusätzliche Qualifikationen durch das Programm „NÖ – Lehre plus“ gefördert. Spitzenleistungen würden ebenso gefördert wie Chancengerechtigkeit und dafür gebe es mit der WKNÖ den „NÖ – Talente-Check“.

Im Wissen, dass die aktuelle Lage durch internationale Krisen, hohe Energiepreise und eine schwächelnde Konjunktur extrem herausfordernd für die Betriebe und die Beschäftigung bleiben werde, betreibe das Land NÖ nach Meinung von **Abg. Lobner** keine Symbolpolitik, sondern setze mit dem Doppelbudget auf Verlässlichkeit. Und diese sei Garant dafür, dass jeder investierte Euro mehrfach wirken könne, nämlich in der Ausbildung, in der Qualifikation und in der Beschäftigung. Damit könne auch die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe gesichert werden. Es dürfte weithin klar sein, dass jeder, der durch eine Weiterbildung wieder

einen Job findet, jeder Lehrling, der erfolgreich eine Lehre abschließt, oder jeder Betrieb, der eine offene Stelle besetzt, entscheidend nicht nur zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes, sondern auch konstruktiv zu den Zukunftsperspektiven des Bundeslandes NÖ beitrage.

(Anm. #zH: Bei seinem überaus optimistischen Tour d' horizon durch die NÖ Wirtschaft blendet Abg. Lobner aber bewusst oder unbewusst die alarmierende Insolvenzwelle und die Betriebsabsiedlungen aus NÖ in osteuropäische oder außereuropäische Niedriglohnländer komplett aus!)

Gerade im Sozialbereich seien, wie [Abg. Karin Scheele/SP](#) feststellt, die Themen sehr weit gestreut. (Video ab Minute 2:00) Diese würden von Wohnungsnot, Obdachlosigkeit, häusliche Gewalt bis zur **Kinder- und Jugendhilfe** reichen.

Für ihren Einsatz für die „Frühen Hilfen-Land NÖ“, die gerade für die Unterstützung von Familien unerlässlich seien, bedankt sie sich ausdrücklich bei *Landesrätin Eva Prischl/SP*. Es gehe hier darum, menschliches Leid und Schwierigkeiten in den Familien zu verhindern. Diese „Frühen Hilfen“ seien auch finanziell wichtig, damit Kinder nicht aus den Familien herausgenommen und stationär untergebracht werden müssten.

Jugendpolitik entscheide für [Abg. Christian Brenner/FP](#) darüber, ob junge Menschen sich in NÖ eine Zukunft aufbauen könnten. Aber aufgrund hoher Mieten und Lebenshaltungskosten sei es immer schwieriger, sich ein eigenes Leben aufzubauen und der Traum vom Eigenheim rücke in weite Ferne.

So habe der Abgeordnete schon als jugendlicher Fehlentwicklungen erkannt, Verantwortung übernehmen und selbst etwas verändern wollen. Genau das verlange er aber von der Politik. Jedoch könne man nicht alle Fehlentwicklungen der letzten Bundesregierung von einem Tag auf den anderen beseitigen. Zu einer guten Zukunft gehöre für seine Partei vor allem auch die Sicherheit. Jugendliche

müssten sich auch am Abend sicher fühlen und Frauen müssten sich im öffentlichen Raum frei bewegen können. Daher gelte sein besonderer Dank *LR Antauer*: mit einer konsequenten Sicherheits- und Asylpolitik setze er klare Schwerpunkte für mehr Sicherheit in Niederösterreich. Denn „klare Regeln und klares Handeln sorgen dafür, dass unser Bundesland für jene unattraktiv wird, die unsere Gesetze und unsere Werte nicht respektieren“.

Und davon würden v. a. die Kinder, Jugendlichen und Frauen profitieren. Sie würden die Chance auf Eigentum, auf Sicherheit und auf eine Politik verdienen, wo Leistung wieder belohnt werde. Denn die NÖ Jugend sei nicht nur die Zukunft des Landes, sie sei heute schon ein unverzichtbarer Teil der Gesellschaft.

Die vielfältigen Angebote des Landes Niederösterreich betont vor allem [Abg. Kerstin Suchan-Mayr/SP](#) und bezieht sich dabei auf die *Jugendinfo*, das *Jugendgemeindeservice*, die *offene Jugendarbeit* in Städten und Gemeinden.

14. In diesem Zusammenhang erwähnt sie das leidige Thema der Schließung des seit 60 Jahren aktiven Don Bosco Jugendzentrums Amstetten, dessen Fördermittel von LR Martin Antauer/FP wegen angeblich „woker Aktivitäten“ gestrichen wurden. Ihrer Meinung nach dürfe man zugesagte Mittel nicht von einem Tag auf den anderen streichen, denn gerade bei Don Bosco gehe es in der Kinder- und Jugendarbeit um notwendige Konsolidierungsmaßnahmen, wo es nicht zum Verlust bewährter Strukturen kommen dürfe.

Zusatzinformation

[Vorzeitiges Aus - Noch vor 60-Jahr-Feier: Jugendzentrum schließt | krone.at](#), 31.07.2026

[Scharfe Kritik – Jugendzentrum in NÖ muss nach 60 Jahren zusperren | Heute.at](#), 30.07.2026

Förderung gestrichen: Don Bosco Amstetten vor Aus – Bürgermeister beruft Sondersitzung ein - Amstetten, 22.04.2026

Mit einem **Resolutionsantrag** fordere sie eine nachhaltige Unterstützung und Absicherung dieses für die Jugend und Gesellschaft in Amstetten insgesamt wichtigen Projekts. In etwas schönfärberischer Manier beleuchtet dagegen **Abg. Florian Krumböck/VP** das Thema Kinder- und Jugendwohlfahrt. Damit für ihn die Jugendlichen ein sicheres, erfolgreiches und

15. Mit der Kinderbetreuungsoffensive, der Förderung von Jugendräumen und Jugendtreffs (Anm. #zH: z. B. Don Bosco – Amstetten?), Infoangeboten, Partizipationsformaten, der Lehrlingsförderung, Mobilitätsangeboten und dem Wirken der Kinder- und Jugendwohlfahrt, schaffe seiner Meinung nach dieses Budget die Rahmenbedingungen in den diversen Teilbereichen. Mit dem Hinweis auf die Budgetsituation, wo man das Machbare vorgelegt habe, weise er den Resolutionsantrag von Abg. Suchan-Mayr zurück.

Und auf die Kampagne „Check den Respekt“ im Bereich des digitalen Zusammenlebens sei er stolz, diversen für die Gesellschaft zutiefst problematischen Formen der Gewalt, erfolgreich entgegenzutreten zu können.

Für #zusammenHaltNÖ ist es mehr als befremdlich, dass nach 60 (!) Jahren erfolgreicher Jugendarbeit das vom Salesianer-Orden geführte Jugendzentrum Don Bosco in Amstetten offenbar mit Billigung der ÖVPNÖ zusperren muss, weil die Landesförderung von lächerlichen 50.000 € durch den zuständigen FP-Landesrat Antauer gestrichen wurde. Seine Begründung, man könne nicht „links-woke Work-shops“ weiter unterstützen, ist skandalös. Aber was nicht ins ideologische Weltbild dieser Partei passt, wird diffamiert. Wir von #zHNÖ fragen uns, warum

im Jahr 2026 neben vielen anderen Themen in einem Jugendzentrum nicht auch die LGBTIQ-Thematik diskutiert werden darf. Oder will man sie weiterhin tabuisieren, wie in früheren Jahrhunderten? Und dass die Summe von 50.000 € tatsächlich lächerlich ist, muss im Vergleich anderer Ausgaben des Landes NÖ gesehen werden. Wir erinnern z.B. an die mehr als 31 Mio. € des Corona-Fonds (eine Koalitionsbedingung der FPNÖ!) oder an die unnötige systematische Umfärbelung von Bussen in ganz NÖ, die jetzt als „Leopoldi-Busse“ durch die Landschaft kurven. Noch niemand weiß, was dieses Projekt insgesamt kosten wird.

Während für **Abg. Jürgen Handler /FP** das Land von vielen akademischen Titeln nicht leben könne, sondern nur eine Stärkung der Lehre und gezielte Investitionen in die Qualifizierung, Chancen auf dem Arbeitsmarkt bieten könnten, behauptet **Abg. René Lobner/VP** Niederösterreich sei wirtschaftlich stabil, liege im Österreich-Vergleich gut und der Arbeitsmarkt sei robust. Im Doppelbudget sehe er einen Garanten für Verlässlichkeit.

Eingangs lobt **Abg. Franz Schnabl/SP** die Mitarbeiter*innen der FIBEG, sie hätten bei der Verwaltung des Generationenfonds hervorragende Arbeit geleistet. Denn seit seiner Errichtung im Jahr 2002 habe sich sein Wert um 76 % erhöht. Fürs Budget greife man auf nicht ausgeschüttete Gewinne zurück. Immerhin seien 2025 beim Gewinn von 5,7 % 152 Mio. € erwirtschaftet worden. Und **Abg. Schnabl** stellt fest, dass zwar die Wertsteigerung erfolgt sei, jedoch die Kaufkraft aufgrund der Inflation gesunken sei. Daher müsse seiner Meinung nach unter Berücksichtigung der Veranlagungsregeln die Inflationshöhe bei der Kapitalanlage berücksichtigt werden.

Für **Abg. Richard Punz/FP** müsse bei aufgeblähten Strukturen gespart werden, aber bei Gesundheit, Pflege und Sozialem werde nicht gespart. Bei der Flüchtlingshilfe habe es aber Einsparungspotential gegeben. Der Abgeordnete lobt die Einführung der Sachleistungskarte und dankt dem ehemaligen LR **Luisser/FP** und dem derzeitigen LR **Antauer/FP**, weil dem Asylmissbrauch ein Riegel vorgeschoben und dieser schrittweise eingeschränkt worden sei.

Und er sagt, „Das heißt nicht, dass nicht geholfen wird, aber geholfen wird mit dem, was man zum Leben braucht, und das reicht auch. Die Zahlen zeigen es eindeutig. Sie sind rückläufig, weil es weniger Bezieher gibt, die schlicht und ergreifend wegen Geldleistungen hier waren. Und gerade hier kann in den nächsten Jahren mindestens 10 Mio. € eingespart werden, Geld, das man woanders besser einsetzen kann und auch muss. Und auch das ist sozial gerecht, wenn Geldleistungen primär für jene eingesetzt werden, die in diesem Land einen Beitrag geleistet haben“. Abschließend geht der Abgeordnete noch auf den Generationenfonds ein und sagt, der Kapitalstock werde auf jeden Fall für zukünftige Generationen erhalten bleiben. Für ihn müsse ein Budget ehrlich, sparsam und zugleich menschlich sein.

Nach Ansicht von [Abg. Christoph Müller/Neos](#) sei man gerade dabei, das Versprechen, das man den kommenden Generationen mit der Erfüllung des Wohntraums der eigenen vier Wände, einst gegeben habe zu brechen. Denn es werde seiner Meinung nach viel zu wenig gebaut und dadurch würden die Preise steigen. Er vermisse da die Wirkung der Wohnbauförderung. Die Preise für Einfamilienhäuser seien um 68 % gestiegen, die Löhne im Schnitt jedoch nur um 34 %. In logischer Konsequenz meint [Abg. Müller](#) daher abschließend, dass der Generationenfonds allen Generationen zugutekommen solle.

Am Generationenfonds kritisiert [Abg. Christoph Müller/Neos](#), dass er 2027 und 2028 primär zur Finanzierung von Pensionen verwendet werde. Er bringt daher einen **Resolutionsantrag** ein, in dem er fordert, der Fonds müsse eigentlich allen Generationen zugutekommen.

Zusatzinformation

[Jahresergebnis des NÖ Generationenfonds - Land Niederösterreich](#), 09.04.2026

[Volumen 2,86 Mrd. Euro - NÖ Generationenfonds erzielte 2025 Plus von 5,7 Prozent - NÖN.at](#), 09.04.2026

Der **Verkauf der Wohnbauförderung an Banken** hat in den Reihen der **Grünen, Neos** und der **SPNÖ** für Unmut gesorgt. [Abg. Christian Samwald/SP](#) sagt, er verstehe nicht, warum man nicht den Häuselbauern angeboten habe, ihre Kredite vorzeitig mit einem gewissen Nachlass abzuführen. Positiv bewertet er die Fortschritte im Bereich Sanierung, verlangt aber gleichzeitig, dass wieder mehr gebaut werden müsse. Mit einem **Resolutionsantrag** fordert die SP-Fraktion die Möglichkeit einer vorzeitigen, begünstigten Rückzahlung der noch offenen Darlehen durch die Darlehensnehmer*innen zu vergleichbar günstigen Konditionen wie sie dem Bankensektor im Zuge des Verkaufs gewährt wurden.

Auch [Abg. Christoph Kaufmann/VP](#) erwähnt mit keinem Wort den Verkauf der Wohnbaudarlehen über die HYPO NÖ Landesbank zwecks Budgetsanierung. Er bezeichnet die Wohnbauförderung, jetzt in Händen der Banken, als eine der stärksten und sozial treffsichersten Förderungsmöglichkeiten des Landes, wodurch nach seinen Worten Wohnen in Niederösterreich „*leistbar bleibe*“.

So seien 2025 insgesamt an die 45.000 Förderanträge (Neubau, Sanierung, Eigenheime, Eigenheimsanierungen, Heizkesseltausch, Wohnzuschuss u. a.) bearbeitet worden. Im ersten Halbjahr 2026 seien Förderungen für 1.050 Neubauwohneinheiten vergeben worden und man strebe an, die Bilanz 2025 mit 1.398 Einheiten heuer zu übertreffen. Die NÖ Wohnbauförderung sei eine der größten Service-Einrichtungen des Landes und sie erreiche laut [Abg. Kaufmann](#) die Menschen direkt. Wohnbau sei daher nicht nur Sozialpolitik, sondern auch ein verlässlicher Wirtschaftsmotor, der jährlich immerhin 3.900 Arbeitsplätze sichere. Der Abgeordnete betont die gestiegene Bedeutung der Wohnraumsanierung durch günstigere Förderung (4 % Zuschuss bei 15 Jahren Laufzeit oder 5 % bei kürzerer Laufzeit) und erwähnt die [neue Förderschiene „Reconstructing“](#) im Zusammenhang mit dem

immer wichtigeren Thema „Bodenverbrauch“, um durch Abriss von nicht sanierbaren Altbauten die ohnehin schon versiegelten Bodenflächen zu nutzen, im Bestand, im Ortskern, in den gewachsenen Strukturen. Die Wohnbauförderung habe laut *Abg. Kaufmann* in Niederösterreich sozial, ökologisch und wirtschaftlich gewirkt. Dadurch sei leistbarer Wohnraum geschaffen, seien Ortskerne revitalisiert, der Bodenverbrauch reduziert und die regionale Wirtschaft gestärkt worden. Er betont weiters, dass mit der Modernisierung der Fördermodelle und mit dem Sanierungsvereinfachungsgesetz und mit gezielten Investitionen in Neubau und Sanierung klare Prioritäten gesetzt worden seien. Der Abgeordnete beendet seine Rede mit dem Appell, *„Wohnen soll leistbar bleiben, Wohnen soll nachhaltig sein und Wohnen soll ein Motor für die Zukunft Niederösterreichs sein“*.

Althausanierung mit Geldern des Wohnbauförderungsfonds sei für *Abg. Helga Krismer-Huber/ Grüne* eine positive Neuerung in Niederösterreich. Obwohl sie das Recht auf „ein Dach über dem Kopf“ als ein Grundrecht betrachte, bedürfe es oft eines gewissen Geschicks, um an die Fördergelder heranzukommen. Problematisch sieht sie aber die Vorgaben der Politik, speziell der NÖ Landesregierung, die immer noch das Einfamilienhaus als erstrebenswertes Wohnmodell anpreise und damit die „Botschaft“ vermittele, man habe erfolgreich den gesellschaftlichen Aufstieg geschafft: das Einfamilienhaus als Symbol des Erfolgs, quasi als Prestigeobjekt. Bei dieser Bevorzugung des Einfamilienhauses vermisste sie eine gewisse Fairness gegenüber der Gemeinnützigkeit, was zu überdenken sei. Denn die Jungen, die noch nichts geerbt hätten, würden durch den heute beinahe unerreichbaren Anspruch eines Einfamilienhauses enorm unter psychischen und finanziellen Druck gesetzt. Für *Abg. Krismer-Huber* sei der Verkauf der Wohnbauförderung an Banken eine Zweckentfremdung dieser Mittel. Sie schließt ihr Plädoyer für eine Stärkung der Gemeinnützigkeit mit

dem Appell an die Politik, es mögen alle daran arbeiten, dass die Jungen wieder an das glauben können, was die faire Gesellschaft in Niederösterreich und Österreich ausmache.

Im Hinblick auf den Wohnbauförderungsfonds gehe es für *Abg. Hubert Keyl/FP* in erster Linie um leistbares Wohnen, sodann um Eigentum, Sicherheit und Heimat. Dieser Fonds sei mit 45.000 Förderanträgen im Jahr 2025 kein abstrakter Verwaltungsposten, sondern konkrete Hilfe für die Niederösterreicher*innen.

Es müssten aufgrund stark gestiegener Baukosten, hoher Zinsen und immer wieder neuer Auflagen Familien und vor allem der Mittelstand in Sachen Wohnen unterstützt werden. Daher sei es für *Abg. Keyl* unerlässlich, dass die Wohnbauförderung bei jenen Menschen ankommen müsse, die in Niederösterreich leben, arbeiten und Steuern zahlen, bei jenen eben, die sich etwas aufbauen wollen.

Für *Abg. Christian Gepp/VP* müsse, da Wohnen ein Grundbedürfnis sei, für alle Generationen ausreichend leistbarer Wohnraum geschaffen werden. Durch die Umstellung von einem sogenannten Mischmodell auf ein reines Zuschussmodell könnten jetzt jährlich 1.800 Wohneinheiten errichtet werden.

Gruppe 5: Gesundheit, Umweltschutz (16 Redner*innen)

In dieser Gruppe wird der Budgetentwurf 2027 und 2028 unter den Gesichtspunkten Gesundheit, (inkl. Gesundheitsplan 2040+),

Klima&Umwelt, sowie Energie diskutiert.

Aus Platzgründen können wir nicht alle Redebeiträge im Detail beschreiben, umso mehr, als einiges wiederholt wird, das bereits in früheren sechs Landtagssitzungen und insgesamt sieben Tagesordnungspunkten und einer dringlichen Anfrage mehrfach sehr ausführlich diskutiert wurde (siehe *Impressionen*: 27/03/2025: TO-Punkte 7,8,9; 23/10/2025: TO-Punkt 13; 26/02/2026: TO-Punkt 9; 23/04/2026: TO-Punkt 3; 28/05/2026: TO-Punkt 3; 18/06/2026: Dringliche Anfrage).

Wir müssen uns daher diesmal auf einige Aspekte, Fakten und Zahlen beschränken, die in den diversen Redebeiträgen einen neuen Fokus auf bestimmte Teilbereiche dieser Gruppe werfen, auf bestimmte Abgeordnete, deren Reden wir aus unterschiedlichen Gründen bemerkenswert fanden, die berechtigte Kritik üben oder deren Reden wir auch befremdlich fanden.

Mehrere Redner*innen, wie [Abg. Franz Din-hobl/VP](#), [Abg. Anton Erber/VP](#) oder [Abg. Karin Scheele/SP](#) beleuchten erfolgreiche Projekte und Programme (z.B. [Herzmobil NÖ](#), [Apollonia](#) Zahngesundheitsprogramm oder [Impfbus](#), **(über dessen mögliche Fortsetzung im Herbst 2026 #zH nichts finden konnte).**)

Auch technologische Errungenschaften im Gesundheitsbereich, wie die roboterassistierte Chirurgie mit dem Da Vinci Roboter werden thematisiert. Andere Redner wie [Abg. Richard Punz/FP](#) oder ebenfalls [Abg. Anton Erber/VP](#) zeigen die Bedeutung von Primärversorgungszentren mit einem Standort speziell für Kinder auf.

[Abg. Silvia Moser/Grüne](#) erneuert ihre Kritik am Gesundheitsplan 2040+ und v.a. wegen bestimmter viel zu früher Schließung der Notarztstützpunkte, ohne dass eine ausreichende Anzahl hochqualifizierter Notfallsanitäter*innen verfügbar sind. Sie weist sie auch auf das überwältigend Ergebnis einer [Volksbefragung in Gmünd](#) hin, bei der sich 92,1 % für eine Klage gegen das Spitals-Aus aussprachen.

Anm. #zH: Daraufhin beschließt der Gmünder Gemeinderat einstimmig eine Klage gegen das Land NÖ.

[Abg. Edith Kollermann/Neos](#), die den Gesundheitsplan 2040+ grundsätzlich befürwortet, fordert für dieses Megaprojekt in einem **Resolutionsantrag** eine mehrjährige Finanzierungsstrategie für die Umsetzung des Gesundheitsplans mit einer Abschätzung des Finanzierungsbedarfs, einem zeitlichen Umsetzungsplan, dem Aufbau von zweckgebundenen Rücklagen, einem jährlichen Bericht an den Landtag und keiner Finanzierung durch

zusätzliche Nachtragsvoranschläge oder Verschuldung. Dieser Resolutionsantrag wurde, so wie alle anderen der Opposition, von der Regierungskoalition VPFP abgelehnt.

Auf den Redebeitrag des [VP-Abgeordneten Matthias Zauner](#) soll aus verschiedenen Gründen doch etwas näher eingegangen werden. Er zeichnet sich nämlich durch ziemliche Arroganz und Zynismus gegenüber Abgeordnetenkolleg*innen anderer Fraktionen aus und auch durch Behauptung von Halbwahrheiten und Auslassungen von Fakten aus, die zu falschen Schlüssen führen könnten. Im Faktencheck (siehe weiter unten) werden wir einiges davon richtigstellen.

Der Abgeordnete beginnt gleich einmal mit Diffamierungen der Grünen, denen er zwar zu deren Problembeschreibung bezüglich Gesundheitsthema „gratuliert“, ihnen jedoch Lösungskompetenz abspricht. Als Beweise für seine Behauptung führt er die drei ehemaligen Gesundheitsminister der Grünen Anschöber, Mückstein und Rauch an, die „*sinnbildlich dafür stehen*“.

(Anm.#zH: Offenbar hat Abg. Zauner beim Kramen in der Vergangenheit die „großartigen“ Leistungen der FP-Sozial- und Gesundheitsministerin Hartinger-Klein und ihrer ÖVP-Berater in der Regierung Kurz I vergessen oder verdrängt. Ihre legendäre Erklärung zur nie eingesparten [Patient*innen-Milliarde](#), dies sei ein Marketing-Gag gewesen, wird in die Geschichte eingehen. Mit so viel „Lösungskompetenz“ konnten die grünen Gesundheitsminister allerdings nicht mithalten.)

Nach Dank an die Neos für deren „landespolitische Verantwortung“, geht er gleich zum nächsten Verbalangriff über und empört sich darüber, dass [SP-Landesrat Hergovich in einem OE24-TV-Interview](#) angeblich Unwahrheiten von sich gegeben habe. Auch das Wort „lügen“ fällt in diesem Zusammenhang.

[Abg. Zauner](#) behauptet, [LR Hergovich](#) habe gesagt, die **Gesundheit sei das schwarz-blaue Sparziel Nr.1**, dabei gebe es im Doppelbudget 2027 und 2028 doch ein Plus von 21 %.

Außerdem erdreiste sich LR Hergovich auch nicht [sic!] zu behaupten, man könne „in NÖ nimmer operieren, weil man keine Portiere mehr zur Verfügung habe“. Dies sei für ein Regierungsmitglied unverantwortlich ([Video ab Minute 3:40](#)).

Weiters empört sich Zauner über Hergovichs Aussage, NÖ habe den zweitniedrigsten Eigenversorgungsgrad. Dieser sei in den Jahren **von 2017 bis 2024 aber von 70 % [sic!] auf 25 % gesteigert worden** ([Video ab Minute 4:20](#)). Der Abgeordnete kritisiert dann noch mehrere weitere angebliche Behauptungen von LR Hergovich in der OE24 TV-Sendung, behauptet, die 11 nö. Notarztstützpunkte würden ja gar nicht geschlossen, sondern durch „hochausgebildete Notfallsanitäter*innen“ besetzt werden ([Video ab Minute 6:27](#)).

(Anm.#zH/Pech nur, dass es diese hochqualifizierte Ausbildung für Notfallsanitäter*innen wie z.B. in Deutschland in Österreich noch gar nicht gibt. Darauf hat Abg. Silvia Moser/Grüne in Landtagssitzungen bereits X-mal hingewiesen und deshalb gefordert, dass die Schließung von 11 der derzeit 32 Notarztstützpunkte von 1.4.2027 auf später verschoben wird.)

Nachdem Abg. Zauner LR Hergovich als „**gesundheitpolitischen Geisterfahrer in NÖ**“ und „**Brandstifter**“ beschimpft hat, ohne von Präsident Wilfing einen Ordnungsruf zu kassieren, teilt er noch Zensuren an „die Sozialdemokratie“ aus ([Video ab Minute 6:51](#)) und zeigt ihre drei großen Irrtümer auf:

(Zitat) „Erstens einmal, der Herr Hergovich bezeichnet sich so gerne als Kontrollandesrat.

Und der Herr Klubobmann **(Anm.#zH: René Zonschits/SP)** hat gestern behauptet, die Sozialdemokratie sei in NÖ in der Opposition. Es gibt keinen Kontroll-Landesrat, weil die Kontrolle erfolgt durch den Landtag und nicht durch die Regierung selbst. Der Kontroll-Landesrat ist ein Verunsicherungslandesrat“.

Nach Lob für die Landesrät*innen der Koalitionsparteien Kasser/VP, Antauer/FP und Teschl-Hofmeister/VP zweifelt Abg. Zauner

abschließend die Leistung der Sozialdemokratie bei der Umsetzung des Gesundheitsplans in deren Kompetenzbereich an und lädt die „konstruktiven Kräfte in der Sozialdemokratie“ ein, auf ihren Parteivorsitzenden einzuwirken, damit man wieder gemeinsam an der besten Gesundheitsversorgung für die nö. Landsleute arbeiten könne.

#zusammenHaltNÖ-Faktencheck

Wir wollten wissen, was es mit dem [OE24 TV-Interview von Landesrat Hergovich/SP](#) auf sich hat und haben uns das 20-minütige Interview angesehen. Relativ rasch war uns klar, dass Abg. Zauner offenbar Dichtung und Wahrheit durcheinanderbrachte und auch mit Auslassungen falsche Eindrücke entstehen ließ. Sollte einem Abgeordneten, der Kolleg*innen anderer Fraktionen gerne vollmundig belehrt, nicht passieren.

Zum ersten Fauxpas: LR Hergovich hat wörtlich gesagt ([Video ab Minute 5:32](#)): „Wir beschweren uns, wir müssen Operationstermine teilweise absagen, nicht, weil die Ärzte fehlen, sondern weil’s kan Portier mehr gibt, der die Annahme macht, weil’s keine Operationsgehilfen mehr gibt, weil mir Operationsgehilfen sagen, sie verdienen an der Billakassa mehr als im Spital und die deshalb den Job wechseln“.

Zum zweiten Fauxpas: Abg. Zauner unterstellt SP-Klubobmann Zonschits, er habe gesagt, die SP sei in NÖ in Opposition. Am Ende seiner Rede bei der Generaldebatte als neuer SP-Klubobmann am 1.7.2026 drückte sich René Zonschits offenbar etwas missverständlich (oder ungeschickt?) aus und sagte ([Video ab Minute 12:01](#)): „Aus diesem Grund werden wir diesem Budget, wie schon gesagt, nicht in allen Punkten zustimmen, **nicht aus der Opposition für die Opposition**, sondern weil verantwortungsvolle Politik auch den Anspruch haben muss, Alternativen aufzuzeigen und Entwicklungen anzustoßen, denn genau dafür stehen wir, als Partei der Mitte, Partei der Leistung, der Sicherheit und als Brückenbauer, weil wir NÖ immer dann am stärksten sehen, wenn das Gemeinsame über das Trennende gestellt wird – Verantwortung gemeinsam tragen und Politik für die Menschen machen. Genau dafür steht die Sozialdemokratie.“

Einen Denkanstoß für Herrn Abg. Zauner: die Passage „nicht aus der Opposition für die Opposition“ gibt im Grunde keinen Sinn, scheint also ein **Ver-sprecher** gewesen zu sein. Man kann jetzt rätseln, was gemeint sein könnte: vielleicht **nicht aus Unterstützung für die Opposition? Oder nicht aus Opposition gegen die Koalition?** Jedenfalls ergibt sich aus dem Rest des Gesagten sehr deutlich, dass mit Abg. Zonschitz nicht ein Spalter und Hetzer am

Rednerpult stand, sondern ein Brückenbauer, der das auch klar formulierte. Abg. Zauner sollte daher etwas nachsichtiger mit Versprechern anderer sein, sonst müssten wir seinen offensichtlichen Versprecher (siehe S.38) auch kritisieren oder gar verhöhnen.

Ein zweites Mal zum Gesundheitsthema spricht **Abg. Edith Kollermann/Neos** und nimmt sich den [LGA-Geschäftsbericht 2025](#) und [Gebärungsbericht 2025](#), sowie den [NÖGUS-Bericht 2025](#) vor. Sie meint, der Geschäftsbericht zeige ein System mit beeindruckenden Dimensionen, mit über 28.000 Mitarbeiter*innen, einem Budget von knapp 4 Mrd. € und ein dichtes Netz an Standorten im ganzen Bundesland. Der Bericht zeige aber auch, dass das System massiv unter Druck sei: demographische Entwicklung, ein Zunehmen chronischer Erkrankungen und ein struktureller Personalmangel.

Auch der NÖGUS-Bericht zeige ebenfalls ein hochausgelastetes System, steigende Fallzahlen, steigende Kosten, zunehmende Komplexität: Jährlich 300.000 stationäre Aufenthalte, mehr als 2 Mio. ambulante Kontakte, ein Budget in Milliardenhöhe und ähnliche Herausforderungen wie bei der LGA:

Die Abgeordnete spricht auch etwas Kritik aus. Ein Geschäftsbericht sei nicht nur ein Tätigkeitsbericht, sondern solle sowohl zeigen, was funktioniere und was nicht. Und beim [NÖGUS-Bericht](#) meint **Abg. Kollermann**, sie störe besonders, wenn man Ende Juni 2026 im Finanzteil (ab S. 84) noch den Rechnungsabschluss 2024 ausweise und den Voranschlag für 2025, dann sei das kein aktuelles Bild der Realität und kein ehrliches Bild für die Zukunft. Das sei unzureichend und politisch problematisch. Ein Bericht, der Milliarden bewegt, müsse zeigen, wo man stehe und wohin man gehe. Es wäre dann besser, den NÖGUS-Bericht erst im September oder Oktober vorzulegen, wenn die aktuellen Zahlen vorhanden sind.

Mit den **Themen Klima, Energie und Umwelt** beschäftigen sich die nächsten Redner*innen, die **Abgeordneten Franz Linsbauer/VP, Christoph Müller/Neos, Helga Krismer-**

Huber/Grüne, Kerstin Suchan-Mayr/SP, Dieter Dorner/FP und Richard Hogl/VP.

Abg. Linsbauer/VP spricht sich deutlich für erneuerbare Energie aus und sagt, jede neue PV-Anlage, jedes Windrad, jede Speichieranlage mehr mache Atomkraft unnötig. Er kritisiert, dass Klimaschutz oft als Vorwand für eine Renaissance der Atomenergie diene und auch, dass Atomenergie von der EU als „grüne Energie“ eingestuft werde. Für NÖ sei klar: Atomkraft sei keine nachhaltige Energieform, produziere hochradioaktive Abfälle und schade nachfolgenden Generationen und er spricht sich auch für den Kampf gegen Atomkraft und ein wachsames Auge auf die grenznahen Kraftwerke Temelin und Dukovany aus. NÖ werde sich auch weiter gegen Bau, Renovierung und Revitalisierung von Reaktoren einsetzen. Klimaschutz beginne nicht auf internationalen Konferenzen, sondern in jeder Gemeinde und bei jeder/m Einzelnen. Es solle auf Forschung statt Verbote, auf Innovation statt Ideologie, auf Zusammenarbeit statt Polarisierung. Nachhaltige Umweltpolitik bedeute nicht, den Menschen ständig zu erklären, worauf sie verzichten müssen. Es bedeute, neue Möglichkeiten zu schaffen.

Weiters fügt der Abgeordnete hinzu, NÖ sei immer schon die „Ökostrom-Lokomotive Österreichs“ gewesen, aber gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten sei es wichtig, Klimaschutz und wirtschaftliche Vernunft gemeinsam zu denken. Nur eine starke Wirtschaft könne auch in Umwelt und Klimaschutz investieren.

Und der Abgeordnete nennt noch einige Zahlen: seit 2005 habe sich die Stromproduktion aus Photovoltaik ver-140-facht. 40 % des gesamten PV-Stroms komme aus NÖ. Mehr als 50.000 Niederösterreicher*innen seien Mitglieder von Energiegemeinschaften, die sauberen Sonnenstrom produzieren und teilen. Der Abgeordnete endet mit der Botschaft:

„Die Energiezukunft ist in Europa erneuerbar und nicht atomar. NÖ hat diesen Weg früh eingeschlagen und wir werden ihn konsequent

weitergehen, im Interesse unserer Umwelt, im Interesse v.a. unserer Sicherheit und v.a. im Interesse unserer Kinder und Enkelkinder“.

Der [Neos-Abgeordnete Christoph Müller](#) kritisiert Kürzungen im Umwelt- und Energiebereich und nennt einige Beispiele: [NÖ Ökofonds](#): minus 18%, Klima- und Energieprojekte fallen von 6,2 auf 5,6 Mio. €, bei Öffis werde weniger investiert. Klima- und Energiepolitik spiele in dieser Regierung offenbar keine Rolle. Da hätten sich wohl die [Freiheitlichen durchgesetzt](#).

Er weist dabei auf das Erneuerbaren-Ausbau-Beschleunigungsgesetz (EABG), das die [FPÖ als einzige Partei im Nationalrat ablehnte](#) (11.06.2026).

Abschließend bezeichnet der Abgeordnete die EVN als Vorzeigeunternehmen, von dem jährlich eine beträchtliche Summe an Dividenden an das Land fließe. Diese Dividenden kämen v.a. aus Netzegebühren und sollten für den weiteren Netzausbau und die Senkung der Netzegebühren verwendet werden.

[Klubobfrau Helga Krismer-Huber/Grüne](#) wirft *LR Pernkopf* vor, die EU-Renaturierungsverordnung nicht umzusetzen, die von ihm mit Unterstützung des Gemeindebundpräsidenten Pressl quasi boykottiert werde. Sie fordert weiters, die Gemeinden müssten auf einen [Baumkataster](#) vorbereitet werden, in dem Bäume erfasst würden, denn jeder Baum bringe eine Klimaanlage in eine Gemeinde ein und fördere die Lebensqualität der Bewohner*innen. Vor zehn Jahren sei die Devise gewesen, die Innenstädte zu verdichten, heute müsse man sich fragen, wie Innenstädte zu durchlüften seien. Und die Klubobfrau der Grünen bringt einen **Resolutionsantrag** ein betreffend „Renaturierungsverordnung - Wiederherstellung von Ökosystemen im urbanen Raum, der aber nur die Zustimmung von Grünen, SP und Neos erhält, jedoch von der VPFP-Mehrheit abgelehnt wird.

Einen kritischen Block auf den aktuellen [NÖ Klima- und Energiefahrplan](#) wirft [Abg. Kerstin](#)

[Suchan-Mayr/SP](#) und meint, ihrer Meinung nach könne der Plan und auch das CO₂-Ziel nicht eingehalten werden, nachdem Klima- und Energieprojekte um 1,5 Mio. € gekürzt worden seien. Sie sei auch von *LR Kasser* enttäuscht, denn in der Budgetrede sei kein Wort zu Umwelt, Klima und Energie vorgekommen. Weiters kritisiert die Abgeordnete, dass auch das Budget für Radwege massiv um 60% reduziert worden sei und für ganz NÖ nur mehr 3 Mio. € betrage. Sie erwähnt die deutlich bemerkbare Klimaveränderung, die enormen Hitzetage der jüngsten Vergangenheit, weist auf den [Hitzeschutzplan des Landes NÖ](#) hin, fordert klimafitte Bildungseinrichtungen bzw. allgemeine Verbesserungsmaßnahmen zur Abkühlung. Darunter wären zusätzliche Baumpflanzungen, Kühlung durch Pflanzen, Entsiegelungen, kühlende Wasserelemente, Wasservernebler, Trinkbrunnen, Fassadenbegrünungen und Beschattungen.

Zum Thema „Renaturierung“ meint die Abgeordnete, es sei brandgefährlich, dafür keine Mittel vorzusehen und ersucht um dringende Verhandlungen mit BM Totschnig. Sie sagt, sie habe Angst, dass in Zukunft nicht nur das Gras, sondern auch unsere Erde weiter verbrennen werde.

Abschließend erwähnt sie ein großes [Renaturierungsprojekt des Erla-Baches](#) in ihrer Gemeinde St. Valentin, das von Bund und Land gefördert wurde und nicht nur dem Hochwasserschutz diene, sondern wo auch Schattengrünraum für Flora und Fauna geschaffen wurde.

So wie sein *Koalitionskollege Zauner* fühlt sich auch [Abg. Dieter Dorner/FP](#) bemüßigt, an andere Mandatar*innen Zensuren zu verteilen und sie sogar zu verhöhnen, bevor er auf die eigentlichen Themen zu sprechen kommt. So macht er sich über *Abg. Suchan-Mayrs* Aussage, sie habe Angst, die Erde könne weiter verbrennen, lustig und meint, rein physikalisch werde das wahrscheinlich in 4-5 Mrd. Jahren passieren, aber bis dahin mache er sich

diesbezüglich keine Sorgen. Aber es sei schön, wenn sich die Sozialdemokratie um eine verbrennende Erde Sorgen machen könne.

#zusammenHaltNÖ meint: Offenbar ist dem Besserwisser-Mandatar entgangen, dass **Teile der Erde tatsächlich „brennen“ und teilweise sogar „verbrennen“**. Auch viele Länder Europas sind derzeit wieder einmal von extrem starken Hitzeperioden und Regenmangel betroffen. Im Sommer 2026 gibt es in zahlreichen Ländern Europas riesige Brände, besonders in Südeuropa, aber auch in Frankreich, wodurch enorme Flächen an Wald und wertvollem Kulturland vernichtet werden. Ganz zu schweigen von Dürrekatastrophen in anderen Kontinenten wie Afrika, die katastrophale wirtschaftliche und humanitäre Folgen haben. Auch in Österreich leidet die Wirtschaft bereits extrem darunter. Darüber berichten Radio, TV und sogar die Boulevardmedien regelmäßig. OE24 schreibt am 2. August: „2026 ist erst der Anfang“ – Forscher warnen Europa. Am 4. August berichtet OE24 auf der Titelseite: „1. Lokal macht Hitze-Siesta – Leere Tische, Umsatz-Minus: Extrem-Sommer „verbrennt“ Gastronomie. Wenigstens solche Gratis-Medien sollte sich der Herr Mandatar öfters zu Gemüte führen. Daher ist die Ignoranz des Herrn Abgeordneten oder sein bewusstes Ausblenden von offensichtlichen Gegebenheiten himmelschreiend und er sollte lieber seinen Bildungsstand verbessern, anstatt Landtagskolleg*innen zu belehren.)

Dann wendet sich Abg. Dorner den Abgeordneten Müller/Neos und Krismer-Huber/Grüne zu und findet auch in deren Redebeiträgen Haare in der Suppe und Gründe für seine Kritik. So behauptet er allen Ernstes, in einer Gemeinde Bäume zu zählen könne nur einer Verordnung aus Brüssel entstammen, denn jeder „Mensch mit (blauem?) Hausverstand“ wisse, dass dies eine sinnlose Beschäftigung für Gemeindemitarbeiter sei. **(Anm.#zH: Worauf er sich bezieht, ist offenbar der von Abg. Krismer-Huber erwähnte Baumkataster, der in vielen Gemeinden bereits gang und gäbe ist).**

#zusammenHaltNÖ stellt fest: Offenbar hat Abg. Dorner/FP auch auf diesem Bereich Wissenslücken und hat nicht mitbekommen, dass solche Baumerhebungen und die regelmäßige Kontrolle des Zustands der Bäume entlang von Straßen, Plätzen oder in Parks neben anderen Funktionen auch wichtige Sicherheitsmaßnahmen sind. Außerdem wird es in kommenden Jahren besonders für vulnerable Gruppen eine Frage des Überlebens von Hitzeperioden bedeuten, dass in Gemeindegebieten genügend gesunde Bäume zusätzliche Kühlfunktionen

übernehmen. Überschreitet das tatsächlich den sogenannten Hausverstand? Hier zwei Beispiele von städtischen Baumkatastern aus Salzburg und Wien, einer Stadt, auf die die NÖ VPFP-Koalition ja so gerne hin drischt: Stadt Salzburg - Bäume in der Stadt und Bäume im urbanen Raum - Pflege, Kontrolle, Schutz und Vorkommen - Stadt Wien bzw. Baumkarte Wien – Bäume bestimmen, Baumarten & Namen)

Schließlich geht Abg. Dorner doch noch auf die Themen der Gruppe 5 ein und meint, die Budgetdebatte sei eine Debatte über Verantwortung für unsere Heimat, für Versorgungssicherheit, für leistbare Energie, für Natur, Landschaft und Lebensqualität. Aus Sicht der FPNÖ müsse Umweltpolitik „vernünftig“ sein und müsse den Menschen dienen. Sie dürfe nicht gegen die Bürger*innen gemacht werden, dürfe nicht zur Bevormundung werden und sie dürfe nicht zu einer Ideologie werden, die Versorgungssicherheit, Eigentum, Wirtschaft und Landschaftsschutz unter die Räder bringe. Er geht dann auf die Wasserversorgung ein und weist besonders auf Regionen wie Weinviertel und Marchfeld hin. Wer über Umweltpolitik spreche, müsse auch über Grundwasser, Bodenschutz, Versicherung, Hochwasserschutz, Flussraumentwicklung und regionale Wassersicherung sprechen. Hier sei jeder Euro besser angelegt, als in Symbolpolitik. Er spricht dann weiter, dass sinnvolle Energieprojekte gefördert werden müssten, dass Energiepolitik nicht auf eine einzige Technologie verengt werden dürfe. Er weist schließlich auf einen Antrag des nächsten Redners hin mit der Forderung, dass die Netzkosten auf ganz Österreich umgelegt werden sollten. Und er schließt seinen Redebeitrag mit einigen FP-Pa-rolen:

„Gute Projekte kann man fördern, ideologische Umverteilung nicht“

„Sinnvolle Energiewende - ja, Landschaftszerstörung und Belastung der Bürger – nein“

Die FPÖ sage ganz klar:

„Keine Windräder im Wald, keine Windradprojekte ohne Zustimmung der lokalen Bevölkerung“.

„Nicht Ideologie, sondern Vernunft“, „Nicht Brüsseler Zentralismus, sondern Gemeinde- und Bürgernähe“, „Nicht Landschaftsverbrauch, sondern Technologieoffenheit“.

#zusammenhaltNÖ fragt Abg. Dörner/FP, was für ihn „Symbolpolitik“ ist. Wer bestimmt, was „vernünftig“ oder „sinnvoll“ ist? Kann das jeder Laie bestimmen oder sollte man vielleicht doch Information durch und Diskussion mit Expert*innen berücksichtigen, bevor „die Bevölkerung“ – oft unter Einfluss bestimmter politischer Gruppierungen – unvernünftige Entscheidungen trifft, die sich später oft als gravierender Nachteil für sie herausstellen?

Die beiden **VP-Abgeordneten Richard Hogl und Edlinger** sprechen ebenfalls zum Klima- und Energiethema. **Abg. Hogl** beginnt mit dem Hinweis auf das [„NÖ. Klima- und Energieprogramm 2026-2030“](#), das es schon seit 2004 gebe und das immer wieder verlängert werde. Fachübergreifende Gruppen aus 37 Fachabteilungen und landesnahen Organisationen würden Projekte erarbeiten und umsetzen, wobei auch die Klimawandel-Anpassung berücksichtigt werde.

Er hält dann fest, dass das Land NÖ in seinem Wirkungsbereich vorbildhaft sei. Auf allen Dächern der Landesgebäude und tw. auch auf vielen Gemeindegebäuden gebe es PV-Anlagen. Man müsse alles daransetzen, um energieunabhängig zu werden, da immer mehr Energie und Strom gebraucht werde. Und da müsse man auch auf Alternativen setzen.

Der Abgeordnete geht dann auf die Äußerung von **Abg. Dörner** ein, man dürfe nicht gegen die Bevölkerung entscheiden. Das sei klar und verständlich. Aber Politiker*innen hätten auch alles daranzusetzen, um die Bevölkerung positiv mitzunehmen und Politik zu erklären, um in eine gute Zukunft gehen zu können.

Abg. Hogl spricht dann das Problem an, dass der Osten Österreichs viel mehr erneuerbare Energie produziere als der Westen. Es sei daher notwendig, dass die anfallenden Kosten gerecht aufgeteilt würden. Er fordert die anderen Bundesländer zu mehr Solidarität auf und bringt einen **Resolutionsantrag** ein betreffend

gerechte Verteilung der Stromnetzkosten im Rahmen der Energiewende.

Als letzter Redner spricht **Abg. Josef Edlinger/VP** und meint, die Themen Gesundheit und Umweltschutz würden gut zusammenpassen. Für beide Bereiche übernehme das Land NÖ Verantwortung und setze mutige Schritte, um die Herausforderungen der Zukunft meistern zu können. Er geht sowohl kurz auf den Gesundheitspakt 2040+ als auch ausführlicher auf den Umwelt- und Energiebereich ein. Mit dem NÖ Klima- und Energieprogramm seien viele Maßnahmen beschlossen worden, die die Erreichung der Klimaziele unterstützten. NÖ sei Vorreiter im Klima- und Umweltbereich und die Ökostrom-Lokomotive. Ungefähr ein Drittel der Landesfläche sei auf Grund unterschiedlicher Regelungen unter besonderen Schutz gestellt worden.

Es gebe in NÖ 20 Naturparks, den [Biosphärenpark Wienerwald](#), 20 Schutzgebiete auf Grund der Flora/Fauna-Habitat-Richtlinie, es gebe 16 Vogelschutzgebiete und zwei Nationalparks [„Thayatal“](#) und [„Donau-Auen“](#). Ein möglicher dritter Nationalpark [„Kampwald“](#) im Waldviertel sei in Ausarbeitung und 280 ha Wald im Dobratal seien bereits geschützt mit vielen wertvollen Lebensräumen für viele geschützte Tier- und Pflanzenarten. Ausgehend von dieser Kernzone solle ein [Nationalpark „Kamptal“](#) geschaffen werden, der viele Chancen für die Natur, aber auch für die Regionalentwicklung biete. Auch die anderen Nationalparks seien Besuchermagneten, wodurch vielen Menschen, v.a. aber auch Schulklassen der Wert einer intakten Natur nähergebracht werde. Der Abgeordnete erwähnt dann noch das Projekt [„Bodenbonus“](#), mit dem viele Gemeinden Projekte umgesetzt hätten, die sich mit den Themen Entsiegelung und natürliche Wasserkreisläufe beschäftigen.

Die [„Schwammstadt“](#) habe bereits in vielen Gemeinden Einzug gehalten. Regenwasser werde zurückgehalten, durch Bäume Beschattung ermöglicht, es würden Flächen gekühlt

und ein Kleinklima in den Siedlungsgebieten geschaffen, was immer wichtiger werde. Im Widerspruch zu *Abg. Krismer-Huber* meint der Abgeordnete, seine Fraktion sehe es etwas anders, dass dafür ein Bürokratiemonster geschaffen werden müsse und geht auf die EU-Renaturierungsverordnung ein. Die damalige *Umweltministerin Gewessler* habe gegen den einstimmigen Wunsch der Bundesländer im EU-Rat für die Renaturierungsverordnung gestimmt, obwohl der ablehnende Beschluss rechtlich bindend gewesen wäre. Es sei jetzt ein Schildbürgerstreich, dass Wien, Graz und Linz keine Notwendigkeit hätten, etwas für die Renaturierung zu tun, dagegen kleine Dörfer schon, weil Äcker, Felder und Weingärten nicht als „Grünflächen“ gelten. Das sei „Schwachsinn“ und daher werde man das nicht umsetzen.

#zusammenhaltNÖ meint, die VPNÖ müsste sich viel vehementer gegen ihren Koalitionspartner durchsetzen. Das klare Bekenntnis vernünftiger VP-Mandatar*innen zu erneuerbarer Energie, das aber manchmal etwas zu zögerlich artikuliert wird, genügt nicht. Die FPNÖ, deren Mandatäre beim Austeilen ja nicht gerade zimperlich sind, vertragen deutlichere Worte von Seiten der VPNÖ. Unverständlich, dass man solche Themen vor sich hindümpeln lässt, ohne als gesamte Partei klar und deutlich Position zu beziehen.

Zusatzinformation

 **Europa brennt: Welche Gefahr droht Österreich? - Thema vom 03.08.2026 - ORF ON** 

Waldbrände in Europa - Warum wüten die Feuer diesmal so heftig? | tagesschau.de, 28.07.2026
Waldbrände in Europa: Neuste Satellitenbilder zeigen Ausmass - Meteo - SRF, 27.06.2026
Lage in Urlaubsländern - Flammenhölle in Europa greift weiter um sich | krone.at, 26.07.2026
Waldbrände in Südeuropa: «Feuer können aus der Luft nicht gelöscht werden» - News - SRF, 26.07.2026
Historisches Niederwasser bedroht Fische, ORF NÖ, 25.07.2026
Helga Krismer: „Stephan Pernkopf verweigert die Umsetzung der Renaturierungsverordnung“, 06.07.2026
Gmünd: Gemeinderat beschließt Klage gegen Land - noe.ORF.at, 3.07.2026
Renaturierung: Absage an EU-Pläne - noe.ORF.at, 01.07.2026

„Hitzepein“ und „Klima-Kommunismus“: Wie rechts außen die Klimakrise verzerrt - Inland - der-Standard.at › Inland, 30.06.2026
NÖ-SPÖ-Landeschef Sven Hergovich im Interview - oe24.at, 30.06.2026
Mit Grünen: Nationalrat fixiert Erneuerbaren-Gesetz - news.ORF.at, 11.06.2026
Heftige Kritik an EU-Renaturierungsplänen - noe.ORF.at, 10.06.2026
„Herzmobil NÖ“: LK Mödling startet Home-Monitoring bei Herzschwäche - Land Niederösterreich, 29.04.2026
FPÖ-Dorner stellt klar: Keine 180 neuen Windräder in Niederösterreich | exxpress, 21.04.2026
Herzmobil NÖ, Ärztekammer für NÖ, 2026
EVN Wasser | Ihr zuverlässiger Wasserversorger | EVN, o.D.
Hochwasserschutz für St. Valentin | Klimafit NÖ, Energie- und Umweltagentur des Landes NÖ, 2026
Schwammstadt sichert Bäumen das Überleben Naturland NÖ, Energie- und Umweltagentur des Landes NÖ, 2026
EU-Taxonomie: Atomkraft und Erdgas plötzlich nachhaltig?, WWF, 30.10.2025
Gesundheit: Niederösterreich startet Pilotprojekt „HerzMobil NÖ“ - Niederösterreich, Mein Bezirk, 15.09.2025
Neue Ära in Niederösterreich: Landtag beschließt Gesundheitsplan 2040+ - Niederösterreich, Mein Bezirk, 28.03.2025
Gesundheitsplan vom Landtag beschlossen - noe.ORF.at, 27.03.2025
Extreme Dürre in Afrika: 24 Millionen Menschen hungern und verdursten | wetter.de, 25.04.2024
Katastrophenzustand: Schlimmste Dürre im Süden Afrikas seit 100 Jahren, Wetter.com, 24.04.2024
Umweltorganisationen klagen gegen EU-Taxonomie | tagesschau.de, 18.04.2023
Taxonomie: Keine Einwände gegen Einstufung von Gas und Atomkraft als nachhaltig | Aktuelles | Europäisches Parlament, 06.07.2022

Gruppe 6: Straßen- und Wasserbau, Verkehr (11 Redner)

Abg. Lukas Michlmayr/VP berichtet über den Budgetvoranschlag der Gruppe 6 für 2027 (Erträge 102 Mio. €, Einzahlungen 30 Mio. €, Aufwendungen 866 Mio. € und Auszahlungen 736 Mio. €) ebenso für 2028 (Erträge 103 Mio. €, Einzahlungen 31 Mio. €, Aufwendungen 878 Mio. € und Auszahlungen 726 Mio. €) und ersucht um Einleitung der Debatte.
Mit „Sehr geehrte Präsidentin!“ eröffnete **Abg. Andreas Bors/FP** etwas ungewohnt seinen

Redebeitrag und betont, dass es 2027 darum gehe, gemeinsam mit dem Bund das bestehende Angebot für Pendler und Schüler abzusichern. Dies geschehe im Rahmen der Verkehrsdiensteverträge im Bahnbereich mit 270 Mio. € für beide Jahre. Dieses Budget zeige ganz klar, „dass mit unserem NÖ Verkehrslandesrat unser Bundesland eben hier verkehrspolitisch ganz klar auf Kurs ist. Nämlich net mit irgendwelchen ideologischen Luftschlössern, net mit irgendwelchen großstädtischen Wunschträumen, sondern mit einer Politik, eben die zu einem Flächenbundesland wie es Niederösterreich ist, passt. Nämlich eine Politik mit Hausverstand, mit Augenmaß und in der aktuellen Situation auch mit Verantwortung gegenüber den Steuerzahlern.“

Wenn Einsparungen, so die Ansage von [Abg. Florian Krumböck/VP](#), dann sollte man diese klug ansetzen. Niederösterreich als größtes Pendlerbundesland sei von den aktuellen Einsparungen am härtesten betroffen. Der neue [ÖBB Rahmenplan 2027 bis 2032](#) sehe Einsparungen von 200 Mio. € vor und treffe Niederösterreich besonders hart, da hier dringende Investitionen aufgeschoben würden. Der Westen (Brenner Zulauf) sei jedoch von den Einsparungen nicht betroffen.

Wichtig sei für das Funktionieren des Pendlerlandes Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit der Züge.

In der Ostregion hätten die ÖBB 2026 noch kein einziges Mal das Pünktlichkeitsziel erreicht und zu spüren bekämen das die Pendler*innen, die das Land am Laufen halten sollen.

[Abg. Krumböck](#) sagt, er sehe die Ursachen für diese Probleme bei der ehemaligen Verkehrsministerin Gewessler, wo der Bundesrechnungshof für den Zeitraum 2020 bis 2024 eine Verschlechterung bei der Pünktlichkeit und eine gehäufte Schadensanfälligkeit der Züge festgestellt habe. Statt auf Qualität und Zuverlässigkeit im Bahnverkehr zu setzen, sei die Ministerin, laut Aussage von [Abg. Krumböck](#), lieber in die Schlagzeilen gegangen. Der [RH-](#)

[Bericht](#) sei daher ein „desaströses Urteil“, wenn sich in ihrer Amtszeit alle Qualitätsfaktoren im Bahnverkehr verschlechtert hätten. Die NÖ Volkspartei wolle daher Änderungen beim ÖBB Rahmenplan sehen und man lege dabei den Fokus auf Qualität und Angebot. Eine Lanze für den Straßenbau im Flächenbundesland NÖ bricht [Abg. Matthias Zauner/VP](#), weil Straßen eine wichtige Lebensader für Unternehmen, Arbeitnehmer*innen, für die Bevölkerung, eben ein wichtiger Faktor der Mobilität seien.

Und so wie sein Vorredner, kann sich auch [Abg. Zauner](#) einen Seitenhieb auf die ehemalige Verkehrsministerin Gewessler nicht verkneifen, wenn er meint: „Daher können wir alle erleichtert sein, dass die Schreckenszeit einer Verkehrsministerin Gewessler vorbei ist, wo Straßenprojekte blockiert, verzögert und vernachlässigt wurden“.

Einigermmaßen befriedigt stellt er jedoch fest, dass es jetzt auf Bundesebene wieder Ansprechpartner gebe, wo man über Straßenprojekte reden könne und zählt sichtlich zufrieden die trotz Sparzwangs geplanten Straßenprojekte in Niederösterreich auf ([Video ab Minute 1:09](#)).

In seinem zweiten Redebeitrag zur Gruppe 6 betont [Abg. Andreas Bors/FP](#), dass Niederösterreich als Flächenbundesland ein leistungsfähiges Straßennetz brauche, denn von den 800.000 Pendler*innen müssten 600.000 den PKW benutzen. Mit den im Doppelbudget 2027/28 veranschlagten 440 Mio. € müssten Betrieb und Instandhaltung von 13.600 Km Landesstraßen (mehr als in OÖ, Stmk. und Bgld. zusammen!) gewährleistet werden. Denn Niederösterreich solle auch in Zukunft ein mobilitätsstarker, sicherer, handlungsfähiger Lebens- und Wirtschaftsraum bleiben. Und dazu brauche es einerseits einen starken öffentlichen Verkehr, aber ebenso ein funktionstüchtiges Straßennetz: Straße und öffentlicher Verkehr seien kein Gegensatz, beides gehöre zusammen und werde, laut [Abg. Bors](#), „vom

Verkehrslandesrat Udo Landbauer mit Hausverstand weiterentwickelt“.

Für [Abg. Otto Auer/VP](#) sei es wichtig Straßen und Schienen zu erhalten, aber zur Stärkung der Regionen und zur Steigerung der Lebensqualität brauche es auch Ausbau und Erschließung. Neben Standortsicherung gelte es für die vom Verkehr leidgeprüfte Bevölkerung eine Lösung zu finden, wenn z. B. 40.000 Fahrzeuge pro Tag durch eine Gemeinde durchfahren müssen.

Als Investition in die Zukunft wertet [Abg. Auer](#) die drei Millionen Euro (jährlich) für Rad- und Wanderwege, die den Menschen ein gewisses Wohlgefühl vermitteln, den Tourismus fördern und Wertschöpfung in die Regionen bringen würden.

Zum vorliegenden Doppelbudget habe [Abg. Christoph Müller/Neos](#) nicht viel Positives zu erwähnen. Einzig die Einsparung von 40 Mio. € für den Straßenbau sei ein positives Signal. Weiters bezweifle er, ob bei den Öffis die Verschiebung von Aufgaben des VOR zur NÖVOG tatsächlich die offiziell behauptete Qualitätsoffensive und ein großer Einsparungsposten seien.

(Anm.#zH: Jetzt fahren viele Regionalbusse in NÖ als „leopoldi“-Busse durch die Gegend. Die zusätzlichen Kosten für diese unnötige Umfärbung scheinen nirgends auf!)

[Abg. Müller](#) kritisiert wie schon seine Vorredner die zahlreichen Unannehmlichkeiten für Bahnpendler*innen in der Ostregion bedingt durch Verspätungen, Streckensperren und schlechtes Wagenmaterial. Vor allem aber kritisiere er auch den ÖBB Rahmenplan 2027-2032 mit 200 Mio. € Einsparungen, wodurch im sogenannten „Speckgürtel“ rund um Wien wichtige Projekte aufgeschoben würden. Und weil in Tirol munter am Brenner-Basistunnel-Zulauf weitergebaut werde, meint er süffisant in Richtung VPNÖ, dass der Tiroler Landeshauptmann offensichtlich einen besseren Draht zur Bundesregierung habe als die NÖ Landeshauptfrau.

Die massiven Angriffe seiner Vorredner von VP und FP auf die ehemalige Verkehrsministerin [Eleonore Gewessler/Grüne](#) versucht [Abg.](#)

[Georg Ecker/Grüne](#) zu entkräften. Die aktuellen Probleme für Pendler*innen könne man nicht der damaligen Ministerin anlasten, denn Bahninfrastruktur-Investitionen und Bestellungen von neuen Zügen bräuchten mehrere Jahre Vorlaufzeit. Daher verlangt er auch, die Bundesregierung müsse das Streichprogramm, die Ostregion betreffend, im Rahmenplan 2027-2032 nachjustieren. Für ihn fehle der aktuellen Bundesregierung der Weitblick. Denn als Teil dieser Bundesregierung hätten auch ÖVP und Neos dem Sparplan zugestimmt, dass einerseits beim Bahnausbau gekürzt, aber den Fluglinien 60 Mio. € gegeben würden. Das sei für [Abg. Ecker](#) die vollkommen falsche Verkehrspolitik. Es sei Jahrzehnte nicht investiert worden. „Und jetzt kämen die Roten, und wieder werde nicht investiert, wie vor 10, vor 20 Jahren.“ Mit seiner Kritik an der Ostumfahrung Wr. Neustadt, wo ein weiterer Asphaltband noch mehr Verkehr anziehen werde, anstatt Verkehrsprobleme zu lösen, plädiert [Abg. Ecker](#) für den Ausbau der aktiven Mobilität, wie sichere Radinfrastruktur und sichere Fußwege. Es gebe ja schon jetzt ein ausgearbeitetes Radbasisnetz, aber die Gemeinden hätten nicht die Mittel, um es umzusetzen. Ein weiterer Kritikpunkt im Doppelbudget sei für ihn auch die Kürzung der Mittel für den Hochwasserschutz.

Nachdem [Abg. Michael Bierbach/SP](#) gewisse Mängel beim öffentlichen Verkehr in Niederösterreich aufgezeigt hat und für ihn allein die Beklebung der neuen Leopoldi-Busse keine wesentliche Verbesserung für die Menschen gebracht habe, weist [Abg. Alexander Schnabel/FP](#) die Anschuldigungen seiner Vorredner, insbesondere die seiner Meinung nach haltlosen Anschuldigungen des SP Abgeordneten Bierbach, vehement zurück. Daran stößt sich auch [Abg. Dieter Dörner/FP](#) und verteidigte den Verkehrslandesrat Udo Landbauer. [Abg. Dörner](#) ortet die Verantwortung für die Mängel bei den Öffis in Niederösterreich nicht bei Landbauer, sondern beim sozialdemokratischen Verkehrsminister, der Niederösterreich im Stich lasse.

Angesichts von Trockenheit und Wasserverknappung fordert [Abg. Manfred Schulz/VP](#)

mit einem **Resolutionsantrag** den Ausbau und die Absicherung der Wasser-Ressourcen. Mit der langfristigen Wasser-Strategie versuche Niederösterreich auf den bis 2050 um 25 Prozent steigenden Wasserbedarf zu reagieren.

Gruppe 7: Wirtschaftsförderung (12 Redner*innen)

Nach der Berichterstattung durch Abg. Michl-mayr/VP über das Bereichsbudget der Gruppe 7, spricht als erster Redner Abg. Christoph Kaufmann/VP und leitet seine Rede mit der Bemerkung ein, ohne eine funktionierende Marktwirtschaft gäbe es nichts zu verteilen. Das kommende Budget trage dem Rechnung in Form von weiteren Investitionen in Standort und notwendigen Mitteln für die konsequente Weiterverfolgung der „Wirtschaftsstrategie Niederösterreich 2030+“, die 2026 beschlossen wurde und besonders drei Ziele verfolge: *Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit, Stärkung des wirtschaftlichen Fundaments, sowie Ausbau von Innovation und Forschung*. Und der Abgeordnete nennt die erfreulich klingende Tatsache, dass NÖ an dritter Stelle der Bundesländer beim BIP liege und sagt mit Bestimmtheit: „*Wir sind auf Kurs!*“ Ein zentraler Pfeiler dieser Entwicklung seien die Investitionen des Landes. Und er nennt Maßnahmenpakete und Zahlen, die zeigen würden, dass diese Maßnahmen wirken (Video ab Minute 1:50). Weiters spricht er auch die Regionalförderung an und untermauert seine Ausführungen mit Zahlen (Video ab Minute 2:25).

Abg. Kaufmann erwähnt weiters, dass NÖ auch Zukunftsfelder fördere, darunter ein besonders dynamisches Feld, nämlich die **Welt-raumwirtschaft**. NÖ habe sich in wenigen Jahren zu einem „Hotspot“ entwickelt, mit dem Technopol Wiener Neustadt, dem Space Hub am Flughafen Schwechat, dem ESA PHI-LAB Austria, einer wachsenden Zahl von Start-ups und High Tech-Unternehmen.

Ein weiterer Schwerpunkt sei die **Bahntechnologie**. NÖ verfüge über 30 einschlägige

Unternehmen, eine starke Forschungslandschaft und mit St. Pölten einen zentralen Standort für Mobilität und Infrastruktur. Und hier geht der Abgeordnete ins Detail und beschreibt auch diesen Bereich der nö. Wirtschaft (Video ab Minute 3:52). Besonders wichtig sei das geplante Typtestzentrum der Fa. Stadler in Leopoldsdorf (Video ab Minute 4:12).

Durch alle Bereiche ziehe sich dabei das Thema der Digitalisierung, die längst ein entscheidender Wettbewerbsfaktor geworden sei und er zählt auch hier einige konkrete Projekte auf. (Video ab Minute 4:53). Hand in Hand damit gehe auch die **Entwicklung von Prototypen**. Mit dem neuen Fördercall „Proto-typisch NÖ“ würde die Lücke zwischen Entwicklung und Marktumsetzung geschlossen.

Innovation brauche Forschung, Infrastruktur und starke Partner. NÖ verfüge hier über herausragende Leuchttürme und der Abgeordnete erwähnt ISTA in Klosterneuburg oder Technopol Tulln. Mit diesem Budget werde die Wirtschaft gestärkt, die Zukunft gesichert und NÖ zu einem Land der Chancen gemacht.

#zusammenHaltNÖ-Faktencheck

Es stimmt zwar, dass NÖ laut der letzten verfügbaren Zahlen von Statistik Austria (2024) **nach Wien und OÖ an dritter Stelle des nominellen BRP/Bruttoregionalprodukts** liegt. Wenn man das BRP jedoch **pro Einwohner** vergleicht, liegt **NÖ vor dem Burgenland an vorletzter Stelle** (siehe auch Wikipedia). Was allerdings von Abg. Kaufmann nicht erwähnt wird, sind die zahlreichen **Insolvenzen in NÖ** der letzten Zeit, wie kika/Leiner, KSR Group, Vereg GmbH oder Forstinger, ebenso wie die angekündigten oder bereits erfolgten (Teil-)Auslagerungen nö. Betriebe, meist auf Grund niedrigerer Lohnkosten in anderen (EU-)Ländern. Zu viel Euphorie über die Performance der NÖ Wirtschaft ist daher unserer Meinung nach nicht angebracht.

#zusammenHaltNÖ fragt sich außerdem, ob es derzeit in NÖ, Österreich und Europa noch eine „funktionierende Marktwirtschaft“ wie in früheren Jahrzehnten gibt. Werden nicht die fatalen Auswirkungen der Globalisierung durch die Konkurrenz von Billiglohnländern sogar innerhalb der EU und durch den Innovationsdruck aus asiatischen Ländern wie China immer deutlicher sichtbar? Dadurch

und durch die hohen Energiekosten, den Fachkräftemangel, die schwankende Nachfrage und eine teils überbordende Bürokratie gerät die Wirtschaft in Ländern wie Deutschland oder Österreich immer mehr in Schieflage und dies führt auch in NÖ zu Insolvenzen oder Abwanderung von Betrieben, wovüber regelmäßig in Medien berichtet wird (siehe Zusatzinformation!).

Abg. Georg Ecker/Grüne geht zu Beginn seiner Rede auf eine frühere Aussage von Abg. Linsbauer/VP ein, der bemerkte, eine starke Wirtschaft sei Voraussetzung für Klimapolitik. Abg. Ecker meint jedoch, es sei genau umgekehrt: „Nur wenn's dem Klima gut geht, geht's auch der Wirtschaft gut und geht's auch uns allen gut“.

Er geht dann auf das Jahr 2024 und die enormen Schäden durch das damalige Hochwasser ein, sowie auf die Hitzewellen, die der Wirtschaft auf andere Weise schaden.

(Anm. #zH: Das beweisen übrigens derzeit v.a. zahlreiche Berichte von Landwirten in ganz Österreich, die auf Grund des Niederschlagsmangels und der Dürre bedingt durch den Klimawandel bereits massive Ernteausfälle beklagen).

Die „Allianz Research“ des Versicherungskonzerns Allianz habe berechnet, dass alleine die Hitze in Deutschland in den nächsten vier Jahren einen wirtschaftlichen Schaden von 116 Mrd. € verursachen würde. Auf Österreich umgerechnet wären das ca. 12 Mrd. €. Und da seien weder Hochwässer oder Muren berücksichtigt. Laut Berechnungen würden bei Temperaturen von über 30°C sowohl die Produktivität, als auch die Wirtschaftsleistungen um drei Prozent sinken.

Man könne jetzt schon die Folgen von Hitzewellen am aufgeplatzten Asphalt oder verformten Schienen erkennen. In Büros ohne Klimaanlage bei 35°C oder 40°C konzentriert Leistung zu erbringen sei kaum möglich. Noch schlimmer sei die Situation bei Bauarbeitern oder anderen Menschen, die im Freien oder in überhitzten Hallen arbeiten müssen.

Der Abgeordnete wirft dann „den Blauen“ vor, vieles bezüglich Klimakrise abzuleugnen und

empfiehlt ihnen, mit den betroffenen Menschen zu reden.

Langfristig müsse dafür gesorgt werden, dass die Schäden dieser Klimakrise eingedämmt würden.

Abg. Ecker erwähnt dann eine weitere Folge der Hitze, nämlich höhere Strompreise. Verursacht werde das dadurch, dass AKWs nicht liefern, weil die Flüsse zu heiß wären. Dagegen würden PV- und Windkraftanlagen sehr wohl liefern. Diese würden dazu beitragen, dass es zumindest tagsüber einigermaßen günstige Strompreise gebe. Erneuerbare heimische Energie sei essentiell für die Wirtschaft – ein Beitrag gegen die Klimakrise und für mehr Unabhängigkeit von importierter fossiler Energie. Schwankende Energiepreise wären für die Wirtschaft fatal. Er vermisse auch in NÖ das große Programm, um KMUs zu stärken und fragt: „Wo ist denn die Offensive für Batteriespeicher, die gerade für große Betriebe in Kombination mit PV wichtig wären und wodurch gleichzeitig das Stromnetz entlastet würde?“. Energieunabhängigkeit sei wesentlich für die Wirtschaft. Der Auftrag der Politik sei es, die nö. Wirtschaft einerseits auf die weiteren Schäden der Klimakrise vorzubereiten, andererseits auch Unabhängigkeit von Ländern wie Saudi-Arabien, Russland etc. zu erreichen. Vor globalen Veränderungen könne die Politik die Unternehmen nicht schützen, aber sie durch diese Veränderungen begleiten, um sie in eine gute Zukunft zu führen. Und das vermisse er in der Wirtschaftspolitik.

SP-Abg. Franz Schnabl stellt zu Beginn seiner Rede fest, mutige Unternehmer*innen seien der Grund für die gute Lage der Wirtschaft in NÖ, aber nicht das Verdienst der VPFP-Koalition. NÖ stehe im österreichischen Vergleich nicht schlecht da, aber es gebe hausgemachte Probleme: hohe Produktionskosten, hohen Bürokratieaufwand, Fach- und Arbeitskräftemangel, regionale Unterschiede bezüglich Infrastruktur. Man sei säumig hinsichtlich Energie- und auch beim Breitbandausbau. Das

NÖ-Ziel sei gewesen, alle Haushalte bis 2030 anzuschließen. Derzeit sei etwas weniger als die Hälfte durchgeführt. Die Wirtschaftspolitik der NÖ Regierung zeige hohe Ansprüche, aber keine geeigneten Maßnahmen wo diese notwendig wären.

Für seine Fraktion sei daher klar: Schwerpunkte im Bereich Klimawandel – Fehlanzeige, Schwerpunkte und zusätzliche Investitionen im Bereich Digitalisierung und KI – Fehlanzeige, nachhaltige Investitionen in Infrastruktur regional benachteiligter Gebiete – Fehlanzeige. Die SPNÖ könne daher diesem Kapitel nicht zustimmen.

Abg. Philipp Gerstenmayer/FP kommt gleich zu Beginn seines Redebeitrags auf die im Budgetvoranschlag vorgesehenen Wirtschaftsförderungen im Ausmaß von 280 Mio. € und zusätzlichen Mitteln aus dem Tourismusfonds zu sprechen. Außerdem müssten die Rahmenbedingungen für heimische Unternehmen weiter verbessert werden – weniger Bürokratie, schnellere Genehmigungen, leistbare Energie und faire Rahmenbedingungen, damit Unternehmen erfolgreich wirtschaften und Arbeitsplätze sichern könnten. Als Beispiel nennt er den von seiner Fraktion vorangetriebenen und mitgetragenen Weg der Verwaltungsvereinfachung und dieser Weg müsse gemeinsam konsequent weitergegangen werden.

Der Abgeordnete geht dann noch auf den nö. Tourismus ein und die Summen im Voranschlag von 16 Mio. € für 2027 und 15 Mio. € für 2028 mit zusätzlichen Fördermaßnahmen aus dem Tourismusfonds zur Hebung der Qualität im Tourismus. Mit einem Anteil von 4,6% an den Gesamtnächtigungen könnte der nö. Tourismus durchaus noch stärker werden, denn die Bereiche Kultur, Natur, Kulinarik und Gastfreundschaft machten NÖ attraktiv.

Die **VP-Abg. Silke Dammerer** spricht zu Tourismus in NÖ und wirbt in ihrer Rede für eine Reise ohne Jetlag, mit unbegrenztem Handgepäck, unglaublich viel Beinfreiheit und Erholung ohne Flugzeiten - den Botschaften der

neuen Kampagne der NÖ-Werbung unter dem Motto „*Reisen ohne Fernweh*“. Das Besondere an NÖ sei: man müsse sich nicht entscheiden: Natur und Kultur, Bewegung und Erholung, Genuss und Erlebnis. All das lasse sich auf kurzen Wegen miteinander verbinden. Hier setze die Kampagne „[Wer macht schon Urlaub in NÖ?](#)“ an, bei der bewusst mit Vorurteilen gespielt werde, die aber zeige, was NÖ wirklich ausmache - authentisch, vielseitig, nachhaltig und überraschend. Man wolle Menschen nicht nur für einen Kurzbesuch begeistern, sondern sie dazu bewegen, ihren Urlaub in NÖ zu verbringen. Mehr Nächtigungen würden mehr Wertschöpfung für die nö. Regionen bedeuten, mehr Chancen für die Tourismusbetriebe und mehr Arbeitsplätze vor Ort.

Die Abgeordnete geht dann noch auf einige Angebote mit höchster Qualität ein, wie die Initiativen „[Selected Stays](#)“, die auf 56 handverlesene Unterkünfte setze oder „[Urlaub mit Weinblick](#)“, wo leerstehende Presshäuser oder Kellergassen zu besonderen Urlaubsorten revitalisiert wurden.

Abg. Dammerer spricht dann noch die [NÖ-Card](#) und das große [Radwegenetz in NÖ](#) an, auf dem man alle Viertel NÖs erkunden könne. Die 390 Radpartnerbetriebe würden künftig um zertifizierte Servicebetriebe erweitert, um NÖ als Radland No.1 noch attraktiver zu machen.

Abg. Manfred Schulz/VP beschäftigt sich in seinem Beitrag mit der nö. Landwirtschaft und geht auf deren Leistungen mit einigen Zahlen ein. Jeder fünfte Arbeitsplatz hänge direkt oder indirekt von der Landwirtschaft ab. Die Bauern würden pro Jahr 600 Mio. € in Maschinen, Ställe, Hallen, Vermarktung etc. investieren. Die Landwirtschaft sei ein „*Jobmotor*“, 94 % getragen von Familienbetrieben, und leiste einen unverzichtbaren Beitrag zur Kulturlandschaft, zur Biodiversität, zum Tierwohl und zur Versorgung der Bevölkerung mit regionalen, hochwertigen Lebensmitteln. NÖ sei auch weiterhin das Agrarland No. 1 mit 50 % der

österreichischen Ackerflächen und somit mit enormer Bedeutung für die nationale Versorgungssicherheit. Über ein Viertel aller land- und forstwirtschaftlichen Betriebe würden sich in NÖ befinden. Und der Abgeordnete nennt noch einige Zahlen, die die Bedeutung der nö. Landwirtschaft für ganz Österreich untermauern ([Video ab Minute 1:35](#)).

Abg. Schulz geht dann auf Probleme ein, mit denen die Landwirtschaft in NÖ konfrontiert ist. Verursacht durch Klimawandel und Regenmangel seien jetzt schon Ernteaufschläge zwischen 30 und 50 % ersichtlich. Es sei zu hoffen, dass, bedingt durch günstigere Witterung zumindest die Herbstkulturen gut gedeihen können. Was der Abgeordnete positiv erwähnt, ist die Sicherung des Agrardiesels für die nächsten beiden Jahre und er dankt abschließend allen Landwirt*innen, die auch unter widrigen Umständen ihre anstrengende Arbeit machen. Für den [FP-Abg. Alexander Schnabel](#) ist Landwirtschaft weit mehr als ein Wirtschaftszweig. Sie ist Ausdruck von Tradition, Heimatverbundenheit und Verantwortung gegenüber kommenden Generationen. Die nö. Bauern würden dafür sorgen, dass hochwertige Lebensmittel produziert werden, dass die Kulturlandschaft gepflegt werde und der ländliche Raum lebendig bleibe. Deshalb sei es richtig, dass im Voranschlag die Landwirtschaft weiter gezielt unterstützt werde. Diese Mittel seien Investitionen in die Versorgungssicherheit, in die Wettbewerbsfähigkeit der bäuerlichen Familienbetriebe und in die Zukunft des Landes. Der Abgeordnete geht dann auf diverse Herausforderungen in der Landwirtschaft ein und betont die Notwendigkeit verlässlicher Rahmenbedingungen und politischer Unterstützung anstatt zusätzlicher Belastungen für die Landwirtschaft.

Er erklärt, als Freiheitliche würden sie klar an der Seite der heimischen Land- und Forstwirte stehen ([Video ab Minute 1:28](#)). Leistung treibe die freiheitlichen Regierungsmitglieder an und dieser Leitsatz gelte ganz besonders auch für die bäuerlichen Familienbetriebe, die einen

unverzichtbaren Beitrag für NÖ leisten würden.

Abg. Schnabel sagt weiters, aus Sicht seiner Fraktion gehöre auch dazu, die Interessen der nö. Landwirtschaft auf europäischer Ebene konsequent zu vertreten. So würde eine EU-Mitgliedschaft der Ukraine aus Sicht der FPNÖ den Wettbewerbsdruck auf die bäuerlichen Familienbetriebe massiv erhöhen und die Folge wäre, dass viele Höfe zusperren müssten. Deshalb lehne seine Fraktion einen solchen Schritt vehement ab. Er fordert außerdem Landwirtschaftsminister Totschnig auf, sich mit aller Kraft für den Schutz der heimischen Landwirte einzusetzen und deren Interessen auf nationaler, sowie auf europäischer Ebene konsequent zu vertreten. Und er redet wieder einmal FP-Fraktur und geriert sich als Schützer und Retter der nö. Landwirtschaft ([Video ab Minute 3:24](#)): „Weiters fordere ich die gesamte Verliererampel (!) in Wien auf, mit ihrer bloßen Showpolitik aufzuhören und stattdessen echte Sicherheit zu gewährleisten - echte Sicherheit für unsere Landwirtschaft, für unsere Lebensmittelversorgung und für unsere Landsleute. Wer die Landwirtschaft stärkt, stärkt unsere Heimat, wer unsere bäuerlichen Familienbetriebe schützt, investiert in die Versorgungssicherheit, den ländlichen Raum und die Zukunft Niederösterreichs“.

#zusammenhaltNÖ wüsste gerne von Abg. Schnabel/FP, was er der Bundesregierung bezüglich Landwirtschaft/Wirtschaft konkret vorwirft? Aus seiner Rede geht das nämlich nicht hervor. Oder ist das wieder einmal nur das übliche Regierungs-Bashing, an das sich offenbar auch die VPÖ bereits gewöhnt hat?

Auch [Abg. Richard Högler/VP](#) meldet sich als Landwirtschaftssprecher seiner Fraktion zu diesem Thema zu Wort und bezieht sich speziell auf die Herkunftskennzeichnung in der Gastronomie, denn alle Konsument*innen hätten das Recht zu wissen, woher die Produkte für die Speisen kämen, die sie zu sich nehmen. Im Handel sei dies schon ganz gut gelungen. Um die Landwirtschaft produktionsfähig zu erhalten und damit Bauern und Bäuerinnen im

Wettbewerb bestehen können, pocht der Abgeordnete auf Pflanzenschutz mit Augenmaß und ruft alle Mandatar*innen auf, sich dafür einzusetzen.

Ein weiteres wichtiges Thema sei für ihn die Jagd. Er weist darauf hin, dass im Dezember 2025 ein modernes Jagdgesetz beschlossen worden sei. Es könnten jetzt Drohnen zum Wildschutz vor Ernte- oder Häckselarbeiten und zur Tierrettung eingesetzt werden und es gebe eine Erweiterung der Nachsehhilfen und künstlicher Jagdhilfen seit 2020, wodurch bei zu großen Wildschweinpopulationen nun eingegriffen werden könne. *Abg. Hogl* kommt schließlich auch auf den Wolf zu sprechen, der in unserem Gebiet angesiedelt wurde, aber sich stark vermehrt habe, wodurch praxistaugliche Eingriffe notwendig seien. Es müssten sich sowohl Landwirtschaft, als auch Jagd in Zukunft vernünftig weiterentwickeln. NÖ sei hier auf einem guten Weg und der Abgeordnete ersucht, dem Kapitel zuzustimmen.

Abg. Indra Collini/Neos betont gleich zu Beginn, sie spreche zur gesamten Gruppe 7 und habe außerdem ins Budget geschaut. Dieser Blick zeige zwei Dinge: Wirtschaftsförderung in NÖ sei Landwirtschaftsförderung. Das müsse ganz klar gesagt werden. Von 280 Mio. € fließen 169 Mio. € - somit 60 % - in die Landwirtschaft. Die eigentliche Wirtschaftsförderung mache 83 Mio. € aus – 30 % -, der Tourismus erhalte ungefähr 18 Mio. €. Es sei bei diesen Positionen Sparen erkennbar, aber es werde nicht überall gespart. So erhalte die Landwirtschaftskammer jedes Jahr 22 Mio. €, „da fahre der Traktor drüber“. Die zweite Riesenposition sei die Hagelversicherung. Und sie fragt in Richtung FPÖ: *„Warum ist das denn so, dass man die Hagelversicherung, dass wir die Landwirtschaft mehr unterstützen müssen bei den Prämien? Hat das vielleicht etwas mit Klima-veränderungen zu tun?“*

Bei dem Betrag von 83 Mio. € wisse man gar nicht so genau, was mit dem Geld passiere, denn der fließe in eine „Blackbox“. ([Video ab](#)

[Minute 2:20](#)). Es fließe in den [NÖ Wirtschafts- und Tourismusfonds](#), [Regionalförderung](#) und von dort in ein undurchsichtiges Netz an Landesgesellschaften, die die Mittel dann verteilen: in die [ecoplus](#) mit ihren Tochtergesellschaften ([ecoplus alpin](#), [ecoplus international](#), [ecoplus Beteiligungen](#)) und die Abgeordnete erwähnt zahlreiche andere.

Sie erwähnt dann eine der zentralen Forderungen der Neos, die auch vom Landesrechnungshof artikuliert wird, nämlich dass die vielen Landesgesellschaften bereits so undurchsichtig und auch für Abgeordnete nicht mehr nachvollziehbar seien. Es brauche endlich eine Konsolidierung dieser Landesgesellschaften.

Und dann geht *Abg. Collini* darauf ein, was der Blick in die Gruppe nicht zeige, was aber essentiell für die Förderung der Wirtschaft und der Landwirtschaft sei: sie zeige nicht die Mittel, die NÖ aus der EU erhalte, sondern nur den Ko-Finanzierungsteil des Landes. Und in Richtung der FPNÖ, die die EU so gerne bashe, meint sie, es seien unfassbar große Mittel, die NÖ ohne die EU nie hätte. NÖ sei Nettoempfängerin im Verhältnis 1:3. Und sie sagt: *„Wir bekommen jedes Jahr 600 Mrd. €, die nach NÖ fließen [...] und 80 % davon sind Förderungen in die Landwirtschaft“*.

Anm.#zH: Hier handelt es sich offenbar um einen Versprecher, denn bei den gesamten EU-Rückflüssen nach Österreich von 2,069 Mrd. € kann es sich für NÖ nur um 600 Millionen und nicht 600 Milliarden handeln; siehe [BMF-Bericht zum EU-Haushalt](#), Tabelle S. 5. Im Jahr 2024 flossen 553 Mio. € nach NÖ.

Schließlich kritisiert die Abgeordnete die im internationalen Vergleich exorbitant hohe Steuer- und Abgabenquote. Unternehmen sagten ihr immer wieder, sie würden gerne auf Förderungen verzichten und dafür weniger Steuern und Abgaben bezahlen. Die Lohn-Nebenkosten-Senkung sei dazu ein erster Schritt. Es gebe dringenden Handlungsbedarf und es müssten die Budgets saniert, konsolidiert und reformiert werden. Die Spielräume würden gebraucht, um endlich von der hohen Steuer- und Abgabenquote wegzukommen.

Und sie erwähnt, dass laut einer kürzlichen WKO-Umfrage 30% der österreichischen Industriebetriebe sagen, sie würden 2030 nicht mehr hier sein und meint, da schrillen die Alarmglocken.

Im ORF-NÖ wurden Ende Juni 2026 die aktuellen Arbeitslosenzahlen veröffentlicht. Sie seien im Vergleich zum Vorjahr um ca. 5 % gestiegen und NÖ schaue im Vergleich zum österreichischen Durchschnitt (+2,4 %/Anm. #zH) überhaupt nicht gut aus ([siehe ORF NÖ-Bericht vom 1.07.2026](#)). Man müsse daher dringend schauen, die Steuer- und Abgabenlast zu senken. Die Neos hätten bereits Vorschläge dazu präsentiert.

[Abg. René Pfister/SP](#) bezieht sich anfangs in einigen Punkten auf seine Vorrednerin und geht ebenfalls kurz auf Versorgungssicherheit durch die NÖ Landwirtschaft und auf die durch Krisen gefährdeten Lieferketten ein.

Dann weist er sehr vehement auf das Missverhältnis zwischen den Förderungen für die nö. Landwirtschaftskammer und die nö. Arbeiterkammer hin. Während die Landwirtschaftskammer 60.200 Bäuerinnen und Bauern vertrete und eine Förderungssteigerung von 22,1 Mio. € im Jahr 2026 auf 22,3 Mio. € im Jahr 2027 erhalte, sei die Arbeiterkammer, die 660.000 unselbständig Erwerbstätige vertrete und 2026 70.000 € an Förderungen erhalten habe, im Jahr 2027 jedoch auf 50.000 (!) € reduziert worden. Und der Abgeordnete weist auf S. 667 des [„Voranschlags 2027 des Landes NÖ“](#) hin, wo diese Beträge ohne weitere Erklärung aufgelistet sind und bemerkt, dass diese 660.000 unselbständig Erwerbstätigen 80 % der Steuerlast tragen würden. Daher sei es nur legitim, dass es auch Unterstützung gebe. Er kritisiert dann weiters, dass die Landarbeiterkammerwahl eine große Herausforderung für Gemeinden sei, die an einem Sonntag das Gemeindeamt aufsperrten müssten und Kosten entstehen würden, während alle anderen Kammern es selber schaffen, ihre Wahlen durchzuführen.

Abschließend ruft [Abg. Pfister](#) dazu auf, sich nicht nur auf schöne Sonntagsreden zu beschränken, sondern darauf zu schauen, dass Arbeitnehmer*innen im Landwirtschaftsbereich, im Angestelltenbereich, im Arbeiterbereich überall faire Bedingungen hätten und auch die gleiche Unterstützung bekämen.

Als nächster Redner spricht [Abg. Peter Gerstner/FP](#) und kündigt an, auf einige Details des **Resolutionsantrags** eingehen zu wollen, den der nächste Redner einbringen werde. Dieser Antrag fordere wichtige Schritte zur Entbürokratisierung, dass der EU-Artenschutz endlich auf den Prüfstand kommt, was längst überfällig sei. Fischzüchter, Förster und Bauern würden tagtäglich erleben, dass Fischreihher ihre Teiche leerfressen, dass Biber jahrhundertealte Bäume zu Fall bringen, „ohne dass sie einen Baumkataster befragen, ob sie's umbeißen dürfen“, der Otter ganze Fischbestände leerräumt und der Wolf ungestraft in Nutztierherden einbreche und die Nutztiere – meist Schafe – wahllos tötet. Und all das passiere unter dem Deckmantel des Artenschutzes. Und der Abgeordnete fragt, ob ein Wolf mehr wert sei als das Schaf und fordert, der Wolf gehöre genauso reguliert und bejagt wie das Wildschwein.

Weiters attackiert er eine Verordnung „aus dem fernen Brüssel“, dass der [Sikahirsch](#) ausgerottet werden müsse, weil er ein invasives Tier sei, das vor hunderten Jahren aus Asien eingewandert sei. (siehe Zusatzinformation) Und schließlich kommt [Gerstner](#) „zu einem weiteren Kapitel grüner Ideologie, der Renaturierungsverordnung“. Das habe man der Tatsache zu verdanken, weil die ÖVP den Fehler begangen habe, mit den Grünen zu koalieren. Er erinnert daran, dass die Stimme von Leonore Gewessler entscheidend dafür gewesen sei, „dass sich die fleißigen Menschen in unserem Land, nämlich die Bauern, mit einem Auswuchs grüner Ideologie konfrontiert sehen“. Und er sagt: „Geschätzte Landwirte, dieses vergiftete Geschenk hat Ihnen die grüne-schwarze Koalition hinterlassen. Wir

Freiheitliche sagen klar – diese Utopie braucht niemand und ist schlicht nicht finanzierbar“. Allein für Österreich wären die geschätzten Kosten zur Erfüllung der Renaturierungsverordnung von 150 Mrd. €. Leonore Gewessler habe damals, als sie in Verantwortung war, keinen Plan zur Finanzierung dieser Maßnahmen vorgelegt. Und der Abgeordnete sagt: „*Des- halb gibt es nur eine Konsequenz für diese Ver- ordnung: sie muss weg. Schicken wir sie dort- hin, wo sie hingehört, in das Archiv der grünen Irrwege“.*

Es brauche gar keine Renaturierungsverord- nung aus Brüssel, man könne das besser regio- nal regeln. Und er nennt ein Beispiel aus dem Bezirk Baden, wo in Fahrafeld an der Triesting ein [Hochwasserschutzprojekt](#) „[gemeinsam mit einer Renaturierung](#)“ umgesetzt worden sei. ([Video ab Minute 5:10](#)).

Es seien beim Hochwasser 2024 dadurch Schä- den für nachfolgende Gemeinden verhindert worden, „*wei ma durt a Riesenbecken hinbaut ham, was alles aufgefangen hat“* (**Anm.#zH: [Rückhaltebecken Fahrafeld](#)**)

Und wie schon Abg. Schnabel/FP dankt auch Abg. Gerstner den Landwirt*innen für ihre harte Arbeit und gibt ebenso ein Versprechen ab: „*Wir Freiheitlichen lassen nicht locker und werden alles daran setzen, unsere heimischen Bauern zu schützen und zu stärken und ihnen den Rücken freizuhalten. Denn eines verbindet ukrainische Getreide-Billigimporte, die Renatu- rierungsverordnung und den Wolf – alle drei richten in Österreich enormen Schaden an. Alle drei bedrohen unsere Landwirtschaft und alle drei gehören da schlicht weg“.*

Abschließend fühlt sich der Abgeordnete noch bemüßigt, Abg. Ecker/Grüne zu belehren und meint, er habe **in den Neunzigerjahren 14 Tage mit über 35°C erlebt**. Und er sagt: „***Da woa no ka Red von irgendana Klimakrise, sondern da woas einfach heiß 14 Tage [...] und jetzt auf amal is eine Klimakrise. Und ge- nauso das Hochwasser, des hots a scho im- mer gegeben“.*** Er habe das selber in seinem

damaligen Haus im Triestingtal erlebt, in dem es Hochwasserschäden gegeben habe.

Abschließend kommentiert er in Richtung der Grünen noch erneuerbare Energien und ihr Hauptproblem für die Wirtschaft, dass sie nicht grundlastfähig seien. Aber jedes Unter- nehmen brauche verlässliche Energie „*und ned wann die Sonne scheint und wann der Wind geht“.* Auf Zwischenrufe der Grünen, dass da- für eben Speicher notwendig seien, kommen- tiert Abg. Gerstner: „*Genau, und dann kauf’ ma in China unten die Batterien. Da mach’ ma uns von China abhängig und nimma mehr von den Russen. So kömmas natürlich gerne ma- chen. [...] Entweder wir schippern die Batterien von China nach Europa mit’n Schweröl und den Schiffen und ned des Gas von Russland. Das ist natürlich böse“.*

#zusammenHaltNÖ ist empört, dass ein Mandatar in einer Landtagsrede seine unfassbare Ignoranz unkritisiert von sich geben darf. Auf welchem Pla- neten leben Sie, Herr Gerstner? Kriegen Sie tatsäch- lich nicht mit, was sich derzeit nicht nur in Öster- reich, sondern auch in vielen anderen Ländern Eu- ropas und weltweit tut? Dürreperioden, Ernteaus- fälle, horrende Brände, die riesige Flächen an Wäl- dern, Kulturland und Siedlungen zerstören und nicht nur ökologische, sondern auch enorme wirt- schaftliche Schäden anrichten. Ist Ihnen entgangen, wieviele renommierte - auch österreichische - Wis- senschafter*innen sich schon lange mit den Klima- veränderungen beschäftigen und seit Jahrzehnten vor genau den Gefahren warnen, die jetzt mit aller Vehemenz sichtbar und spürbar werden? Glauben Sie tatsächlich, das alles ignorieren oder verharmlo- sen zu können?

Und wenn Sie schon von den 90er Jahren fantasie- ren: wir **#zusammenHaltNÖ-Landtagsbeobach- ter*innen** sind im Durchschnitt mindestens so alt wie Sie, teilweise sogar um vieles älter. Aber wir können uns absolut nicht an Jahre in unserer Kind- heit oder Jugend erinnern, in denen es im Winter und Frühling so wenig geschneit oder geregnet hat wie zuletzt und auch an keine Sommer, in denen es zwei Wochen lang über 35°C (!) gab, wie Sie in Ihrer Rede über die 90iger Jahre behaupten. Auch die Aussagen und Statistiken von Klimatologen, Meteoro- logen, Hydrologen und anderen Expert*innen be- legen diese Tatsachen. Aber uns ist klar, dass man als Mandatar einer Partei mit einem Klubobmann, der noch immer eindringliche Warnungen vor einer Klimakatastrophe als „[Klima-Kommunismus](#)“ diffa- miert, nicht anders argumentieren kann. Sonst

wären Sie vermutlich Ihren Job los. Dasselbe gilt übrigens auch für andere Ihrer Parteikolleg*innen in NÖ und ganz Österreich. Allerdings sind die (Nieder-)Österreicher*innen nicht so dumm, wie Sie alle offenbar glauben und werden Ihnen und Ihren Parteikolleg*innen Ihre „Märchen“ nicht mehr länger abnehmen. Und wenn Sie und andere Abgeordnete Ihrer Fraktion sich derzeit in Ihren Landtagsreden auch noch so sehr bei Land- und Forstwirten einzuschleimen versuchen – diese Menschen sind tagtäglich mit den Folgen der Klimakrise konfrontiert, stehen z.T. vor enormen Ernteausfällen und sehen ihre Wiesen und Weiden verdorren, müssen oft schweren Herzens Vieh verkaufen oder vorzeitig schlachten. Diese Menschen nehmen Ihnen Ihre Beschwichtigungsversuche und Ihr Schönreden immer bedrohlicherer Gefahren mit Sicherheit nicht ab. Wir sagen, diese Haltung ist verantwortungslos und richtet Schaden an.

 **#zusammenhaltNÖ** widmet **aktuellste und schockierende Medienberichte, sowie Experteninterviews** speziell dem **FP-Abg. Peter Gerstner** zur Weiterbildung über den Sommer, um seine gravierenden Wissenslücken mit faktenbasierter Information zu schließen. Und auch in der **Zusatzinformation** findet er (und alle anderen, die die Klimakrise noch immer leugnen), noch weitere interessante Information. Wir wünschen eine erhellende Lektüre. 🌱

 **Im Journal zu Gast: Klimaforscher Christian Griebler | Ö1 Mittagsjournal, 01.08. | Ö1 | ORF-Radiothek** 🔥

[100 Prozent Ausfall - Hitze ruiniert Ernte: „Mussten Tiere schlachten“ | krone.at, 01.08.2026](#)
[„Krone“-Kommentar - An alle Klimawandelleugner: Die unleugbaren Fakten | krone.at, 01.08.2026](#)
[Alarmierende Zahlen - 395 Opfer! Der tödlichste Hitze-Monat aller Zeiten | krone.at, 01.08.2026](#)

 **Bezirk Gänserndorf - Da hilft auch kein Bewässern mehr: Die Bauern resignieren - NÖN.at, 31.07.2026** 🔥

[Vorläufige AGES-Hitzebilanz: 395 Hitzetote im Juni | Ö1 Mittagsjournal, 01.08. | Ö1 | ORF-Radiothek](#)
[ZIB Spezial zur Hitzewelle in Europa - ORF ON, 31.07.2026](#)
[Hitze setzt Landwirtschaft und Menschen zu - ZIB Spezial zur Hitzewelle in Europa - ORF ON, 31.07.2026](#)

[Sinkende Getreideernten wegen Trockenheit | Ö1 Morgenjournal, 31.07. | Ö1 | ORF-Radiothek](#)
[Dürre: Situation für Bauern „existenzgefährdend“ | Ö1 Morgenjournal, 31.07. | Ö1 | ORF-Radiothek](#)
[Donau: Niedrigwasser bremst Stromerzeugung und Schifffahrt | Ö1 Mittagsjournal, 31.07. | Ö1 | ORF-Radiothek](#)

[Dramatische Lage - Wassermangel und Hitze sind Todesurteil für Fische | krone.at, 30.07.2026](#)
[Viele Jungfische verenden – Fischsterben in Donau: "Problem immer dramatischer" | Heute.at, 29.07.2026](#)
[Umwelt-Drama um sinkende Flüsse und tote Fische - oe24.at, 29.07.2026](#)
[Bis zu 40 Grad: Anrollende Hitzewelle von ungewisser Dauer - Klima - derStandard.at › Wissenschaft, 29.07.2026](#)
[Hitzewelle mit ungewissem Ende verschärft extreme Trockenheit, GeoSphere Austria, 29.07.2026](#)
[Ausflüge - Niedrigwasser auf Donau: Starke Einschränkung für Schiffsverkehr - NÖN.at, 28.07.2026](#)
[Plus von 1,7 Mio. Tonnen CO2 – "Alarmsignal" – Österreichs Emissionen 2025 gestiegen | Heute.at, 19.12.2025](#)

Als letzter Redner dieser Gruppe spricht der **VP-Abgeordnete Josef Edlinger**, ebenfalls mit Fokus auf die Landwirtschaft. Er sagt, dass 90 % der österreichischen Bevölkerung ein positives Bild von der heimischen Landwirtschaft hätten und 83 % den Beruf Landwirt für unverzichtbar hielten. Das sei Platz zwei hinter den Ärzt*innen. Er gibt dann einen ausführlichen Einblick in den bürokratischen Alltag von Landwirt*innen, die zahlreichen Meldungen, die zusätzlich zur Arbeit in Feld und Stall zu bewältigen seien und den Bäuer*innen das Leben schwer machen (**!Video ab Minute 00:49!**). Der Abgeordnete kündigt daher an, gemeinsam mit seinem **Abgeordneten-Kollegen Schnabel/FP** einen **Resolutionsantrag** einzubringen, betreffend Entbürokratisierung im Agrar-, Forst- und Umweltrecht auf Bundes- und EU-Ebene.

Das Land NÖ habe bereits 2024 mit einem umfassenden **Prozess zur Entbürokratisierung und Verwaltungsvereinfachung** begonnen und im eigenen Bereich durchforstet, was einfacher zu lösen wäre.

Von insgesamt 1.500 eingebrachten Vorschlägen sei ein Teil, der sich im Landesrecht befindet, mit dem **nö. Deregulierungsgesetz** bereits umgesetzt worden.

Viele Regulierungen seien aber im Bundes- und EU-Recht umzusetzen und daher zählt der Abgeordnete eine Reihe von notwendigen

Maßnahmen und Vorschlägen zur Verwaltungsvereinfachung auf. ([Video ab Minute 04:48](#)). Er geht, wie schon in der Gruppe 5, auf die **Renaturierungsverordnung** ein, wo die damalige Zustimmung ohne Einbindung und Wahrung der Länderinteressen gegen das Interesse Österreichs erfolgt sei. Es gebe bis dato dafür keine gesicherte Finanzierung von allfällig notwendigen Maßnahmen und daher müsse eine Rücknahme oder Aufhebung dieser Verordnung geprüft werden.

Eine weitere Verordnung sei die **Entwaldungsverordnung**, die in Österreich keine Grundlage habe, weil es eine nachhaltige Sicherung unseres Waldbestandes gebe und es daher eine Ausnahme von dieser Verordnung geben sollte.

Artenschutz auf EU-Ebene sei ebenfalls ein Thema. Viele Tierarten wie Kormoran, Fischreiher, Biber, Otter oder Wolf würden auch Schäden anrichten und hier sollte es eine nachhaltige Populationskontrolle für ein ausgewogenes Verhältnis zwischen den ökologischen Erhaltungszielen und den wirtschaftlichen Erfordernissen der Land- und Forstwirtschaft geben.

Im Bereich des **Umweltrechts** seien schon mehrmals Vereinfachungen gefordert worden, z.B. eine neue Definition in der Behandlung und Verwertung von Abfällen im Bereich von Gebäudeabbrüchen und Bodenaushub.

Im **Wasserrecht** solle es durch digital abgewinkelte Verfahren zur Verwaltungsvereinfachung und Modernisierung der Wasserwirtschaft kommen und es solle auch die Vermeidung von Doppelgleisigkeiten überprüft werden. Derzeit gebe es mehrere Datenbanken, wo dieselben Daten eingetragen werden.

Abg. Edlinger stellt daher den angekündigten **Resolutionsantrag** ([Video ab Minute 07:20](#)) und reagiert dann noch auf die Kritik bezüglich Zahlungen an die Landeslandwirtschaftskammer ([Video ab Minute 07:53](#)). Er erklärt, dass es sich nicht um eine Förderung der Landwirtschaftskammer handle, sondern um die Abgeltung eines Leistungsverzeichnisses, weil die

Landwirtschaftskammer Behördenaufgaben übernehme, die sonst das Land NÖ erbringen müsste. Und er zählt eine Reihe solcher Leistungen auf ([Video ab Minute 08:34](#)) und erklärt, dass diese mit der Zahlung von mehr als 22 Mio. € abgegolten würden. Abschließend weist der Abgeordnete darauf hin, dass die Zahlungen seit 2021 gleichgeblieben seien und das, obwohl es seit damals deutliche Lohnsteigerungen gegeben habe.

Zusatzinformation

[Europa brennt: Welche Gefahr droht Österreich? - Thema vom 03.08.2026 - ORF ON](#), 03.08.2026

 [Bezirk Gänserndorf - Da hilft auch kein Bewässern mehr: Die Bauern resignieren - NÖN.at](#), 31.07.2026 

["Hat nichts Grünes mehr" – Alles verdorrt! Verzeufelte Suche nach Weidefläche | Heute.at](#), 30.07.2026

[Brände in Südeuropa: Neue Hitzewelle droht Waldbrände zu verschärfen](#), zdf heute, 28.07.2026

[Waldbrände: Zehntausende auf der Flucht](#), [Waldbrände: Zehntausende auf der Flucht](#), zdf heute, 26.07.2026

[Wegen Hitze: Frankreich schaltet erste Atomreaktoren ab - news.ORF.at](#), 13.07.2026

[VW, BMW und Co kämpfen gegen den Abstieg – Österreichs Industrie steckt mittendrin - Automobil - derStandard.at › Wirtschaft](#), 10.07.2026

[Industrieproduktion vor Abwanderungswelle - noe.ORF.at](#), 08.07.2026

[Wirtschaftsstrategie Niederösterreich 2030+ - Land Niederösterreich](#), 2026

[Herkunftskennzeichnung in Großküchen und Kantinen - Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Klima- und Umweltschutz, Regionen und Wasserwirtschaft](#), 2026

[Was steckt hinter dem angeblichen "Todesplan" für Sika-Hirsche? - Natur - derStandard.at › Wissenschaft](#), 02.07.2026

[Lage am Arbeitsmarkt bleibt angespannt - noe.ORF.at](#), 01.07.2026

[Ernteaussfälle durch Dürre in der Landwirtschaft](#), ORF Podcast, 01.07.2026

[„Brunftschrei“ - EU-Tötung von Sika-Hirschen sorgt für Empörung | krone.at](#), 30.06.2026

[Herkunftskennzeichnung in der Gastronomie: Freiwillig reicht nicht | top agrar](#), 30.06.2026

[Hitzetage explodieren: 5-mal so viele wie noch in den 50ern - Momentum Institut](#), 19.06.2026

[Strasser zum Doppelbudget: „Bauergelder bleiben auf den Höfen!“](#), 10.06.2026

[Doppelbudget 2027/28: Wichtige Agrar- und Umweltmaßnahmen erfolgreich gesichert! -](#)

[Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Klima- und Umweltschutz, Regionen und Wasserwirtschaft](#), 10.06.2026

[Position des Fachverbandes Gastronomie zur verpflichtenden Herkunftskennzeichnung - WKO](#), Juni 2026

[BMF-Bericht zum EU-Haushalt und zu seinen Auswirkungen auf den österreichischen Bundeshaushalt](#), Juni 2025

[30 % der Betriebe denken ans Ausland - WKO](#), 27.05.2026

[Wirtschaft unter Druck – Nur 48% zufrieden – Firmen denken an Abwanderung | Heute.at](#), 29.04.2026

[Start für Fördercall „PROTO-TYPISCH NÖ“ am 15. April](#), Amt der NÖ Landesregierung, 14.04.2026
[Herkunftskennzeichnung in der Gastronomie: Bauernbund erhöht den Druck auf die EU | top agrar](#), 20.01.2026

[Bruttoregionalprodukt je Einwohner:in 2024](#), Statistik Austria, 09.12.2025

[EU-Bericht 2024 bestätigt Millionen-Rückflüsse aus Brüssel: Rund 553 Millionen Euro flossen nach Niederösterreich - Land Niederösterreich](#), Amt der NÖ Landesregierung, 03.07.2025

[EU-Beilage](#), BMF, Mai 2025

[Schaeffler schließt in Österreich Berndorf-Werk mit 450 Mitarbeitern - Unternehmen - derStandard.at › Wirtschaft](#), 27.11.2024

[Deindustrialisierung Österreich: Warum Betriebe das Land verlassen | Wirtschaftsnachrichten](#), 05.08.2024

[Mehr Transparenz in Landesgesellschaften gefordert - noe.ORF.at](#), 20.07.2024

[Goodbye Austria? Laut Studie verlagern schon vier von zehn Unternehmen ins Ausland - Wirtschaft - derStandard.at › Wirtschaft](#), 12.03.2024

[Gründerland Niederösterreich - Willkommen in Ihrem Gründerland!](#), 2024

[Rückhaltebecken Fahrafeld](#), Triesting Wasserverband, o.D.

[Serie: Uferrückbauten und Renaturierung an der Triesting - Triestingtal](#), 06.04.2020

Gruppe 9: Finanzwirtschaft (3 Redner*innen)

Link zu [Antrag des Wirtschafts- und Finanzausschusses](#).

In seinem einleitenden Bericht wiederholt **Abg. Lukas Michlmayr/VP** noch einmal die wichtigsten Budgetzahlen und die geplanten Reduktionen im Dienstpostenplan.

Die „Kunst des Machbaren“ will **Abg. Christoph Kaufmann/VP** aus diesem Doppelbudget herauslesen. Im Hinblick auf den

Schuldenstand liege Niederösterreich besser als andere Bundesländer. Er spricht von einem klaren Budgetpfad, wo hinter jedem in Niederösterreich investierten Euro auch ein Wert stehe. Jeder zweite Euro fließe in die Bereiche Gesundheit und Soziales.

Langfristig gedacht, würde es seiner Meinung nach keinen Sinn machen, etwa die Kultur abzdrehen, die Wirtschaft abzuwürgen oder bei den Kleinsten zu sparen. Man investiere dort, wo es sinnvoll sei und spare dort, wo es möglich ist. So würde im Landesdienst jede dritte Stelle nicht nachbesetzt.

Für **Abg. Kaufmann** habe das Land Niederösterreich auf dem Kapitalmarkt weiterhin eine sehr gute Bonität, denn die letzten Anleihen des Landes seien fünffach überzeichnet worden.

Im Gegensatz zu **Abg. Kaufmann** können die beiden **Neos-Abgeordneten Edith Kollermann** und **Indra Collini** dem Doppelbudget für 2027/28 nichts Positives abgewinnen. Für **Abg. Kollermann** lebe das Land über seine Verhältnisse. Das Defizit und die Neuverschuldung würden systembedingt fortgeschrieben. Für 2027 seien es 598 Mio. € und für 2028 545 Mio. € im Nettofinanzierungssaldo. Der Anteil am Budget für Schuldentilgung würde ständig wachsen und der Zinsaufwand würde für 2028 bereits 248 Mio. € betragen. Dieser Schuldenstand erhöhe auch die Abhängigkeit von den internationalen Zinsmärkten und beeinflusse die Rating-Kategorie des Landes. Bis jetzt habe sich das Rating für Niederösterreich nicht verändert, jedoch wurde die „Aussicht“ bereits auf negativ umgestellt. In der Folge bekämen nicht die Bürgerinnen und Bürger Planungssicherheit, sondern die Kreditgeber.

Die Abgeordnete stellt daher die berechtigte Frage, ob man mit diesem Geld nicht Sinnvolles machen könne, wie z. B. Klimawandelanpassungsmaßnahmen fördern, Landesmittel für die Elementarförderung einsetzen, Geld in die Standortoptimierung, in den Ausbau erneuerbarer Energie investieren oder

Rücklagen für die Umsetzung des Gesundheitsplans bilden.

Abg. Kollermann stellt dann die Grundsatzfrage, ob Schulden etwa für strukturelle Reformen gemacht würden. Davon könne sie im Doppelbudget aber nichts erkennen, auch keine Zukunftsinvestitionen in Universitäten, Spitäler oder Infrastruktur. Diese würden immer über Sonderfinanzierungen abgewickelt und sie wirft danach noch einen Blick auf die Leasing-Verpflichtungen des Landes. Diese Leasing-Verpflichtungen würden immerhin 2,4 Mrd. € ausmachen, die aber laut Stellungnahme des [Landesrechnungshofs](#) nicht im Budget und in der Bilanz abgebildet seien. Die Budgetzahlen für die nächsten zwei Jahre seien harte Fakten und diese zu kritisieren, sei für *Abg. Kollermann* kein „Schlechtreden“. Es solle vielmehr bewusst gemacht werden, daran zu arbeiten und nicht Budget-Kosmetik zu betreiben. Mit dem Hinweis, dass diesmal auch die FPNÖ für das Doppelbudget mitverantwortlich sei, verlangt die Abgeordnete von der Regierungskoalition einen Plan, wie Niederösterreich bis 2034 zu einem ausgeglichenen Haushalt kommen könne. Sie kritisiert den im Laufe der Debatte immer wieder strapazierten Begriff vom „*Budget des Machbaren*“ und meint, vielleicht seien nicht die richtigen „Macher“ am Ruder. Das System sei nicht nachhaltig und es sei vor allem auch nicht fair gegenüber den zukünftigen Generationen. Denn die

Rechnung würden erst die Kinder und Enkel bezahlen müssen. Zum Schluss ihrer Rede kündigt sie einen **Resolutionsantrag** zur Einführung einer Schuldenbremse im Verfassungsrang nach Schweizer Vorbild an.

[Abg. Indra Collini/Neos](#) ist nach der Rede von *Abg. Kaufmann* erschüttert über das krampfhafteste Festhalten, dass alles gut sei und man daher nichts verändern wolle. Die Welt habe sich verändert, Dinge müssten verändert werden und die Zahlen, Daten und Fakten aus dem Budget, untermauert durch den [RH-Bericht](#), würden ihrer Meinung nach dringend nach einem Kurswechsel verlangen. Sie könne diese mangelnde Bereitschaft, etwas zu ändern, diese Ignoranz, nicht nachvollziehen. Die Erzählung vom Nulldefizit habe nicht gehalten. Bei ihrer Kritik am Dienstpostenplan vermisse sie die Übereinstimmung von Zahlen mit der Realität. Dieser Dienstpostenplan sei für sie eine Katastrophe, denn er sei genauso gemacht, dass es keine Transparenz gebe. Allein von 2020 bis 2025 seien zusätzlich 250 Mitarbeitende eingestellt worden, und auch im Voranschlag seien mehr drinnen als vorher. Da vermisse sie die „*digitale Dividende*“. Trotz Abschaffung der Gebiets-Bauämter gebe es 269 Personen mehr in der Landesverwaltung. Und wenn in Niederösterreich so weiter gewirtschaftet werde, befürchte sie bis 2034 ein drohendes EU-Sanierungsverfahren durch die ominöse „EU-Troika“.

WAS PASSIERTE SONST NOCH IN DER NÖ POLITIK?

Gegen Ende Juli tauchten einige Medienberichte über enge Verflechtungen zwischen Identitären, AfD und FPÖ auf, darunter auch Chat-Kontakte zwischen Martin Sellner und dem **NÖ FPÖ-Klubobmann Reinhard Teufel**. **#zusammenHaltNÖ** wird das Thema weiter verfolgen und darüber berichten.

[NEOS-Kritik an FPÖ - Wegen Kontakt zu „Identitären“: Collini fordert Teufel-Rücktritt - NÖN.at](#), 24.07.2026

[NEOS fordert Rücktritt von FPÖ-Klubobmann Teufel - noe.ORF.at](#), 22.07.2026

[Chats legen weitere Verbindungen zwischen Identitären und FPÖ nahe – DiePresse.com](#), 21.07.2026

[Rechtsextreme: Bericht über Chats mit FPÖ - news.ORF.at](#), 21.07.2026

[Sellner drohte der FPÖ wohl mit eigener Partei](#), Krone, 21.07.2026

[Sellner-Chats mit Kickls rechter Hand](#), OE24, 21.07.2026

[FPÖ und Identitäre: Wie steht es um Zusammenarbeit und Gewalt?](#), PROFIL, 07.07.2026

[Die Identitäre Bewegung und die Kickl-FPÖ - Alle Verbindungen](#), KONTRAST, 16.06.2026

[Österreich: Wie FPÖ und "Identitäre" miteinander verschmelzen | tagesschau.de](#), 25.02.2024

[Die engen Netzwerke von AfD, FPÖ und Identitären - FPÖ - derStandard.at › Inland](#), 31.01.2024

16.

17. Quellen für diese Ausgabe der IMPRESSIONEN

- Analyse der Videobeiträge der LT-Sitzung
- div. Medienberichte

Nachzuhören: Gesamtvideo der Landtagssitzung

1. Juli 2026: <https://noe-landtag.gv.at/sitzungen/XX/2026-07-01>

2. Juli 2026: <https://noe-landtag.gv.at/sitzungen/XX/2026-07-02>

Nachzulesen:

[Niederösterreichische Landeskorrespondenz - *Landtag aktuell*](#), 01.07.2026

[Niederösterreichische Landeskorrespondenz - *Landtag aktuell*](#), 02.07.2026

Nächste Landtagssitzungen:

Do 24. September 2026, 13 Uhr,

Leopoldsaal, Haus 1A

20 Plätze für Besucher*innen, Platzreservierung jedoch nicht möglich.

Siehe: https://www.noe.gv.at/noe/Schlusseluebergabe_fuer_Ausweichquartier_des_NOe_Landtag.html